KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 149 Mai/Juni 2010 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 149 Mai/Juni 2010 berichten wir über:



Gegen Krieg und Unterdrückung ist besonders die Jugend in Bewegung Foto: DIHA



Der Geburtstag von Abdullah Öcalan wird als Demonstration für seine Freiheit begangen Foto: DIHA



In Brüssel wurde gegen die repressive Politik der EU und für die Freiheit der politischen Gefangenen demonstriert Foto: ANF

Liebe Leserinnen und Leser,

die kurdische Bevölkerung steht weiter im Visier von Militär und sogenannten Sicherheitskräften. Mit Beginn des Frühlings, das heißt mit der Schneeschmelze, begannen militärische Operationen in den verschiedenen Gebieten Nordkurdistans gegen die Volksverteidigungskräfte HPG. Aber auch Südkurdistan, die Medya-Verteidigungsgebiete, die unter der Kontrolle der Guerilla stehen, liegen unter permanentem Beschuss schwerer Waffen sowie aus der Luft durch Kampfhubschrauber oder Jets. Ebenso stehen die Festnahmen und Verhaftungen kurdischer PolitikerInnen weiter auf der Tagesordnung. Ebenso reißt der Terror gegen die Zivilbevölkerung nicht ab. Angriffe der „Sicherheitskräfte“ auf Kundgebungen und Demonstrationen, Razzien, Zerstörungen von Wohnraum, Prügel und Folter, lange Haftstrafen sind die Antwort auf die Friedensbemühungen der Bevölkerung, der kurdischen PolitikerInnen, der Parteien und Organisationen. Die Frühjahrsoffensive des türkischen Militärs ist die Antwort auf die einseitige Waffenruhe der Volksverteidigungskräfte.

Auch Europa hat seine Antwort auf den Friedenswunsch der kurdischen Bevölkerung gegeben. Razzien und Hausdurchsuchungen von privaten Wohnungen und kurdischen Vereinen, Festnahmen und Verhaftungen von kurdischen Exilpolitikern, der Angriff gegen das kurdische Fernsehen Roj TV zeigen sehr deutlich, auf welcher Seite sich die europäische Politik befindet. Appelle, die immer wieder an die Wertvorstellungen europäischer Politik – wie Menschenrechte oder Demokratie – gerichtet waren, damit die kurdische Frage einer friedlichen Lösung zugeführt werden kann, sind verpufft. Deutlich ist geworden, dass von europäischer Seite keine Friedenslösung zu erwarten ist.

NEWROZ 2010 stand unter dem Motto: entweder demokratischer Frieden oder aufrechter Widerstand. Millionen sind diesem Aufruf gefolgt. Newroz 2010 war ein beeindruckendes Ereignis, bei dem deutlich gemacht wurde, dass die Bevölkerung die herrschende Situation nicht weiter akzeptiert – weder ihren Lebensalltag, noch die militärischen Operationen, den Staatsterror, noch die weitere Isolation von Abdullah Öcalan. „Seine Freiheit ist unsere Freiheit“ und „Die Lösung ist auf Imralı“. Bei allen Aktivitäten steht die Forderung nach einer demokratischen Lösung im Vordergrund: „Wir wollen Frieden, keinen Krieg.“ „Bringt die Waffen zum Schweigen und nicht unsere Politiker“, ist die Antwort der Bevölkerung auf die Verhaftungen ihrer gewählten Politikerinnen und Politiker.

In Südafrika wurde eine internationale Kampagne „Eine Million Unterschriften für die Freilassung von Abdullah Öcalan“ gestartet. Essa Moosa, Vorsitzender von Kurdish Human Rights Action Group – South Africa, erklärte, dass das Apartheidsystem in Südafrika nicht vor der Befreiung Mandelas habe abgeschafft werden können und dass die Lösung mit der Freilassung Mandelas begonnen habe. Bevor Öcalan nicht freigelassen werde, könne auch das kurdische Volk nicht befreit werden.

Dies sind klare Worte. Taten müssen folgen. – International.

In diesem Sinne wünschen wir all unseren Leserinnen und Lesern einen guten erfolgreichen Ersten Mai.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Das Scheitern des politischen Genozids

Nilüfer Koç, KNK-Exekutivrat

In dieser Bewertung wird es unumgänglich sein, auf das Scheitern des internationalen Projekts des politischen Genozids an Kurden aufmerksam zu machen, damit Wege zu neuen politischen Methoden gefunden werden, um die kurdische Karte nicht als Instrument der Kriege, sondern des Friedens einzusetzen.

Seit dem 14. April 2009, dem Beginn des politischen Genozids an Kurden, wurden Abertausende kurdische Politiker als Folge einer systematischen Politik festgenommen. Die AKP, die zu einer Meisterin in der Irreführung und der Verdrehung der Tatsachen geworden ist und sich zu einer Partei mit vielen Gesichtern und Masken entwickelt hat, findet für diese Politik Bündnispartner, da ihre gemeinsamen strategischen Interessen zusammentreffen. Die Kurden sollten damit als Hindernis aus dem Weg geräumt werden, was bislang nicht geschehen ist.

In dieser Politik findet sie Zustimmung durch die westliche Seite, vor allem die USA und die EU. Diese sind aufgrund ihrer globalen politischen und wirtschaftlichen Interessen bemüht, die AKP hoffähig zu erhalten. Deswegen war es nicht verwunderlich, dass der deutsche Außenminister Guido Westerwelle während seiner Türkeireise im Januar 2010 reichlich preisende und lobende Worte für die Türkei fand. Wörtlich lobte er die Fortschritte der „demokratischen Öffnung“. Dabei hatte diese „demokratische Öffnung“ gerade am 11. Dezember, also ein paar Wochen vor seinem Besuch, die DTP verboten und am 24. Dezember zahlreiche kurdische Politiker, gewählte Bürgermeister, Menschenrechtsvertreter, Anwälte in die Gefängnisse gesperrt, um sie politisch zu neutralisieren.

Da aber die Kurden dem politischen Genozid aufgrund ihrer politisch raschen Erkenntnisfähigkeit und ihres Beharrens auf Stärke durch bessere Selbstorganisierung wie eine feste Mauer standhielten, fand Bundeskanzlerin Angela Merkel während ihrer Türkeireise Ende März ein paar Minuten Zeit, um auch Vertreter der BDP zu sprechen. Bei der Reise der Kanzlerin ging es natürlich darum, die Früchte der Operationen zu ernten, die ihre Partnerländer Italien, Frankreich und Belgien am 4. März gegen kurdische Politiker und Institutionen als Akt der Solidarität mit dem politischen Genozid der AKP durchgeführt hatten. Ausmaß und Methodik dieser Angriffe offenbarten in ihrer Qualität eine provokative Haltung gegenüber den Kurden. Diese haben glücklicherweise die Herausforderung nicht angenommen und bekundeten ihren Protest im Rahmen der Gesetze. Aus Erfahrung wissen sie mittlerweile, dass die AKP im Prozess der „kurdischen Öffnung“ durchgängig eine äußerst provokante Politik verfolgt. Hierdurch nämlich sollen sie zu unkontrolliertem Handeln angestachelt werden, um Argumente für die übliche Gewaltlinie der Türkei zu liefern. Die Art und Weise der Festnahme von 86 kurdischen Politikern am 24. Dezember war sehr erniedrigend. Gewählte Bürgermeister sowie hochgeschätzte Politiker, Journalisten und Anwälte wurden ununterbrochen in Handschellen vor laufenden türkischen Fernsehkameras gezeigt. Alle Festgenommenen wurden trotz Handschellen an der Seite von Polizeibeamten geführt. Das Bild fügte den Kurden unermesslichen Schmerz zu, da sie den Stolz eines Volkes mit Füßen getreten sahen. Das Szenario in Brüssel machte diese schmerzliche Erfahrung erneut lebendig. Bei den Polizeioperationen in Brüssel wurde Gewalt angewendet. Hochgeschätzte kurdische Politiker, die seit mehr als zwanzig Jahren alle erdenklichen Hürden der kurdischen Politik überwunden haben und auf der politischen Lösung der kurdischen Frage insistierend im diplomatischen Bereich tätig waren, wurden festgenommen. Zu den betroffenen kurdischen Institutionen gehörten neben zahlreichen Kulturvereinen auch das kurdische Satellitenfernsehen RojTV und der Nationalkongress Kurdistan (KNK). Sowohl KNK als auch RojTV genießen hohes Ansehen als nationale Institutionen in allen vier Teilen Kurdistans. Die türkische PKK-Phobie hatte in Brüssel Fuß gefasst. Eine Grundlage dafür existiert bereits seit 2000. Zur Erinnerung: Die PKK hatte auf ihrem 7. Kongress im Januar 2000 einen strategischen Wandel vollzogen, demnach sie der politischen Lösung der kurdischen Frage Priorität gab und dem bewaffneten Kampf nur zu Selbstverteidigungszwecken sekundäre Bedeutung zuwies. Kurze Zeit später landete sie deswegen auf der EU-Liste terroristischer Organisationen. Das Spiel wiederholt sich. Brüssel als Hauptsitz von EU und NATO hat diese Operation realisiert, um einerseits das misslungene Projekt der „kurdischen Öffnung“ wiederzubeleben und auch auf die im Januar veröffentlichte Deklaration der PKK für Frieden zu antworten.

Die Dimension der Brüsseler Operation wurde deutlich, als US-Diplomat Shari Villarosa am 22. März erklärte, sie sei auf Wunsch und Veranlassung seines Landes geschehen. Türkische Politiker eilten hinzu, um die EU zu beglückwünschen. Es war klar, dass es sich um eine NATO-Operation handelte. Denn sowohl die Türkei als auch Italien, Frankreich und Belgien, seit Februar mit Festnahmen gegen Kurden aktiv, sind NATO-

Mitglieder. Auf Wunsch und Initiative der USA war Brüssel eingeschaltet worden. Denn den USA geht es um jeden Preis darum, im Rahmen ihres Traumes vom besetzten Mittleren Osten die AKP als Modellpartei für einen moderaten Islam zu installieren. Die AKP-Regierung soll nicht das Schicksal ihrer Vorgängerregierungen erleiden, die seit dem Widerstandskampf der Kurden an der kurdischen Frage gescheitert waren. Hierdurch wird auch klar, dass die Türkei längst nicht mehr allein mit der kurdischen Frage fertig wird. Die Kurden sind einfach zu stark geworden. Sie haben eine neue Qualität in ihrer Politik und Organisierung entwickelt. Zudem sind sie sich sicher, dass auch das Schicksal der AKP-Regierung in ihrer Hand liegt. Dies ist auch der Grund, warum sich kurdische Politik sehr gelassen, vorsichtig, aufmerksam und bedachtsam gegenüber jeglicher Provokation verhält. Die Kurden sind sich sicher, dass die AKP-Regierung nunmehr ihre globale Rolle als moderater Islam der Türkei für das Projekt des Greater Middle East nur spielen kann, wenn sie innenpolitisch stabil ist. Die Türkei wird niemals stabil sein, solange sie den Kurden ihre legitimen Identitätsrechte nicht einräumt. Auch ist es eine Show, wenn die AKP die geografische Lage der Türkei in der Eurasien-Strategie zu vermarkten sucht. Sämtliche Großprojekte mit Öl- und Gas-Pipelines durchqueren Gebiete, in denen Kurden seit Jahrhunderten sesshaft sind. Soll das Mega-Projekt NABUCCO erfolgreich und gesichert aufgebaut werden, so bedarf es des Friedens. Solange Krieg im Spiel ist, gibt es keine Sicherheit für politische oder wirtschaftliche Projekte. Dies ist nicht ein kurdisches Phänomen, sondern eine logische Schlussfolgerung aus Kriegen.

Die Operation in Brüssel hat auch eine traurige Entwicklung bestätigt. Nachdem klar wurde, dass die USA Hauptinitiatoren gewesen waren, ist auch klar geworden, dass die EU, die sich einst gegen die US-Besetzung des Irak ausgesprochen hatte, längst nicht mehr diejenige ist, die sie mal war.

Deutschland mit Merkel, Frankreich mit Sarkozy und Italien mit Berlusconi haben die EU zu einer US-treuen Insel in Europa gemacht. Im Gegensatz zur Bundeskanzlerin war Sarkozy bemüht, seinen Teil der Ernte, nämlich seinen Verdienst für die Festnahme zahlreicher kurdischer Politiker, beim Besuch des türkischen Ministerpräsidenten am 9. April 2010 in Paris zu ernten. Sarkozy ging so weit, Erdoğan zu versprechen, die Kurden noch stärker zu bekämpfen.

Nicht nur die Bundesrepublik, auch andere Länder der EU wie Italien, Frankreich, die Niederlande und Belgien stiegen in das Glashaus ein, das die AKP aus Lügen aufgebaut hat. Denn die Türkei ist wichtig für ihre globalen politischen Interessen. Aber ebenso erforderte dies die Bündnispolitik der EU mit den USA. Selbstverständlich ist es eine Angelegenheit der progressiven Kräfte Europas zu entscheiden, ob sie damit einverstanden sind, dass ihre Staaten, deren Bürger sie sind, die EU zu einer an die US-Interessen gebundenen Einheit machen wollen. Die Kurden haben sich weder dem US-Projekt des Soft-Islam-Modells Türkei, durch das sich die AKP eine machtvolle Zukunft ausmalt, noch der deutschen Politik seit dem PKK-Verbot 1993 unterworfen.

Es ist seit der Irak-Besetzung 2003 offensichtlich, dass die USA mit ihrer Zukunftsvision – Imperium des 21. Jahrhunderts – keine Grenzen scheuen und auch kein Recht anerkennen. Nur ihr Recht, andere zu entrechten, zählt. Problematisch wird, ob die Öffentlichkeit der jeweiligen europäischen Staaten es hinnehmen wird, ihre demokratischen Rechte fusionierenden wirtschaftspolitischen Interessen zu opfern. Fusionen in der Globalisierung des Kapitalismus, so scheint es, spielen sich also nicht nur im Wirtschaftsbereich ab. Sehr wohl auch



Demonstration für die Freilassung der kurdischen Politiker in Brüssel — Foto: ANF

im politischen. Die Frage für Europa wird sein, ob es unter Beibehaltung seiner Werte wie Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit mit den USA eine Fusion eingehen wird, die diese Werte aufgrund des Traums vom Imperium aufgegeben haben.

Die Kurden haben lebendig erfahren, dass die EU-Staaten keine Scheu haben, diese Fusion auf Kosten von Demokratie, Menschenrechten und Rechtstaatlichkeit einzugehen. Die Operationen in diesen Ländern gegen Kurden deuten sehr offensichtlich darauf hin.

Seit dem 14. April 2009 ist die Linie der Türkei klar und deutlich. Für globale politische Interessen will sie ihre geografische Lage, die strategische Bedeutung gewinnt, vermarkten. Sie hat verstanden, dass die USA mit einer besonderen Vorliebe auf ihr Land blicken. Weshalb Obama sehr kurz nach seiner Wahl die Türkei besuchte und ihr klarmachte, dass sie künftig noch wichtiger werden wird. Die Türkei begriff schnell, dass sie ihre Rolle zu den Zeiten des Kalten Krieges wieder vermarkten kann. Sie verfügt über die Erfahrung, von beiden Fronten des Kalten Krieges zu profitieren, da ihre geografische Lage sie mitten in der gegenwärtigen Eurasien-Strategie positioniert. Es ist daher übertrieben, wenn manche die Türkei für ihre Außenpolitik der „Null Probleme mit den Nachbarn" und der Friedensstifterin im Mittleren Osten als eine neue Erfindung loben. Die Berichtigung der anti-islamischen Bush-Politik ist zu einer Hauptaufgabe der Obama-Regierung geworden. Bush hatte die islamische Welt als feindlich kategorisiert und damit jede Glaubwürdigkeit der USA vor allem im Mittleren Osten infrage gestellt. Aus diesem Grund auch ist es den USA bislang nicht gelungen, das Greater Middle East Project umzusetzen. Über die sogenannte türkische Version des politischen Islam, also die AKP, korrigieren die USA ihre Islam-Linie. Sie wollen dieses Projekt mit der Türkei über einen konformen Soft-Islam wiederbeleben. Damit die AKP dieser Rolle nachkommen kann, wird sie nicht nur außen-, sondern auch innenpolitisch durch die USA gefördert, geleitet und unterstützt. In der Innenpolitik werden alle politischen Segmente aus der Zeit des Kalten Krieges sortiert. Diejenigen Kräfte, die aus staatlicher Kontrolle geraten und zum Teil eigenständig geworden sind, werden eingesperrt. Meist sind es diejenigen militärischen und paramilitärischen Kreise, die während des Militärputsches in der Türkei Linke, Oppositionelle und Kurden ermordet hatten. Sie waren mehrheitlich auch in der paramilitärischen Kriegsführung in Kurdistan in den letzten dreißig Jahren mörderisch tätig gewesen und standen als Spezialkräfte unter der Kontrolle der türkischen Armee. Trainiert und ausgebaut wurden sie innerhalb der Gremien der türkischen Armee, die mit der NATO zusammenarbeiteten. Sowohl über die Festnahme dieser Kreise als auch über den Medienkrieg gegen die türkische Armee soll der Generalstabschef zeitgemäß werden und die AKP in ihrer Entwicklung nicht behindern. Während Armee und AKP in Sachen Laizismus Differenzen haben, bildet die kurdische Frage den Boden für gemeinsames Handeln. In Sachen kurdische Frage sind sie sich einig und haben eine Rollenteilung vereinbart: Praktisch soll die AKP die Kurden durch den politischen Genozid zum Schweigen bringen und die Armee übernimmt entsprechend der politischen Ereignislage die militärischen Operationen gegen die Guerilla. Die gemeinsame durchgehende Linie der Türkei seit dem 14. April 2009 ist es



Es vergeht so gut wie kein Tag ohne Protest gegen die Kriegspolitik der Türkei — Foto: DIHA

gewesen, die Kurden über die Massenverhaftungen in ihrem Kampf für Freiheit zu neutralisieren. Es handelt sich inzwischen um mehrere tausend. Man glaubte nämlich, durch die Festnahme gewählter Bürgermeister, Politiker, Menschenrechtsaktivisten die Bevölkerung führungslos zu hinterlassen. Als zum Jahrestag der Entführung des kurdischen Volksführers Abdullah Öcalan am 15. Februar erneut Hunderttausende auf den Straßen protestierten, wurde offensichtlich, dass die Methode des politischen Genozids nicht die gewünschte Wirkung erzielt hatte. Das diesjährige Newroz bildete den Höhepunkt mit dem gemeinsamen Ausruf an die türkische Politik: Êdî Bes e – Es reicht! Millionen Kurden bekundeten in der Newroz-Woche erneut ihre politische Forderung nach Demokratie und Frieden. Millionen wiesen darauf hin, dass die Lösung der kurdischen Frage über Imralı geht und dass alle politischen Gefangenen sofort freizulassen sind. Nach dem 15. Februar und vor allem durch die Newroz-Feierlichkeiten spielte die AKP ihre neue Trumpfkarte aus. Mit den Diskussionen über die Verfassungsänderung sollten die Kurden ein weiteres Mal an die AKP-Angel, wie man es sich auch bei dem gescheiterten Projekt der „demokratischen" oder „kurdischen Öffnung" schon erhofft hatte. Mit Newroz erteilten die Kurden der AKP eine klare Absage und bekräftigten ihr Festhalten an einer politischen Lösung inklusive Anerkennung Abdullah Öcalans und der PKK als politische Vertreter der Kurden. Diese Forderung ist auch aus außenpolitischen Gründen wichtig, da die AKP in den Kulissen der Politik in Brüssel und in anderen politischen Zentren Unwahrheiten verbreitet. Demzufolge sei die AKP angeblich gewillt, die kurdische Frage zu lösen, allerdings wäre die PKK ein Hindernis. Dies ist unwahr, da es die PKK ist, die mit Wort und Tat alles Mögliche für die Lösung der kurdischen Frage tut. Nicht zu vergessen, dass es die PKK ist, die seit dem 13. April 2009 einen einseitigen Waffenstillstand aufrechterhält, dass sie für den Frieden Gruppen aus ihrer Guerilla in die Türkei geschickt hat, und dass Öcalan der Erste war, der dem türkischen Staat einen ernsthaften und seriösen Friedensplan unterbreitet hat, welcher bislang allerdings noch beschlagnahmt ist. Es war auch die PKK, die im Januar 2010 erneut eine Deklaration für den Frieden in der Türkei vorgelegt hat. Die AKP und ihre Verbündeten wollen eine Auflösung der kurdischen Seite, und zwar unter Negierung der Kurden in diesem Konflikt. Letzten Endes beginnt der Konflikt eine Lösung anzugehen, wenn beide Konfliktparteien gegenseitig ihre Existenz anerkennen. Außerdem ist die AKP-Behauptung unwahr, da die PKK nicht Ursache, sondern Folge der jahrhundertelang ungelösten kurdischen Frage ist.

Während die Türkei-Linie des politischen Genozids Unterstützung von den USA und auch der EU erfuhr, war andererseits das Beharren der Kurden auf Freiheit und Anerkennung als kontinuierliche politische Linie offensichtlich. Die Kurden haben keinen Zentimeter Abstand genommen von ihren Forderungen nach sofortiger Beendigung des Krieges, nach verfassungsrechtlicher Anerkennung der kurdischen Identität.

Von der Stärke der Kurden aufgrund ihrer Organisierung hängt die Zukunft der Türkei ab. Weder die türkische Null-Problem-Politik gegenüber Syrien, Iran und Irak, deren Kern der antikurdische Kompromiss bildet, noch der Beistand der EU und der USA werden dieses Volk dazu bewegen, sich wie im 20. Jahrhundert für globale politische Interessen zu opfern. Die türkische Null-Problem-Politik ist eigentlich Benzin ins Feuer. Denn die Türkei legt ihrer Bündnispolitik mit Syrien, Iran und Irak das Kriterium des gemeinsamen Vorgehens gegen die Kurden zugrunde. So haben syrische Soldaten bei den diesjährigen Newroz-Feiern ein 15-jähriges Mädchen und einen 18-jährigen Jungen ermordet. Sowohl Syrien als auch der Iran und die arabische Führung im Irak haben Probleme mit den Kurden. Die Null-Problem-Politik will daher diese Länder durch das Schüren der kurdischen Frage intern destabilisieren. Damit geben sich auch die USA zufrieden. Denn je schwächer diese Länder werden, umso besser werden sie unter Kontrolle zu bekommen sein. Es kann daher von einer meisterhaften Politik der Kurden und vor allem der PKK gesprochen werden, da sie trotz der verdeckten Absichten der türkischen Politik den Dialog mit diesen Ländern suchen und die Kurden in diesen Teilen zur Vorsicht aufrufen.

Die Türkei hat mit der Zentralregierung in Bagdad vor der Wahl am 7. März alles Mögliche unternommen, um die irakischen Kurden als die Schwächeren dastehen und vor allem das Gebiet um die ölreiche Stadt Kirkuk verlieren zu lassen. Was auch geschah. Damit eine handlungsfähige Regierung entstehen kann, ausbalanciert zwischen den schiitischen und sunnitischen Arabern und den Kurden, klopfen letztere heute an Ankaras Türen. So reiste der PDK-Vize und ehemalige Ministerpräsident der kurdischen Regionalregierung nach Ankara, um die kurdische Teilhabe an der neuen Regierung in Bagdad zu garantieren. Als Gegenleistung fordert die Türkei von den Kurden im Irak, im Kampf gegen die PKK aktiv zu werden, was gegenwärtig sehr schwierig zu sein scheint. Denn das neue nationale Selbstbewusstsein des kurdischen Volkes und vor allem das verantwortungsbewusste Handeln der PKK erschweren einen Bruderkrieg. Allerdings wird die Türkei alles daran setzen, die irakischen Kurden in den Kampf gegen die PKK zu zwingen. Die nahe Zukunft, das heißt die nächsten Wochen, wird Klarheit bringen, was hinter den Kulissen in Ankara mit Irak vor drei Wochen verhandelt worden ist. Sobald Erdoğan bei seinem Treffen mit Obama am 13. April in Washington grünes Licht bekommen hat, wird es sehr wahrscheinlich zu einem neuen breit angelegten Krieg in der Türkei kommen. Diese Wahrscheinlichkeit ist groß, da die Methode des politischen Genozids, getarnt als „kurdische/demokratische Öffnung", gescheitert ist. Sowohl in der Türkei als in ihrer Fortsetzung in Brüssel am 4. März.

Es kommt jetzt darauf an, politisch und öffentlich noch offensiver darauf aufmerksam zu machen, dass die Türkei nicht mehr vorwärts kann, denn die Kurden stehen ihr als eine sehr stabile und feste Mauer gegenüber. Es ist die Türkei, die Schritt für Schritt zugrunde geht, während Kurdistan politisch den Frühling erlebt. Mag sein, dass die Kurden in der Politik der Global Player die quantitativ Schwächeren sind, aber ihre Entschlossenheit und ihr Wille zur Freiheit machen sie qualitativ stärker als alle anderen. Denn ihre Forderungen basieren auf dem ihnen nach internationalen Bestimmungen zustehenden Recht. ♦

DTK: die organisierte Kraft im Demokratisierungsprozess der Region

Gründungsphase des DTK noch nicht abgeschlossen

Das Interview mit Yüksel Genç, Co-Vorsitzende des DTK, führte Melike Yaşar

Mit welchem Ziel wurde der Demokratische Gesellschaftskongress gegründet? Was sind seine Grundsätze?

Beim Demokratischen Gesellschaftskongress (Demokratik Toplum Kongresi, DTK) handelt es sich um eine Demokratieplattform, die von den VertreterInnen verschiedener Religionen, Sprachen, Kulturen, Nationen, Klassen und Auffassungen in der Türkei und in Kurdistan gegründet wurde. Eigentlich ist es eine demokratische Einheitsbewegung.

Die türkische Gesellschaft besitzt eine multilinguale, multikulturelle und multireligiöse Realität, in der seit Tausenden von Jahren verschiedene Völker, Ethnien, Religionen und Konfessionen zusammenleben. Demgegenüber wurde die türkische Republik jedoch als Nationalstaat gegründet, der diese Realität ablehnt, Unterschiedlichkeiten nicht als Reichtum sieht und allein die türkische Ethnie unterstreicht. Die ethnischen, kulturellen, religiösen und sprachlichen Unterschiede in der Türkei wurden negiert. Aus diesem Grund sind sie seit Gründung der Republik mit Ablehnung, Leugnung, Gewalt konfrontiert. Auf diese Weise ist eine monistische Geisteshaltung verankert worden. Diese Assimilationsmentalität, die auf dieser Ablehnung gründet, hat allen anderen Sprachen, Kulturen und Identitäten das Lebensrecht aberkannt, sie verboten und die Türkisierung von jedem und allem erzwungen. Der Demokratische Gesellschaftskongress lehnt diese monistische, leugnerische, assimilatorische, antidemokratische, patriarchalische, militaristische, ungerechte und unrechtliche Struktur und Praxis ab und führt einen demokratischen Kampf gegen diese autoritäre Formation. Der Kongress hat zum Ziel, dass sich die momentane Staatsstruktur in eine demokratische Republik wandelt, in der sich jegliche ethnischen und sprachlichen Identitäten frei zum Ausdruck bringen können sowie die Möglichkeit haben, sich zu organisieren und weiterzuentwickeln, in der Unterschiedlichkeiten als Reichtum bewertet werden, und die sich auf universelle Menschenrechte und Freiheiten, freie und gleiche Bürgerschaft gründet. Beim Demokratischen Gesellschaftskongress handelt es sich zugleich um eine zivile Demokratiekraft. Diese stellt eine Plattform dar, auf der die Möglichkeit zu Austausch und Dialog geschaffen wird. Es ist eine Plattform für den Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Hier sollen demokratische oppositionelle Gruppen die Möglichkeit haben, unter einem Dach zusammenzukommen, ohne ihre Originalität zu verlieren. Auf diese Weise sollen politische Methoden für die Lösung der wesentlichen gesellschaftlichen Probleme entwickelt und umgesetzt werden. Hauptziel des DTK ist es, einen Beitrag zur Demokratisierung der Republik zu leisten, indem er dafür sorgt, dass die Grundrechte und Freiheiten der Gesellschaft in der Region rechtlich garantiert werden. Mit diesem Ziel führt er Arbeiten durch, die das Bewusstsein freier BürgerInnen fördern sowie die Hindernisse vor der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Gesellschaft beseitigen.

Die Ziele des DTK können folgendermaßen aufgelistet werden:

1) Der DTK zielt darauf ab, die Stimme der Unterdrückten zu sein und ein Projekt für ein friedliches Zusammenleben, in dem unterschiedliche Identitäten anerkannt werden und sich frei zum Ausdruck bringen können, zu entwickeln.
2) Er bestimmt den Kampf für die friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage zu seiner Hauptaufgabe.
3) Er arbeitet für die Verwirklichung einer demokratischen teilhabenden Gesellschaft in der Region, konzentriert sich auf die demokratische Einheit des Volkes in der Region und handelt dementsprechend.
4) Gebunden an universelle Werte zielt er darauf ab, dass alle Rechte und Freiheiten, die in übernationalen und internationalen Menschenrechtsabkommen festgehalten sind, jegliche individuellen und kollektiven Rechte und Freiheiten umgesetzt werden.
5) Er strebt an, dass anstelle der Verfassung von 1982 eine demokratische, freiheitliche, zivile Verfassung geschaffen wird, in der Verschiedenartigkeit als Reichtum angesehen wird.
6) Er verteidigt die Selbstverwaltung der kurdischen Gesellschaft innerhalb einer demokratischen Republik. Er arbeitet für die Akzeptanz des Prinzips der dezentralen Verwaltung.
7) Er sieht Assimilation als Verbrechen gegen die Menschlichkeit an und verteidigt den Gebrauch und die Entwicklung von Sprachen in allen Bereichen des Lebens, vor allem das Recht auf Bildung in der Muttersprache.
8) Er verteidigt Geschlechterquoten und die Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Bereichen des Lebens. Er sieht Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen als Verbrechen an.
9) Er entwickelt Projekte für die Bewahrung unseres geschichtlichen und kulturellen Erbes.

10) Er arbeitet für die Demokratisierung von Gesetzen, die auf Unterdrückung und Ablehnung von Verschiedenartigkeit beruhen.
11) Er verteidigt den Wiederaufbau von 3 810 Dörfern, die während des seit 30 Jahren andauernden Krieges zerstört worden sind, sowie die sichere Rückkehr der Opfer von Zwangsumsiedlungen. In diesem Sinne fordert er die Aufhebung des Dorfschützersystems.
12) Er arbeitet für die Errichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission und die Untersuchung von Tausenden von „Morden unbekannter Täter".
13) Er entwickelt Projekte für die Rehabilitation von sozialen und psychischen Traumata, zu denen der Krieg in unserer Gesellschaft geführt hat.
13) Er strebt eine demokratische Wirtschaftspolitik für die Region an.

Welchen Platz nimmt der DTK im Demokratisierungsprozess in der Türkei ein?

Beim DTK handelt es sich einerseits um die organisierte Kraft im Demokratisierungsprozess der Region und andererseits um die größte Demokratisierungskraft der Türkei. Niemals in der Geschichte der Türkei sind so viele verschiedene Gruppen zusammengekommen. Das Verständnis von „eine Nation, eine Sprache, ein Glaube" bildet eines der größten Hindernisse vor der Demokratisierung der Türkei. Der DTK jedoch führt die multinationale, multilinguale, multireligiöse, multikulturelle Realität der Türkei vor Augen. Indem die Türkei ihren eigenen Pluralismus vertritt, wird auch eine Phase ernsthafter gesellschaftlicher Selbstkonfrontation beginnen. Die türkische Nation muss entsprechend all diesen Unter-

Warum ein Volkskongress? Gibt es einen Unterschied zu staatlichen Systemen?

Natürlich gibt es Unterschiede zu staatlichen Systemen. Zunächst einmal übernimmt der DTK nicht die Funktionen, die dem Staat zukommen. Es handelt sich um einen außerstaatlichen Lösungsraum. Zur Philosophie des DTK gehört, dass jegliche sozialen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen etc. Probleme mit der Kraft der organisierten Gesellschaft gelöst werden können, ohne auf den Staat zu warten. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass sich der DTK über demokratische Prinzipien und das Ziel der Demokratie definiert.

Handelt es sich dann beim DTK um eine Organisation, die nur auf die Organisierung der kurdischen Gesellschaft abzielt?

Beim DTK handelt es sich keinesfalls nur um eine Einheits- und Demokratiebewegung der KurdInnen. Es handelt sich um eine Bewegung, in der auch andere kulturelle und nationale Strukturen, die es in Kurdistan gibt, teilhaben. Eigentlich sind die kulturellen Strukturen, die im DTK vertreten werden, eben die „anderen", die in der Geschichte der Türkei verschiedenen Formen von Diskriminierung, Zerstörung und Assimilationspolitik ausgesetzt worden sind. Es sind Kurden, Aramäer, Armenier, Yeziden, Aleviten …



Leyla Zana als Rednerin beim Demokratischen Gesellschaftskongress Foto: DIHA

schieden von Neuem definiert werden. Allein dies stellt schon den Garanten und die Antriebskraft für die Demokratisierung der Türkei dar.

Zweitens verteidigt der DTK, dass es sich bei der Türkei um die gemeinsame Heimat dieser pluralistischen Nation handelt. Drittens fordert er eine demokratische Verfassung, die diese pluralistische Nation der Türkei umfasst und anerkennt. Viertens fordert er ein Ende der seit 90 Jahren mit einem monistischen und zentralistischen Verständnis geführten autokratischen Republik und stattdessen eine demokratische Republik. Allein diese Bemühungen zeigen schon, dass der DTK eigentlich eine große Chance für eine demokratische Türkei darstellt.

Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten sozialen Probleme und Bedürfnisse der kurdischen Gesellschaft? Wie hoch ist das Niveau ihrer Organisierung? Auf welche Schwierigkeiten stoßen Sie?

Während die kurdische Gesellschaft einerseits sehr ernste soziale Probleme hat, stellt sie zugleich die Gesellschaft dar, die die größten Möglichkeiten für eine Lösung bietet. Das Land der KurdInnen wurde in vier Teile geteilt. Das Schicksal dieser geteilten Erde ist leider auch in das Leben der kurdischen Gesellschaft getragen worden. Genau wie ihre Erde ist auch das gesellschaftliche Leben zerschnitten. Diese Teilung gilt nicht nur für die Bevölkerung zwischen diesen vier Teilen, sondern auch für die Menschen untereinander. Von dieser Situation profitieren die Staaten, die uns unterdrücken. Es ist lebensnotwendig, die durch diese historisch zerschnittene Situation geschaffenen Gewohnheiten und Verständnisse zu überwinden. Wenn eine Demokratieplattform wie der DTK es schafft, in einem Teil eine Einheitsbewegung zu schaffen, kann das üble Schicksal vielleicht besiegt werden. In dieser Sache sind nicht zu unterschätzende Schritte getan worden. Es ist zu beobachten, dass die Gemeinschaftlichkeit innerhalb der KurdInnen stärker geworden ist. Darüber hinaus besteht die Realität der gesellschaftlichen Desinformation, die während des seit 30 Jahren andauernden Krieges und in diesem Zusammenhang durch den Spezialkrieg geschaffen worden ist. Wir sprechen vom Dorfschützersystem, von der Kontrolle der Jugend durch Drogen, Sport u. Ä., von enormer Armut und Verarmung, kultureller Desinformation usw. Um diese Probleme zu bewältigen, damit unsere Gesellschaft gesund wächst, indem sie ihre kulturellen und geschichtlichen Werte umarmt, hat der DTK schon damit begonnen, Politiken zu entwickeln und auch umzusetzen.

Daneben wird eine Assimilationspolitik betrieben, die die gesellschaftlichen Probleme und den Verlust der eigenen Identität nährt. Diese Politik ist immer noch gültig. Aus diesem Grund stellt unser Beharren auf der Forderung nach freier Ausübung der Muttersprache eine gesellschaftliche Forderung dar.

Wie gesagt, die KurdInnen haben mehr Möglichkeiten, all diese Probleme zu überwinden, als angenommen wird. Denn die erlittenen Schmerzen haben zu wichtigen Erfahrungen geführt. Die kurdische Gesellschaft weiß, was sie will. Was sie nicht will, lehnt sie ab. Sie hat die Gewohnheit gewonnen, sich um den Kampf herum zu organisieren. Aus diesem Grund hat sie in diversen Bereichen, von Ökologie bis Frauenbefreiung, von Wirtschaft bis Politik, eine Reihe von Organisationen gegründet.

Innerhalb der kurdischen Gesellschaft kommt den Frauen und der Jugend eine besondere Stellung zu. Welche Rolle spielen Frauen und Jugendliche im DTK?

Eine der wichtigsten Errungenschaften des Kampfes der KurdInnen ist es, Frauen und Jugendliche in den Fokus der neuen Gesellschaft zu stellen. Beispielsweise gibt es innerhalb der kurdischen Organisationen eine Geschlechterquote von 40 Prozent. Das gibt es in keinem anderen Land im Mittleren Osten. Jede Institution, in deren Vorstand keine Frauen vertreten sind, wird als antidemokratisch und patriarchalisch kritisiert. Die Frau ist wirklich zum Subjekt geworden. Der DTK handelt so, wie dieses Prinzip es erfordert. Auch hier gilt die 40%-Quote. Außerdem wird der DTK von einer Doppelspitze, die aus einer Frau und einem Mann besteht, geleitet. Eine der Arbeitsgruppen ist die Kommission für Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Auch die Jugendlichen sind wie die Frauen Subjekte des DTK. Dass eine Organisation, die die Demokratisierung der Gesellschaft anstrebt, Frauen und Jugendliche nicht als Subjekte und Antriebskraft sieht, ist ohnehin nicht möglich.

Sie haben in diesem Jahr die Newroz-Feierlichkeiten organisiert. Was waren in diesem Jahr die Botschaften des kurdischen Volkes? Worin unterschieden sich die diesjährigen Feierlichkeiten von früheren?

Die Newroz-Feierlichkeiten haben seit zehn Jahren eine Art Demokratieplatz-Funktion. Man denke an die Agora in Attika. Aber ein wichtiger Unterschied zu den Agoras in Attika ist, dass hier ein weites Meer von Menschen am Entscheidungsprozess teilnimmt. Seit einiger Zeit bestimmen die KurdInnen auf den Newroz-Plätzen gemeinsam die Forderungen und Botschaften des jeweiligen Jahres und ratifizieren sie. Es ist eine Art Referendum. In diesem Jahr war die Botschaft klar. Die Menschen, die auf der Newroz-Agora zusammenkamen, drückten sich in Sachen Ansprechpartner klar aus. Sie forderten, für die Lösung der kurdischen Frage die PKK und deren Vorsitzenden Abdullah Öcalan als Ansprechpartner zu akzeptieren. Sie verurteilten die seit einem Jahr von der AKP-Regierung auf ein neues Niveau gehobene Phase politischer Liquidierung. Sie forderten, die politischen und militärischen Operationen zu beenden und die in diesem letzten Jahr verhafteten kurdischen PolitikerInnen freizulassen. Sie forderten offene Verhandlungen mit der BDP. Außerdem brachten sie ihre Forderungen nach einer demokratischen Republik, einer demokratischen Verfassung, einer demokratischen Nation, einer demokratischen Heimat klar zum Ausdruck. Eigentlich haben sie in Form von Millionen die Roadmap für eine Lösung und Frieden verkündet.

Wie verhält sich der türkische Staat, vor allem die AKP-Regierung, zu den Aktivitäten des DTK? Wie bewerten Sie die andauernden politischen Razzien?

Der Staat nimmt eine Haltung ein, aus der heraus er die Arbeiten des DTK zu kriminalisieren versucht. Dieser Staat ist es gewohnt, die Unterschiedlichkeiten zu führen, indem er sie teilt. Er fürchtet sich davor, dass eben diese voneinander getrennten Gruppen auf demokratische Weise zusammenkommen. Und dass KurdInnen zusammen agieren, ist ein Zeichen dafür, dass das klassische Führungsverständnis des Staates ausgedient hat. Darüber hinaus hat bisher der Staat die BürgerInnen geführt und geformt, aber er wurde nie von diesen geformt und kontrolliert. Der DTK macht auf diesen Unterschied aufmerksam. Eine sich demokratisierende Gesellschaft wird auch Druck auf den Staat ausüben, damit er sich verändert. Der Staat und die Regierung fürchten sich vor eben dieser Veränderung. Weil sie so weit entfernt sind von einem Machtverhältnis, das dem eines pluralistischen Landes entspricht, sind ihre Reflexe entsprechend hart.

Obwohl es sich bei dem DTK den Gesetzen entsprechend um eine legitime Demokratiebewegung handelt, haben der Staat und die AKP Angst. Es ist die Angst vor Demokratie. Deshalb versuchen sie uns zu kriminalisieren, einzuengen, zu illegalisieren. Hierfür nutzen sie jede Möglichkeit. Auch die Liquidierungsphase gegen die kurdische Politik beruht im Kern auf einer solchen Angst. Denn die demokratische Gesellschaft überwindet die Mentalität des Staates. Kein Staat wird es leicht verdauen, dass die Gesellschaft ihn überwindet. Und für einen derart zentralistischen, bevormundenden und monistischen Staat wie die Türkei ist das überhaupt nicht leicht. Der türkische Staat glaubt, dass er seine monistische Struktur wahren kann, wenn er mit politischen Razzien die Lösungsmöglichkeiten und -akteure auf legaler Basis liquidiert und dann die Guerilla, die KurdInnen ausschaltet. Der Staat ist sich dessen bewusst, dass sich vieles in der Türkei ändern wird, sollte die kurdische Frage auf politischer Ebene gelöst werden. Aus diesem Grund widersetzt er sich. Dieser Staat versucht momentan leider, seine Existenz durch Krieg, Lösungslosigkeit und antidemokratisches Verhalten aufrechtzuerhalten.

Welche Ziele hat der DTK für das Jahr 2010?

Der DTK hat seine Gründungsphase noch nicht beendet. Wir verfolgen das Ziel, diese Phase innerhalb dieses Jahres zu beenden. Die Entwicklung einer Politik zur Lösung verschiedener Probleme und das Beharren auf einer Lösung und Demokratisierung werden diese Phase beschleunigen. Auf der anderen Seite wird der DTK die Gesellschaft in verschiedenen Bereichen dazu anregen, sich zu organisieren, er wird die Arbeiten für die Schaffung einer Einheit beschleunigen, er wird versuchen, einheitliche Forderungen für die Lösung diverser Probleme, allen voran der kurdischen Frage, zu entwickeln und so die Lösungsphase zu erleichtern. Neben Aktivitäten zur Stärkung eines neuen Bewusstseins und zum Zusammenführen unterschiedlicher Charakteristika werden auch weiterhin verschiedene Konferenzen organisiert werden.



„Dibistanên Azad“, die Freie Schule: KurdInnen organisieren ihre Bildung selbst   Foto: DIHA

Beispielsweise wird es im Mai eine internationale Konferenz zum Thema Geschichte der Religionen in Mesopotamien und Nusaybin geben. Im selben Monat wird eine Konferenz zu Muttersprachlichkeit stattfinden. Als Fortsetzung der im Februar veranstalteten Konferenz zu Verhandlungs- und Lösungserfahrungen wird eine weitere Konferenz zum Thema Mittlerer Osten organisiert werden. Außerdem werden die Ergebnisse dieser Konferenzen in Buchform gebracht werden.

Haben Sie als DTK das Ziel, eigene Erfahrungen mit denen anderer Völker zusammenzuführen? Gibt es in diesem Sinne Solidarität?

Natürlich möchten wir unsere eigenen Arbeiten in einen internationalen Rahmen rücken, vorstellen, Unterstützung fordern. Jedoch haben wir bisher nicht die Möglichkeit dazu gehabt. Auf der Konferenz im Februar ist hierzu auch ein wichtiges Bedürfnis ans Tageslicht getreten. Wir haben damit begonnen, uns mit begrenzten Möglichkeiten vorzustellen. Das DTK-Modell hat das Potential dazu, universellen Charakter zu erreichen. Wir haben erfahren, dass westliche Gesellschaften seit fünfzig Jahren auf der Suche nach ähnlichen Entwürfen sind und hierzu Diskussionen führen. Aus diesem Grund stellt der DTK auch aus deren Sicht ein interessantes Modell dar. ♦

Veränderung der politischen Balance

Eine neue Strategie des Imperialismus in der Türkei

Mit Haluk Gerger sprach Sercan für ANF, 25. März 2010

Wie sehen Sie die Angriffe gegen die Kurden in Europa?

Die Türkei hat von Anfang an ihren Kampf gegen die Kurden stets parallel und koordiniert mit den Imperialisten geführt. Dieser Kampf war nicht nur beschränkt auf die militärische Unterstützung durch NATO und USA, sondern wurde in allen Bereichen zwischen der Türkei und den Imperialisten koordiniert. Folglich weisen die Ereignisse darauf hin, dass sie nicht getrennt und unabhängig voneinander stehen. Es ist *[an den Angriffen am 4. März gegen Roj TV, KNK und kurdische Vereine in Brüssel, den Festnahmen in Frankreich und Italien]* deutlich erkennbar, dass diese gemeinsame Koordinierung andauert.

Insbesondere seit der Zeit Turgut Özals hat die türkische Herrschaft des Öfteren eine Strategie entwickelt, die Özal als „Tripod", einen Dreifuß, bezeichnete. Erstens: den Kampf der Kurden als „Terrorismus" zu sehen und zu bekämpfen; zweitens: den Willen der Kurden zu brechen, ihren Widerstand zu schwächen, sie zu spalten, um andere kurdische Elmente hervorzubringen; drittens: für den strategischen Kampf gegen die Kurden sich der Welt nicht zu verschließen und zu isolieren, sondern diesen Kampf gemeinsam zu führen. Dies gilt auch heute noch und war eine alte Forderung der Imperialisten an die Türkei.

Hat die Liquidation des militärischen Arms der PKK Priorität?

Obama hat dies bei seinem Besuch in der Türkei sehr deutlich ausgesprochen: „Ja, Gewalt ist erforderlich, aber sie muss über Reformen ausgeübt werden." Zur heutigen Regierung gibt es einen Unterschied, was ein logisches Resultat des Özal-Tripods ist, auch wenn es ideologisch gesehen um dieselbe Gesinnung des herrschenden Systems geht. Früher wurde totale Vernichtung gefordert. Damit meine ich insbesondere den kurdischen Kampf, die PKK. Allerdings wurde sehr ersichtlich, dass diese nicht zu vernichten ist. So wurde es dann erforderlich, die Vernichtung schrittweise anzugehen. An dieser Stelle ist es wichtig, auf zwei Ereignisse aufmerksam zu machen, die einen Wendepunkt darstellen. Erstens die breit angelegte militärische Operation in Zap und dann der folgende rasche Rückzug. Dies war militärisch gesehen ein Wendepunkt. Der zweite folgte sehr schnell nach den Kommunalwahlen März 2009. Die AKP, die gemeinsam mit den Oppositionsparteien für den Staat in Kurdistan angetreten war, hatte nicht genügend Stimmen bekommen, während die DTP gewann. Dies war der politische Wendepunkt. Obamas Strategie und seine Worte über die schrittweise Vernichtung waren das Nächste. Dies hieß, der Schwächung des militärischen Arms der PKK Priorität zu geben. So war Obamas Vorschlag: „Macht es und wir helfen euch dabei."

Die Konsequenz aus der Vernichtung des militärischen Arms der PKK würde gleichzeitig die Vernichtung der PKK in hohem Maße bedeuten. Bei einem solchen Erfolg würde dann ein anderes, neues Bild entstehen. Es herrschte sogar der Glaube, dass damit die gesamte Frage aus der Welt geschaffen werden würde. Für diese Überzeugung waren die Worte Obamas maßgeblich. Er sagte nämlich, dass „die Türkei ihre Probleme nicht lösen und sich dadurch nicht stabilisieren kann". Was er meinte, dass dadurch die Kapazität der Türkei für ihre Dienste für die USA geschmälert und bei Fortbestehen dieses Problems die Stabilität der US-Verbündeten in Armenien und Südkurdistan leiden würde. Weiterhin bedeutete dies, dass die Instabilität der Türkei die Stabilität der Planungen für den neuen US-Status-quo im Kaukasus, am Schwarzen Meer beeinträchtige. Deshalb sagte Obama der Türkei „Löst dieses Problem".

Wie sehen Sie die Beziehung von Gewalt und Öffnungspolitik?

Nachdem eingesehen worden war, dass mit Gewalt allein das Problem nicht gelöst werden kann, wandte man sich der Öffnungspolitik zu. Es bedeutet aber nicht, dass auf Gewalt verzichtet wird, sondern dass zusätzlich zur Gewalt Schritte unternommen werden. Anzeichen für einen Verzicht auf Gewalt gibt es nicht. Dies ist ja auch die eigentliche Kluft, die eine Lösung der kurdischen Frage verhindert. Noch gibt es keinen Verzicht auf die Gewalt und keine Einstellung, das Problem mit den Gesprächspartnern politisch-friedlich zu lösen.

Die Koordination mit dem Imperialismus, beschränkte Reformen usw. gibt es nicht statt der Gewalt, sondern zu ihrer Verstärkung. Das Problem dauert noch an, da Türkei und Imperialisten den Widerstand in der kurdischen Frage nicht begreifen und es nicht akzeptieren. Ich persönlich glaube auch nicht daran, dass die Kurden auf diese Weise unter Druck

gesetzt werden können und dass die Türkei mit dieser Annäherung das Problem lösen wird.

Besteht die alte Mentalität weiter?

Mit vielen Beweisen kann nachgewiesen werden, dass die Mentalität sich nicht ändert. Erstens wird nicht auf Gewalt verzichtet, sondern die legitimen demokratischen Rechte, die den Kurden als Volk natürlicherweise zustehen, werden als „terroristisch" kategorisiert und folglich unterdrückt. Zweitens sind die Assimilationspolitik gegen die Kurden, die Forderung nach ihrer Vernichtung, ihre Ablehnung als Gesprächspartner, sie nicht zu akzeptieren, und die Leugnung der Kurden als Volk immer noch existent. In Kürze heißt das: „Ich kann die Kurden als Individuen anerkennen, aber akzeptiere sie nicht als Volk", was eine andere Version der Assimilationspolitik ist. Das Dritte ist, dass überall auf der Welt der Gegner im Krieg während der Lösung zum Gesprächspartner wird, in der Türkei das aber abgelehnt wird. Über diese drei Punkte kann belegt werden, dass es keine Gesinnungsänderung gibt.

Verändert die kurdische Frage die Balance?

In der Türkei ändert sich die politische Balance, sowohl extern als auch intern. Was zu einem zerstörerischen und destruktiven Machtkampf führt. Hierbei ist es die kurdische Frage, die diese Balance zweifach verändert. Erstens: Je mehr die Politik der Gewalt, der totalen Vernichtung erfolglos bleibt, umso mehr geht das Regime, seine Führung, wirtschaftlich, militärisch, politisch und moralisch unter der Last unter und sein System fängt an zu bröckeln. Zweitens: Die Existenz Südkurdistans beeinflusst nicht nur die regionale Balance, sondern führt als externer Faktor bei der Türkei, die behauptet „es gibt keine Kurden", zu einem gewaltigen unkontrollierbaren Riss in der türkischen Mentalität der Leugnungspolitik. Außerdem: Der Imperialismus ändert sich, die Weltordnung hat sich geändert. Es ist bekannt, dass die USA mit dem Ende der 80er Jahre eine neue Politik im Mittleren Osten entwickeln.

Ist eine neue bürgerliche Welle im Anmarsch?

Eine sehr wichtige Veränderung der politischen Balance gibt es bei der internen Dynamik in der Türkei selbst. Die türkische Bourgeoisie ist seit ihrer Geburt rückständig, sie ist sehr spät auf die Bühne gekommen, verfügt über geringe Erfahrung und wenig Kapazitäten im Falle des Kapitals und anderer Sektoren des Kapitals. Sie ist daher eine bürgerliche Klasse, die unter der Schirmherrschaft anderer existieren konnte.

Im Vergleich zu ihren Schwesterklassen im Westen ist sie nicht progressiv, revolutionär, hat keine demokratischen Eigenschaften und ist auch keine Kraft, die die Gesellschaft vorantreibt. Aus diesem Grund bedurfte sie eines Schirmherrn. Selbst ihre Geburt war staatsgebunden. Charakteristisch war eine bürokratische Bourgeoisie. Aufgrund dieser Eigenschaften war sie daher nicht zu einer ideologischen Dominanz über die Gesellschaft in der Lage. Auch besaß sie keine Hegemonie über die Werte. Intern hatte sie Zuflucht beim Staat, bei den Staatsorganen und extern beim Imperialismus gefunden. Dies führte dazu, dass einerseits der Staat, andererseits der Imperialismus zu Repressionsinstrumenten gegenüber dem Volk wurden. Folglich wurde die türkische Bourgeoisie damit Vertreterin beider Druckinstrumente. Die Gesellschaftsbildung während der kemalistischen Republik fand nicht mit der Hegemonie der bürgerlichen Werte statt. Im Gegenteil, sie wurde mit militärischer und chauvinistischer Gewalt durchgeführt. Die türkische Bourgeoisie hatte keine Beziehung zum Volk, war ihm daher fern und sah auf es hinab. Wiederum war sie als elitäre Bürokratie zu einem Teil der offiziellen Ideologie geworden. Folglich hat sie daher einen Preis an die wahren Besitzer dieser Klasse zahlen und auch die Macht mit ihnen teilen müssen. Das hieß, sie hat die Profite teilen müssen, da sie nicht in der Lage war, allein zu herrschen. Diese Bourgeoisie entwickelte sich daher als eine kollaborierende Bourgeoisie, die mit dem Staat und dem Imperialismus kollaborierte. In diesem Zusammenhang war sie für den Machterhalt gezwungen, die Profite mit dem Staat zu teilen, das heißt: der bewaffneten Bürokratie, konkreter gesagt: dem Generalstabschef. Im Klartext wurde dieser Bourgeoisie durch die bewaffnete Bürokratie gesagt: „Wenn du deine Macht auf meiner Ideologie, meiner Armee aufbaust und auf meinem Rücken existierst, bist du gezwungen, deine Macht mit mir zu teilen."

Sehen Sie die AKP als politisches Glied der Bourgeoisie?

Die AKP ist in diesem Zusammenhang das politische Glied und Instrument, das die absolute politische Macht erringen will. Um sowohl den Profit als auch die Macht nicht zu verlieren, kämpft sie zäh für ihren Erhalt und verteidigt sich hierbei sehr kratzbürstig. Doch die herrschenden Systemeigner wollen ihr die Macht nicht geben. Der Imperialismus zieht es jetzt vor, eher mit der politischen Macht der Türkei, also der AKP, eine Beziehung aufzubauen als eine direkte Beziehung zur bewaffneten Bürokratie. Während die bewaffnete Bürokratie hierdurch an Stärke verliert, gewinnt die neue Bourgeoise an Stärke. Dieser Prozess führt zur Veränderung der politischen Balance. Hinzukommt, dass die bewaffnete Bürokratie aufgrund des Krieges gegen die Kurden sich in einer strategischen Auseinandersetzung mit den USA befindet, da sie immer noch die totale Vernichtung vertritt.

Die bewaffnete Bürokratie sieht jetzt, dass durch die Globalisierung die Grenzen aufgehoben werden, die Staatsmacht immer mehr verliert, dass das Kapital unbegrenzte Freiheit der Ausdehnung genießt und sie daher an Kontrollmacht einbüßt. Daher zeigt sie gegenüber der kosmopolitischen Kultur des Imperialismus ideologisch eine faschistische, militaristische, staatsgebundene und bürokratische Reaktion. Ferner sieht der Imperialismus die Notwendigkeit einer Säuberungsaktion gegen Kräfte vor, die als Handlanger der USA und für sich selbst gearbeitet und die Verbrechen begangen haben, die in den Augen der Gesellschaft diskreditiert sind, die als Banden in blutige Angelegenheiten verwickelt waren und sich zu



Die Bevölkerung lebt und arbeitet noch immer unter ärmsten Bedingungen Foto: DIHA

einem Staat im Staate entwickelt haben. So wird von Operationen gegen Ergenekon usw. geredet, was auch als ein Teil des Machtkampfes zu verstehen ist. Da sich all dies überlagert, hat es im Staat zu Chaos und einer Krise geführt. Das Resultat ist eine gespaltene Türkei mit gespaltenen Universitäten, gespaltener Justiz und gespaltener bewaffneter Bürokratie, deren einer Teil politisch vertreten ist durch CHP und MHP. Auf der anderen Seite gibt es die Liberalen und auch der Staatspräsident in Çankaya hat aufgrund dieser Spaltungen die Position gewechselt.

Wie sehen Sie das Paket zur Verfassungsänderung?

Auch das Paket zur Verfassungsänderung ist eine Folge des genannten Machtkampfes. Die bewaffnete Bürokratie, die Seite, die über den militärischen Apparat, die bewaffneten Kräfte und ideologischen Überbleibsel des Kemalismus verfügt, nutzt in diesem Machtkampf mit der Kurden-Phobie und dem Armenier-Problem den Chauvinismus. Die andere Seite benutzt allerdings andere Instrumente. So zum Beispiel setzt sie auf Instrumente wie Wahlen. Sie hat die Wahlen gewonnen und verfügt über die Mehrheit der Sitze im Parlament. In diesem Kampf geht es daher um das Erringen möglichst vieler Posten in dem gespaltenen Staat. So zum Beispiel hat sie den Posten in Çankaya in die Hand bekommen. Eine ihrer wichtigsten Trumpfkarten in diesem Machtkampf ist die Debatte um die Verfassungsänderung, mit der sie die Justiz ändern und damit Posten im staatlichen Apparat erlangen will. Bei den Diskussionen um die Verfassungsänderungen muss man bedenken, dass es nicht um Reformen und Demokratisierung geht, sondern um Instrumente und Methoden. Auch die Opposition, die sich als demokratisch versteht, stellt sich nicht gegen diese Entwicklung, da sie das Kommen des zivilen Faschismus fürchtet. Denn auch sie bangt in diesem Machtkampf um ihre Posten und kämpft um deren Erhalt. Beide Seiten kümmert weder die Demokratie noch die Freiheit.

Die Kurden haben einen Schritt gemacht, ist nun die Türkei an der Reihe?

Es gibt ein Phänomen, das immer noch fortbesteht. Während die Kurden weiterhin Widerstand leisten, hält sich auch die Mentalität der Leugnung der Identitätsrechte des kurdischen Volkes. Das weist auch auf die Kontinuität des Konfliktes hin. Würde die eine Seite mit dem Widerstand aufhören, so würde der Konflikt enden. Würde die andere Seite die Kurden als gleichberechtigtes und existentes Volk anerkennen und ihnen ihre legitimen demokratischen Rechte zugestehen, so würde der Konflikt auch beendet sein. In diesem Zusammenhang ist die Seite, die im Unrecht ist, die Türkei. Es muss auch die türkische Seite sein, die den Frieden will, die für die Lösung der kurdischen Frage Schritte macht und sich dadurch unter Beweis stellt. Denn die Kurden haben auf allen Ebenen und seit sehr langer Zeit alle Schritte auf dem Weg zum Frieden und zu einer politischen Lösung getan. Sowohl im Wort als auch in der Tat haben sie gezeigt, dass sie bereit sind für Verhandlungen. Auch sehr deutlich haben sie demonstriert, dass sie für den Frieden bereit sind, Zugeständnisse, Kompromisse zu machen, und waren aufopfernd und offen für die Entwicklung verschiedener Lösungsmethoden. Darüber hinausgehend haben sie auch Lösungswege aufgezeigt. In diesem Fall geht es nun darum, dass die Türkei den Willen für eine friedliche und politische Lösung entwickeln muss.

Wie sehen Sie den kurdischen Freiheitskampf heute?

Alle diese Ereignisse deuten darauf hin, dass der kurdische Widerstand einen Punkt erreicht hat, an dem es nicht mehr möglich ist, ihn zu brechen. Meiner Auffassung nach hat der kurdische Aufklärungs- und Freiheitskampf im 20. Jahrhundert eine der größten Menschheitsbewegungen geschaffen. Ihre Vorgänger sind im 20. Jahrhundert zerfallen. Aus der Sicht des kurdischen Freiheitskampfes geht es nunmehr darum, ihre Eigenschaft als größte Menschheitsbewegung im 21. Jahrhundert aufrechtzuerhalten. Wir werden sehen, ob sie es schafft. Ich persönlich will, dass sie es schafft, und ich glaube auch, dass sie es schaffen wird. Meiner Auffassung nach ist es die Prüfung für das kurdische Volk. ♦

Der Autor und Politikwissenschaftler Haluk Gerger unterrichtete früher als Professor für Internationale Beziehungen an der politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Ankara.

„Freundinnen und Freunde von Belge“ gestartet: ein Solidaritätsappell

Ragıp Zarakoğlu und der Belge-Verlag – Ziel türkischer Justiz

Desmond Fernandes

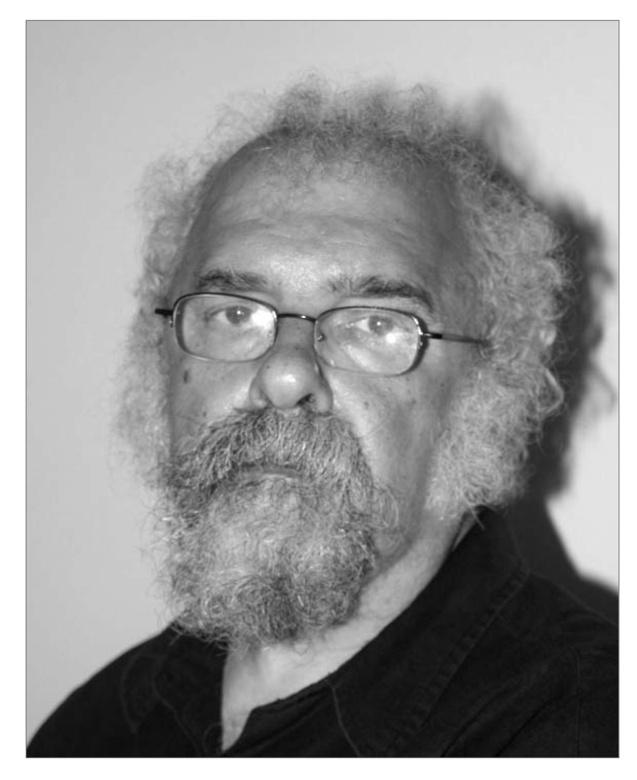
Ragıp Zarakoğlu, Besitzer und Direktor des Verlags Belge, erhielt 2007 neben dem kurz zuvor ums Leben gekommenen Hrant Dink und Gülçin Çaylıgil den Preis für Pressefreiheit von der türkischen Journalisten-Vereinigung. Er erhielt außerdem 2008 den „International Publishers Association“-Preis für freie Publikation „für seinen beispielhaften Mut, mit dem er die Freiheit der Publikation hochhält“, und er war Empfänger weiterer Preise wie z. B. 2003 des *„Free Expression Award“* von Oxfam Novib/PEN.

2007 nahm Ragıp außerdem an dem 7. Zweijährlichen Treffen der Internationalen Gesellschaft der Genozidforscher (IAGS) des Instituts zur Erforschung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und internationales Recht an der Universität von Sarajevo teil. Er erhielt dort den IAGS-„Preis für herausragende Beiträge im Kampf gegen die Verleugner des Armeniergenozids und jegliche Verleugnung von Genoziden“.

Ragıp Zarakoğlu und der Belge-Verlag (Belge bedeutet „Dokumente“) waren in der Türkei Ziele andauernder Gerichtsprozesse, in denen der türkische Staat klar international anerkannte Rechte der Freiheit der Meinungsäußerung verletzt. Im November 2009 beispielsweise drohten Ragıp und dem Schriftsteller N. Mehmet Güler als Angeklagten absurderweise Haftstrafen aufgrund des Dialoges eines Charakters in einem Roman.

„Der Verleger Ragıp Zarakoğlu erklärte in der Verhandlung [am 19.11.2009]: `Als Vorsitzender des Komitees für die Freiheit der Meinungsäußerung und der Publikation und als Verleger kann ich keine Zensur ausüben.´ Zarakoğlu steht vor Gericht (…) wegen des im März [2009] vom Belge-Verlag publizierten Buches *Schwierigere Entscheidungen als der Tod (Ölümünden zor kararlar)*. (…) [Den] Angeklagten drohen Gefängnisstrafen nach Artikel 7/2 des Antiterrorgesetzes (TMY) wegen der Namen der Charaktere `Sıti´, `Sabri´ und `Şiyar´ im Buch. Zarakoğlu hat 15 Jahre dem Komitee für Publikationsfreiheit der Vereinigung der Türkischen Verleger (TYB) vorgestanden.

Er erklärte: `Der Roman spielt in [einer] historischen Periode, welche die Türkei erlebte. Es gibt ähnliche Beispiele in der Weltliteratur. Etwa Ernest Hemingways *Wem die Stunde schlägt*, welches den Spanischen Bürgerkrieg thematisiert.´ (…) Der Vorsitzende Richter Zafer Başkurt nahm Einsicht in die Akte und entschied, das Verfahren auf den 25.03.2010 zu vertagen. Zarakoğlu erklärte, dass die Repression `so weit gekommen ist, Romanhelden strafrechtlich zu verfolgen´. (…) Der Istanbuler Staatsanwalt Hikmet Usta begründete seine Anklageschrift vom 22. Mai mit dem Dialog in einem Roman.“ (BIA, Erol Önderoğlu, 20.11.2009)



Ragıp Zarakoğlu Foto: DIHA

Wie Vercihan Ziflioğlu in einem Artikel vom 9.12. unter dem Titel „Fiktionale Charaktere eines Buches in der Türkei vor Gericht“ schrieb: „Fiktionale Charaktere stehen in der Türkei *wieder* vor Gericht. *Entscheidungen schwerer als der Tod (Ölümünden zor kararlar)*, ein letzten März im Belge-Verlag veröffentlichter Roman von N. Mehmet Güler, wurde zum Gegenstand eines Verfahrens. (…) Autor Güler und Verleger Zarakoğlu stehen vor dem Istanbuler Gerichtshof für schwere Verbrechen. Der Roman wurde im Juni in die Liste verbotener Bücher aufgenommen und die Exemplare wurden vom Markt genommen. (…) Viele Schriftsteller und Übersetzer sind in den letzten Jahren wegen Artikel 301 des Türkischen Strafgesetzbuches vor Gericht gestellt worden.

Das erste Beispiel *imaginärer Charaktere* vor Gericht war Elif Şafaks Roman *Der Bastard von Istanbul*. Şafak stand vor Gericht wegen `Beleidigung des Türkentums´ durch eine armenische Figur in ihrem Roman, sie wurde freigesprochen. (…) `Der Prozess war wie ein Geschenk zu meinem 40-jährigen Jubiläum als Journalist´, sagte Zarakoğlu, der Gründungsmitglied einer Menschenrechtsorganisation und Träger vieler nationaler und internationaler Journalistenpreise ist. `Über 50 Verfahren wurden gegen mich eröffnet´, erklärte er. `Sollte der Schriftsteller frei in seinen Gedanken sein oder den Prinzipien des Staates und dem Militarismus dienen?´ Er verglich die momentanen Bedingungen mit dem Leben in der Ära Sultan Abdulhamits und stellte fest, die `Unterdrückermentalität muss überwunden werden´."

Frühere Verfahren richteten sich gegen Ragıp und Belge aufgrund der Veröffentlichung von Professor Dora Sakayans *Garabed Hacheryans Izmir-Journal: Erfahrungen eines armenischen Arztes und George Jerjians Die Wahrheit wird uns befreien/Armenier und Türken versöhnt*. Wie Bjørn Smith-Simonsen, der Vorsitzende des Komitees für freie Publikation der IPA, zu der Zeit beobachtete: „Ragıp Zarakoğlu wurde einer Reihe von langen, zeitraubenden und teuren Gerichtsverhandlungen unterworfen. (…) Die Durchführung des Prozesses selbst ist für den Angeklagten zu einer Form der Belästigung und Bestrafung geworden *für das Wagnis, Werke herzustellen, die sensible Themen berühren*." (IPA/IFEX, 14.12.2007)

Wie BIA News 2002 vermerkte, wurden ganze Auflagen dutzender Bücher von Belge zuvor konfisziert und 1995 die von Ragıp und der kurz zuvor verstorbenen Ayşe Zarakoğlu geleiteten Büros des Belge-Verlags „mit Brandbomben angegriffen": „Von einem Keller in Istanbul aus publizierte Belge bahnbrechende Bücher, welche die Existenz der Kurden anerkannten, und historische Werke über die Grausamkeiten im frühen 20. Jahrhundert gegen die große armenische Minderheit im Osmanischen Reich – und gegen die Griechen. (…) Die Publikation der Gedichte Mehdi Zanas auf Kurdisch in den frühen 1990ern reichte für Anklagen wegen *separatistischer Propaganda* nach dem drakonischen Antiterrorgesetz. 1997 veröffentlichte [Belge] auf Türkisch *Wie teuer ist die Freiheit?*, eine Sammlung von Artikeln und Berichten der deutschen Journalistin Lissy Schmidt, die drei Jahre zuvor bei ihrer Arbeit im kurdischen Nordirak getötet worden war. Das Buch wurde von der Regierung verboten und konfisziert, während [Ayşe] Zarakoğlu und die beiden Übersetzer des Buches vor Gericht gestellt wurden. (…)

1977 gründeten [Ayşe] und Ragıp Belge mit der Idee, `Tabus zu brechen´ und `die Rechte von Minderheiten zu untersuchen´. (…) 1990 brachte Belge ein Werk Ismail Beşikçis heraus, eines Soziologen, der als erster Akademiker zur kurdischen Frage und über das kurdische Volk in der Türkei arbeitete und 15 Jahre für seine Bücher im Gefängnis saß.

[Ayşe] Zarakoğlu wurde die erste nach dem 1991er Antiterrorgesetz der Türkei inhaftierte Verlegerin, als sie 1993 wegen des Drucks eines anderen Buches von Beşikçi für fünf Monate eingesperrt wurde. `Ich bin heute hier, weil Gedanken als `Verbrechen´ befunden worden sind, fürwahr zu einem *terroristischen* Verbrechen´, schrieb sie aus ihrer Gefängniszelle. `Wie Schriftsteller auch packen Verleger ihre Koffer nicht für neue Studien und Arbeiten, sondern für das Gefängnis. (…) Solange Menschen ihre Identitäten und ihre Ansichten nicht frei zum Ausdruck bringen können, sind sie *nicht* wirklich frei´, schrieb sie 1994 kurz vor ihrer Inhaftierung. `Wir glauben an das, was wir tun. Trotz Geldstrafen und möglichen künftigen Gefängnisstrafen werden wir bei Belge weiterhin unterdrückten Stimmen eine Möglichkeit bieten, gehört zu werden. Wenn wir bestehen bleiben, werden wir gewinnen.´"

Belge ist außerdem mit Gerichtsprozessen für die Publikation von Vahakn Dadrians Buch *Genozid als ein Problem nationalen und internationalen Rechts* konfrontiert worden. Für andere Bücher ebenfalls: Mgrdich Armens *Heghnars Brunnen*, Franz Werfels *Die vierzig Tage von Musa Dagh*, Tessa Hofmanns *Der Prozess Talaat Pascha*, David Gaunts *Massaker, Widerstand, Beschützer (Katliamlar, Direniş, Koruyucular)* über den Genozid an den Assyrern (auf Türkisch), Avetis Aharonians *The Fedayees*, Peter Balakians *Der Schwarze Hund des Schicksals* und die türkische Übersetzung von *Botschafter Morgenthaus Geschichte*. Ein 1982 veröffentlichtes Buch über die Geschichte der Türkischen Kommunistischen Partei „wurde verboten und später von den Generälen als eine Gefahr für die soziale Ordnung verbrannt, Ragıps Frau wurde vor Gericht gestellt". (BBC News, 12.04.2008)

Zum Ziel zu werden, hat vielerlei Gestalt angenommen: Ayşe wurde „zwischen 1993 und 1998 der Pass verweigert (er wurde ihr zurückgegeben am Tag nach einem geplanten Flug nach Deutschland, wo sie einen Preis auf der Frankfurter Buchmesse entgegennehmen sollte)". (Bianet, 15.02.2002) Ragıp „war es zwischen 1971 und 1991 verboten, das Land zu verlassen". (Kemal Özmen, Bianet, 18.01.2005)

Jean Rafferty stellte besorgt fest: „Ragıp Zarakoğlu hat insgesamt zwei Jahre im Gefängnis verbracht, einen Teil davon in *Isolation*. Sein Verlag ist angezündet worden; er hat andauernd um das finanzielle Überleben kämpfen müssen, aber er macht weiter, nicht nur mit dem Schreiben eigener Artikel, auch mit dem Verlegen [über Belge] und dem Verbreiten radikaler Literatur von anderen. (…) 1977 gründeten er und seine Frau Ayşe einen Verlag, um die Arbeiten unabhängiger Denker zu drucken. Ihre Palette schloss auch klassische politische Theoretiker wie Tom Paine und John Stuart Mill ein. (…) In den 1980ern, nach General Kenan Evrens Militärputsch, begann das Paar, eine Reihe Werke ehemaliger Gefangener zu publizieren. `Sie schrieben ihre Gedichte auf kleine Papierstücke, die sie heimlich schickten, eingenäht in Hemden und anderes. Fast eine halbe Million Menschen wurde in fünf Jahren inhaftiert. Eine Generation von Universitätsstudenten blieb dort für lange Zeit. Meine Frau und ich dachten, es sei sehr wichtig, ihre Stimmen nach draußen zu tragen. Die militärischen Autoritäten hielten die gesamte junge Generation für Terroristen, aber wir wollten ihre Kultur zeigen. Wir publizierten

Gedichte, Romane, Geschichten, Reportagen. Einige davon gewannen Preise.´ Und einige von ihnen wurden zum Tode verurteilt. Ragıp Zarakoğlu und seine Frau wurden permanent observiert, ihre Telefone abgehört. Viele andere Verleger konnten dem Druck nicht standhalten. Sie selbst schlossen ihre eigenen Verlage und Buchhandlungen. Einige verbrannten sogar Bücher zu Hause.“ Aber Ragıp und Ayşe publizierten weiter. „Er wurde 1982 verhaftet, sie 1984. Sie wurde gefoltert. (…) Ayşe war eine bemerkenswerte Frau, die vielfach vor Gericht gestellt wurde und die in ihrem Leben viele Menschenrechtspreise gewann. 1984 wurde sie verhaftet, weil sie einem polizeilich gesuchten Studenten eine Anstellung gegeben hatte. Sie folterten sie, um seinen Aufenthaltsort herauszufinden. Sie weigerte sich, es ihnen zu sagen. (…) `Sie war eine sehr mutige Frau´, sagt Ragıp. `Sie schaffte es immer wieder, nicht in Depression oder Hilflosigkeit zu verfallen. Sie fühlte sich gut, denn sie konnte etwas gegen die Macht unternehmen. Sie fühlte sich mit den Leidenden solidarisch.´ (…) Die `kurdische Frage´ – auch bekannt als Genozid an (…) Kurden – ist einer der heftigsten Streitpunkte in der heutigen Türkei. Beide Zarakoğlus hatten sich darüber offen ausgesprochen und über den Völkermord an den Armeniern von 1915 bis zur Etablierung des türkischen Staates 1923.“ (Jean Rafferty, Norsk PEN – www.norskpen.no/pen/Zarakkolu2.html)

2004 verurteilte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof „die Türkei (…) für die Verurteilung der Verlegerin Ayşe Nur Zarakoğlu wegen der Publikation eines Buches über den Mord an dem Journalisten Ferhat Tepe“. (Reporter ohne Grenzen, 19.08.2007)

Der englische PEN hat bestätigt, dass ein Prozess gegen Ragıp und Belge „am 24. September 2003 nach Artikel 312 des Strafgesetzbuches wegen der Publikation des Buches *12 Eylül Rejimi Yargılanıyor (Das Regime des 12. Septembers vor Gericht)*, herausgegeben von Dr. Gazi Çağlar, eröffnet wurde. Es wurde [in der Publikation] mit Bezug auf die Aktivitäten der türkischen Streitkräfte im Südosten der Türkei von einem `organisierten Genozid´ gesprochen.“ (englischer PEN)

Owen Bowcott (The Guardian, 13.04.2002) merkte außerdem an, wie Ayşe Zarakoğlu auch nach ihrem Ableben noch vom Staat angegriffen wurde: „Zwei Wochen nach dem Tod dieser international anerkannten Verlegerin kam ein Brief vom höchsten Staatssicherheitsgericht an, der sie für 9 Uhr am 21. März vorlud. `Wir haben gegen Sie ein Verfahren in Abwesenheit eröffnet´, drohte das Schreiben. ´Wenn Sie nicht erscheinen, werden Sie festgenommen.´ Nachdem ihr Sohn für seine Grabrede verhaftet worden war, kam der Prozesstermin. Die Anwälte bereiteten sich vor und die Verhandlung begann. `Es war wie in den Büchern von Kafka´, sagte ihr Witwer Ragıp Zarakoğlu. `Alle waren da: der Staatsanwalt, Anwalt, die Richter, Korrespondenten und Freunde. Nur der Platz der Angeklagten blieb leer.´ (…) Zarakoğlus angebliches Verbrechen beinhaltete die Veröffentlichung einer Arbeit von Hüseyin Turhali, eines exilierten kurdischen Rechtsanwalts, mit dem Titel *Das Lied der Freiheit*. Sie wird außerdem aus



Die Geschichte der Unterdrückung: Protestaktion in Amed Foto: DIHA

ihrem Grab heraus vorgeladen, um zu Anklagen Stellung zu nehmen, *Die Pontos-Kultur* veröffentlicht zu haben, eine anthropologische Studie von Ömer Assan, die das altgriechische Erbe der Region um Trabzon am Schwarzen Meer untersucht. (…)"

Eine gemeinsame Stellungnahme des International PEN-Komitees „Writers In Prison" und der IPA vom Juni 2008 bestätigte nach einem weiteren anstehenden Prozess gegen Ragıp Zarakoğlu und Belge: „Beobachter sind der Meinung, dass Zarakoğlu von den konservativeren Elementen der Justiz aufgrund seines jahrzehntelangen Kampfes um die Freiheit der Meinungsäußerung und insbesondere für sein Engagement für Minderheitenrechte herausgegriffen wird. Sein Leben lang war Ragıp Zarakoğlu Ziel einer Reihe langer, zeitraubender und teurer Gerichtsverhandlungen. Die Durchführung des Prozesses selbst ist für den Angeklagten zu einer Form der Belästigung und Bestrafung geworden für das Wagnis, Werke herzustellen, die sensible Themen wie die armenische Frage und kurdische und Minderheitenrechte berühren. Die Verurteilung von Ragıp Zarakoğlu zeigt, dass die kürzliche kosmetische Änderung des Artikels 301 TStGB nicht ausreichte, um den Meinungsfreiheitsprozessen in der Türkei ein Ende zu setzen. Die türkische Gesetzgebung (…) muss novelliert oder aufgehoben werden, um internationalen Standards zu entsprechen, einschließlich der Grundrechts-Charta der EU."

In seiner Dankesrede für den „Freedom to Publish Award" der IPA äußerte Ragıp 2008: „Eine strenge militaristische Mentalität legt tiefe Wurzeln (…) Leider sind nach dem 11. September 2001 Antiterrorgesetzen des Staates der nationalen Sicherheit in der Türkei – allerdings in vielen Ländern – noch mehr Macht gegeben worden, die Freiheit der Meinungsäußerung einzuschränken. Unser Verlag, Belge International Publishing, wurde unter dem Antiterrorgesetz angegriffen, als er Bücher über die kurdische Frage und den Völkermord an den Armeniern veröffentlichte. *Bücher, die Staatsterror kritisierten und Terrorismus verurteilten, wurden unter dem Antiterrorgesetz angeklagt*. Die Regierung Erdoğan reformierte das Antiterrorgesetz 2004 und hob einen Paragraphen auf, der die oppositionelle Presse kontrollierte. Aber 2006 forderte der Nationale Sicherheitsrat, ihn in verschärfter Form wieder einzuführen. Kurdische und oppositionelle Publikationen können nun ein Jahr lang zum Schweigen gebracht werden, bis die Prozesse eröffnet werden. Die Rechte ihrer Verteidiger werden beschnitten. Inhaftierte Journalisten kommen in besondere Isolationsgefängnisse, wo sie weniger Rechte als `normale´ Kriminelle haben. (…)"

Die Initiative „Freundinnen und Freunde von Belge"

Eines der Ziele von „Freundinnen und Freunde von Belge" ist die Einrichtung eines Solidaritätsfonds, um Belge zu unterstützen, während er in der oben genannten Weise weiterhin angegriffen wird. Wie Ara Sarafian 2009 beobachtete, ist Herr Zarakoğlu von Belge, neben anderem, „für seine Beschäftigung mit der armenischen Frage vom Staat verfolgt worden. Zarakoğlu sieht sich nun bedeutenden Schwierigkeiten ausgesetzt wegen den Kosten, weiterhin in der Türkei aktiv zu bleiben. *Wenn du angeklagt wirst, deine Büros bombardiert werden, deine Bücher verboten oder Buchladenbesitzer `entmutigt´, deine Bücher zu vertreiben, hat das unvermeidliche Konsequenzen. Zarakoğlu braucht finanzielle Unterstützung, um weitermachen zu können*." (Vincent Lima, armenischer Reporter, 01.07.2009)

Bjørn Smith-Simonsen, Vorsitzender des IPA-Komitees „Freedom to Publish", bestätigte weiterhin, dass „Ragıp Zarakoğlu Gegenstand langer, zeitraubender und teurer Gerichtsverhandlungen war. [Ein] Fall wurde mindestens siebenmal vertagt seit der ersten Verhandlung im März 2005." (IPA/IFEX, 14.12.2007)

Im April 2008 schickten vier Mitglieder des Europaparlaments – Frau Koppa, Herr Toubon, Herr Gaubert und Herr Kasoulides – „einen Brief an den türkischen Justizminister, Herrn Şahin, um ihn in Kenntnis zu setzen über die Besorgnis der EU über die prozessualen Entwicklungen" im Falle Ragıp Zarakoğlu und Belge. „Die MdEPs erwähnten, dass der `lange, teure und zermürbende´ Prozess" auf „juristischer Unbarmherzigkeit" beruhe. Sie waren ebenso „besorgt um Herrn Zarakoğlus `physische Sicherheit´ angesichts `nationalistischer Erneuerung in der Türkei´, die sich insbesondere `in der Ermordung Hrant Dinks und den Enthüllungen bezüglich der kriminellen Organisation Ergenekon´ gezeigt habe. Die MdEPs forderten Herrn Şahin `zur unverzüglichen Aufhebung von Artikel 301 und ähnlichen Paragraphen´ des Türkischen Strafgesetzbuches und `anderer in der Türkei geltender Gesetzestexte auf´. Sie forderten außerdem die Einstellung der `ungeheuerlichen Anklagen´ [gegen Herrn Zarakoğlu]." (Europäische Armenische Föderation, 20.04.2008)

Als „Freundinnen und Freunde von Belge" ist es unser Ziel, Ragıp Zarakoğlu und Belge jede mögliche internationale Solidarität, finanzielle und moralische Unterstützung zukommen zu lassen. „Freundinnen und Freunde von Belge" werden regelmäßige Presseerklärungen und e-bulletins an Mitglieder herausgeben, um `Freunde´, besorgte Bürger, Menschenrechts- und Meinungsfreiheitsaktivisten und Organisationen, Parlamentarier und Europaparlamentarier über den Fortgang der Prozesse gegen Belge und andere Verlage in der Türkei mit ähnlichen Problemen zu sensibilisieren.

Wir laden Sie ein, sich unserer Initiative anzuschließen und sie zu unterstützen. Bei Interesse an einer Unterstützung in Form einer Mitgliedschaft, einer Zuwendung an den Solidaritätsfonds oder dem Bezug von e-bulletins können Sie sich wenden an:
friendsofbelge@gmail.com oder Eilian Williams, Tel: 07718982732.

„Freundinnen und Freunde von Belge". Schirmherren: Prof. Noam Chomsky und Rosie Malek-Yonan ♦

Wohin steuert der Ergenekon-Prozess?

Der Berg hat eine Maus geboren

Uygar Gültekin

Der Ergenekonprozess als umfangreichster und längster Rechtsstreit der Türkei schreitet voran. Daraus ergeben sich, wenn auch nicht im gleichen Umfang, neue, ebenso wirkungsvolle Verfahren. Neue Korridore in den zwischen den militaristischen Strukturen und der zivilen Politik andauernden Zwistigkeiten werden eröffnet.

Die im Rahmen der Prozessermittlungen gewonnenen Beweise und Beziehungen bringen gemäß dem Prinzip der Dominosteine entsprechend neue Ermittlungen mit sich. Mit den Bayroz-Ermittlungen im Anschluss an die Ermittlungen gegen Kafes und Poyrazköy führt der Ergenekon-Prozess aber immer mehr in eine Sackgasse.

Das Gleichgewicht im Rahmen der zwischen den militärischen Strukturen und der politischen Macht andauernden Konflikte hat sich am Ende der mit den Ergenkon-Ermittlungen begonnenen Phase zugunsten der Politik gewendet. Die Türkei, die bis 1980 alle zehn Jahre einen Militärputsch erlebt hatte, stand danach postmodernen Putschen gegenüber. Mit Beginn des 21. Jahrhunderts wurden erneut Umsturzpläne ins Leben gerufen. Im Rahmen der Ergenekon-Ermittlungen wurden Putschpläne entlarvt. Selbst hochrangige Militärs werden nun vor Gerichten angetroffen.

Die Schwächung der militaristischen Strukturen, die nicht erstarkende Demokratie

Auch wenn eine Schwächung der militärischen Strukturen in der Türkei begonnen hat, so hat der eingeschränkte Umfang der Ermittlungen im Ergenekon-Verfahren eine demokratische Entwicklung und Auseinandersetzung verhindert.

Die Konflikte zwischen Politik und Militär bezüglich der Macht und „der Zukunft des Landes“ haben zu einer einheitlichen Haltung in der kurdischen Frage als kleinster gemeinsamer Nenner geführt. Die Regierung, die Ermittlungen gegen hochrangige Militärs wegen ihrer Umsturzpläne gegen die Politik führt, übersieht weiterhin die Verbrechen an den Kurden.

Die dunkle Atmosphäre, die um die kurdische Frage in der Türkei herrscht, besteht weiterhin. Die Täter der an den Kurden verübten Verbrechen werden weiterhin verheimlicht und so werden neue Felder der Einigkeit im Staatsapparat geschaffen. Während die Türkei die Demokratie unter Ausschluss der Kurden zu betreiben versucht, propagiert die AKP weiterhin das Ziel einer demokratischen Öffnung der Türkei. Der Ergenekon-Prozess dient ihr dabei als Deckpflaster, um sich einen die Türkei erneuernden demokratischen Anstrich zu geben. Auf der anderen Seite wird die Repression gegen Kurden weiter ausgebaut und demokratische Rechte werden mit Füßen getreten. Demokratische Strukturen können so nicht entwickelt werden. Was sich dabei entwickelt, ist ein alleiniger Machtzuwachs der AKP.

Immer neue Ermittlungsakten und steigende Angeklagtenzahlen im Ergenekon-Prozess treten an die Öffentlichkeit, ohne dass die substantiellen Fragen aufgeworfen und beantwortet werden.

4 Anklageschriften, 219 Angeklagte, 200 Gerichtsverhandlungen

Im Rahmen des Ergenekon Prozesses wurden bisher vier Anklageschriften vorbereitet. In zwei Ergenekon-Verfahren, in denen bisher 219 Angeklagten der Prozess gemacht wurde, sind bisher 200 Gerichtsverhandlungen abgehalten worden. Während die Aussagen der Angeklagten andauern und die Ermittlungen bis hin zu dem Gesundheitszeugnis des ehemaligen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit im Sterbebett reichen, werden die Erwartungen der Gesellschaft hinsichtlich offener Fragen nicht erfüllt.

Bezüglich der im Ergenekon-Prozess am meisten diskutierten Frage, der politisch motivierten Morde, ist noch kein einziger Schritt getan. Die Angehörigen dieser Ermordeten, u. a. die Familien des Staatsanwaltes Doğan Öz, des kurdischen Intellektuellen Musa Anter und des armenischen Schriftstellers Hrant Dink, haben vor dem Hintergrund, dass die Morde ein größeres Ausmaß haben als im Rahmen der Ermittlungen dargestellt, die Hilfe des Parlaments gesucht.

Während Ergenekon immer neue Korridore für realitätsfremde Spekulationen eröffnet, werden die mit dem Prozess verbundenen demokratischen Erwartungen in eine Sackgasse geführt. ♦

Zweite Falle der irakischen Baath-Partei und die Autonome Region Kurdistan

Der Irak nach den Parlamentswahlen

Şahan Dicle

Iyad Allawis Wahlsieg im Irak wird zwangsläufig eine neue Bewertung der Situation der Autonomen Region Kurdistan erfordern.

Diese als zweite Phase der irakischen Baath-Partei bewertete Entwicklung[1] birgt das Potential, gefährliche und risikoreiche Ergebnisse zu Tage treten zu lassen. Falls es dem Wahlsieger Allawi nun auch gelingen sollte, die Regierung zu stellen, wird sich das bestehende Gleichgewicht in der Region stark verändern.

Seit der amerikanischen Intervention steckt der Irak bis dato dauerhaft in der Krise. Den USA, die das Hindernis Saddam Hussein überwinden konnten, gelang es jedoch bisher nicht, das kulturell-soziale Geflecht der Region irgendwie zu bewältigen. Ein Irak, der sich aus verschiedenen Ethnien, Kulturen, Konfessionen und Stämmen zusammensetzt, brachte die bisher verfolgte klassische Linie des Imperialismus aus dem Ruder, wodurch die Probleme von Tag zu Tag ernster wurden.

Gerade hier ist die Vernachlässigung der Kurden durch die USA und die Beeinflussung der Schiiten durch den Iran ein sehr wichtiger Punkt. Selbstverständlich ist es das Interesse der USA als Supermacht, die keine besondere Rücksicht auf demokratische Werte und Normen nimmt, sondern sich an ihren imperialistischen Interessen orientiert, die im Irak aus dem Ruder laufende Balance zugunsten eines stärkeren Zentralstaats neu auszurichten.

Der Iran stellt für die USA die gravierende Zielscheibe dar. Die US-Politik ist so ausgerichtet, dass man den Iran zunächst isolieren und das Land im Nachhinein unter Kontrolle bringen möchte. Der Einfluss des Irans auf die irakischen Schiiten steht jedoch dieser Politik im Wege. Darum ist es für die Umsetzung der angestrebten Ziele notwendig, den Einfluss der sich am Iran orientierenden Schiiten im Irak zu begrenzen.

Die aus dem Trio Iyad Allawi, Tarik el-Hashimi sowie Salih el Mutlaq bestehende neue Liste, welche die Baath-Partei auf den neuesten Stand bringen möchte, bildet streng genommen das perfekt geschneiderte Gewand zur Realisierung dieser Politik.

Damit das neue, den gesamten Nahen Osten anbelangende Konzept sich behaupten kann, ist es notwendig, dass die übrigen Mächte der Region sich diesem Entwurf auch anschließen. Die USA haben in der Sache die Einbindung der regionalen Faktoren auch nicht vernachlässigt. Sie haben die Türkei und Saudi-Arabien bereits in ihre neue Politik miteinbezogen.

Obgleich sich Allawi unter diesen Bedingungen dem neu gebildeten Konzept verpflichtet hat, erwartet ihn dennoch eine schwerwiegende Phase. Der Grund dafür, dass er so oft von einer „gesellschaftlichen Übereinstimmung“ spricht, rührt allein daher, dass er allein nicht handlungsfähig ist. Um die zur Regierungsbildung notwendigen 163 Abgeordnetenstimmen zu erhalten, muss er Koalitionen mit den drei anderen im Parlament vertretenen Parteien eingehen.[2]

Eben hier inszeniert sich die neue Falle für die Kurden wie in der Vergangenheit durch die Baath-Partei unter Hussein. Die Veranlassung für Allawi's positive Übermittlungen an die Kurden – etwa, dass er in Bezug auf den Artikel 140[3] für Kirkuk und Mosul bereits ein konzipiertes Projekt besäße – entspringt allein seinem Machtverlangen. Denn ohne die Unterstützung der Kurden wird er die Regierung nicht bilden können.

Sollten die Kräfte der Autonomen Region Kurdistan Allawi zur Bildung der Regierung verhelfen, ohne ein formelles Abkommen zu schließen, müsste dies als der zweite große historische Fehler betrachtet werden, der fast unmöglich wieder wettzumachen wäre. Falls nun Allawi zum Premierminister gewählt werden sollte, hieße dies auch wiederum, dass im Irak erneut die von Saddam Hussein ehemals ausgebildete Baath-Belegschaft an Einfluss gewinnen würde. Und sofern dieses System an Macht dazugewinnen sollte, gäbe es keine Garantie dafür, dass sie sich nicht aufs Neue gegen die Kurden richten würde. Wozu die opportunistische und unsaubere Struktur des Baath-Systems gegenüber den Kurden in der Lage ist, ist uns aus der Geschichte heraus nicht unbekannt.

Fassen wir die vergangene Entwicklung zusammen: Während unter Ahmet Hesen Bekirs Führung ein Militärputsch vollstreckt (30. Juli 1968) und die Regierung neu aufgestellt wurde, begann man hinterher Gespräche mit den Kurden zu führen, welche von Saddam Hussein geleitet wurden. Die

Gespräche führten dahin, dass am 11. März 1970 mit den Kurden ein Autonomieabkommen deklariert wurde.

Die Umsetzung wurde unter dem Vorwand, dass alles seine Zeit brauche, immer wieder verzögert. Innerhalb dieser Phase hatte man für die Kurden unakzeptable Forderungen aufgestellt, um letzten Endes 1974 die Auflösung des Abkommens zu erzielen. Gleichzeitig hatten die USA mit Ländern wie Ägypten, Algerien, dem Iran, Jordanien und der Türkei versucht, eine regionale Allianz gegen die Kurden aufzubauen. Tatsächlich hatten die eben aufgezählten Staaten – mit dem Wohlwollen der USA – am 6. März 1975 mit dem „Abkommen von Algier"[4] einen die Kurden auf regionaler Ebene völlig ignorierenden Status herausgearbeitet.

Das „Abkommen von Algier" hat die Kurden Tausende von Tragödien erleben lassen, deren Spuren nach wie vor frisch sind. Die als „Ashbetal" (Säuberungstaktik) benannte Phase hat letztlich zum Sieg des Baath Systems geführt.

Dasselbe Szenario soll nun am selben Ort, jedoch mit anderen Mitteln, wiederholt in Szene gesetzt werden. Die Kräfte der Autonomen Region Kurdistan, welche nun genug Erfahrung in Bezug auf das ehemalige Baath System haben sollten, dürften erwartungsgemäß nicht in die Falle tappen. Falls ihnen allerdings nicht gelingen sollte, eine entschlossene, prinzipielle sowie willensstarke Haltung einzunehmen, ist es sicher, dass die Kurden Risiken ausgesetzt sein werden, welche die Gefahren der „Ashbetal-Phase" bei Weitem überragen könnten. ♦

Fußnoten:
1) Iyad Allawi war engagiertes Mitglied der Baath-Partei, bevor er 1975 den Bruch mit Saddam Hussein vollzog und im Exil lebte. 2003 war Iyad Allawi als Mann der USA ein Jahr Vorsitzender des irakischen Interims-Regierungsrats. Im Vorfeld der Wahlen wurden prominente Sunniten, die für Allawis Liste antraten, von der amtierenden Regierung unter Maliki wegen ihrer Verstrickung in das Baath-System von der Wahl ausgeschlossen.

2) Wahlergebnisse im Irak:
Al-Irakia-Liste (Ijad Allawi), (säkular orientiert): 91 Mandate
Liste für einen Rechtsstaat (Nuri Al-Maliki), (säkular orientiert): 89 Mandate
Irakische Nationale Allianz (INA), (schiitisch religiös orientiert): 70 Mandate
Kurdistan-Allianz (regional orientiert): 57 Mandate

3) Der Artikel 140 der irakischen Verfassung sieht eine Volksabstimmung darüber vor, ob die erdölreichen Gebiete um Kirkuk der Autonomen Region Kurdistan zugeschlagen werden sollen. Diese Volksabstimmung wurde bislang auch auf Drängen der USA immer wieder verschoben.

4) Das Abkommen von Algier regelte 1975 den Grenzverlauf zwischen Irak und Iran. Daraufhin entzog der Iran der innerirakischen kurdischen Opposition sämtliche finanzielle und militärische Unterstützung. Als Folge des Abkommens wurden die Kurden beiderseits der Grenze jeweils ins Landesinnere zwangsumgesiedelt.



Kundgebung für Öcalan vor dem Kurdistan Parlament Irak in Hewler — Foto: DIHA

Razzien gegen Roj TV und andere kurdische Institutionen

Wer Roj TV verbietet, verbietet die Lösung der kurdischen Frage

Fuat Kav, Journalist

Roj TV ist der bekannteste kurdische Fernsehsender. Die Studios dieses Fernsehsenders befinden sich jedoch nicht in der Heimat der Kurden, sondern im Ausland, genauer gesagt bei Brüssel. Der Grund dafür ist, dass es trotz der anderslautenden Propaganda des türkischen Staats noch immer nicht möglich ist, vor Ort ohne Behinderungen auf Kurdisch zu senden.

Der türkische Staat versucht seit Jahren, die Schließung von Roj TV zu erreichen. Bei Auslandsreisen in den Westen wurde dieses Thema fast stets auf die Agenda gesetzt, und es hat zeitweise sogar zu diplomatischen Krisen geführt.

Darüber hinaus ist bekannt, dass es neben Gesprächen auch eine Reihe von geheimen Abkommen bezüglich kurdischer Institutionen, vor allem Roj TV, zwischen dem türkischen Staat und Europa sowie den USA gibt. Beispielsweise wurde auf dem Treffen zwischen dem türkischen Innenminister, Beşir Atalay, und dem Kommandanten der US-Streitkräfte im Irak, Josef Anderson, am 1. März 2010 in Ankara über kurdische Institutionen in Europa und Roj TV gesprochen. Dies spiegelte sich auch in der Berichterstattung zu diesem Treffen wider. Atalay sagte während dieses Treffens zu Anderson: „Wir erwarten, dass Sie einige konkrete Schritte tun. Die Aktivitäten der PKK müssen in Europa verboten oder wenigstens eingegrenzt werden."

Der türkische Premierminister, Tayyip Erdoğan, hatte mehrere Initiativen gestartet, damit kurdische Institutionen geschlossen werden und vor allem Roj TV verboten wird. Er hat dies sogar zum Verhandlungsobjekt gemacht. Seine allen diplomatischen Regeln widersprechende Botschaft hieß stets: „Wenn Du Roj TV schließt, mache ich das und das."

Zwischen dem jetzigen NATO-Generalsekretär, Anders Fogh Rasmussen, und dem türkischen Premierminister fand ein Treffen in Ankara statt, bevor Rasmussen sein neues Amt übernahm. Erst später hat sich gezeigt, dass es sich hierbei nicht um ein normales Treffen zwischen Staatsoberhäuptern handelte. Es ging ganz klar um Roj TV. Auch in der Presse war davon die Rede, dass Rasmussen im Gegenzug zur türkischen Unterstützung seiner NATO-Kandidatur das Versprechen gab, in Dänemark Ermittlungen gegen Roj TV aufzunehmen.

Dieses Geben und Nehmen kam dann auf dem NATO-Treffen in Straßburg auf den Tisch und wurde von einigen Teilnehmern als „große Amoralität in der Diplomatie" bewertet. Zu sagen „Entweder wird Roj TV geschlossen oder ich stimme nicht für Dich" ist wirklich eine enorm rüde Haltung.

Nach all diesem Feilschen, diplomatischen Beziehungen, gegenseitigem Verharren und dubiosen Geschäften führte am 4. März 2010 gegen 5:30 Uhr eine 300-köpfige Sondereinheit eine Razzia gegen Roj TV durch. Bei dieser Razzia und weiteren Operationen in Brüssel wurde auch Gewalt angewandt. Einige kurdische Journalisten unterstrichen, dass die Art und Weise der Razzia den Operationen in der Türkei, Syrien oder dem Iran gegen Kurden ähnelte. Dies würde jedoch europäischen Standards widersprechen. Während der Razzia wurde innerhalb kürzester Zeit die gesamte Infrastruktur von Roj TV bewusst zerstört. Auf diese Weise hat Belgien seinen Beitrag zu den Repressionen des türkischen Staats gegen die Kurden und zu den schmutzigen internationalen Beziehungen geleistet. Auf der kurdischen Seite wird dies so bewertet.

Den Aussagen der kurdischen Journalisten vor Ort nach sollte das gesamte Gebäude versiegelt und Roj TV komplett geschlossen werden. So lautete der Plan derjenigen Kräfte und Staaten, die auf internationaler Ebene ein Bündnis gegen die Kurden eingegangen sind. Diese internationalen Kräfte hatten beschlossen, Roj TV zu schließen und die kurdischen Institutionen in Europa durch Razzien zu kriminalisieren. Die kurdischen Journalisten sagten hierzu: „Niemand hatte erwartet, dass die Türkei und andere internationale Kräfte derartig ungerecht und gewissenlos handeln würden." Den Journalisten zufolge waren die USA, die EU, die Türkei und einige Staaten aus dem Nahen/Mittleren Osten verantwortlich für diese Operation. Es war nicht zu erwarten, dass in einer europäischen Hauptstadt, in der viele NGOs arbeiten und in der jeden Tag aufs Neue Unterricht in „Demokratie" gegeben wird, solch ein Angriff gegen Kurden durchgeführt werden würde. Bei dieser Operation gab es nicht nur gegen Roj TV, sondern auch gegen alle kurdischen Institutionen Razzien und mit Remzi Kartal, Zübeyir Aydar und Abdulselam Salih wurden drei führende politische Persönlichkeiten festgenommen.

Dies zeigt, wie schmutzig die internationale Politik ist, wie diplomatische Aktivitäten mittlerweile in polizeiliche verwandelt werden und dass finanzielle Interessen überwiegen. Deshalb ist es angebracht zu sagen: „So viel Gewissenlosigkeit geht

aber doch zu weit.“ Eben diese Gewissenlosigkeit hat die Kurden zu Aufständen getrieben. Ist dies nicht der Grund dafür, dass all die Wut und der Hass sich dermaßen verfestigt haben?

Es ist an der Zeit zu fragen, warum gegen einen Fernsehsender, der auf Kurdisch, Arabisch, Türkisch und Aramäisch sendet und es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Wahrheit nicht im Dunkeln zu lassen, derart hart vorgegangen wird. Wie kann man sich einem Volk gegenüber, das an der scharfen Grenze zur Assimilation stets ums Überleben gekämpft hat und unter Extrembedingungen für seine Freiheit kämpft, so skrupellos verhalten und dessen einzigen Sender überfallen? Manchmal muss man sagen: „Jetzt reichts!“ Dafür muss man nicht Kurde sein oder die kurdische Freiheitsbewegung unterstützen. Dafür muss man noch nicht einmal Demokrat sein. Dafür muss man nur menschlich sein. Warum wird ein Fernsehsender derart skrupellos angegriffen? Warum soll er geschlossen werden? Warum wurden seine Geräte beschlagnahmt? Und warum wurden seine teuersten Geräte bewusst unbrauchbar gemacht?


Sondereinheiten versperren Roj TV Foto: ANF

In der Türkei gibt es 27 nationale, 16 regionale, 215 lokale Fernsehsender. Das macht insgesamt 258. Außerdem 36 nationale, 100 regionale und 951 lokale Radiosender. Aber der türkische Staat stört sich allein an einem kurdischen Fernsehsender, der Tausende von Kilometern von der Türkei entfernt ist. Wenn der türkische Staat die Existenz dieses Fernsehsenders nicht ertragen kann, wird er auch die kurdische Frage nicht lösen können.

Auf diese Doppelmoral, Ungerechtigkeit und doppelzüngige Politik kann nur mit Widerstand geantwortet werden.

Die Bürokraten in Brüssel und die Abgeordnetem im Europaparlament müssen dem Aufschrei der Kurden ihr Gehör schenken. Diese Menschen sind aufgrund der Unterdrückung durch den türkischen Staat aus ihrer Heimat geflohen und nach Europa gekommen. Vor allem die kurdischen Politiker Remzi Kartal, Zübeyir Aydar und Abdulselam Salih halten sich heute in Europa auf, da ihnen in der Türkei jegliche Möglichkeit zu politischer Betätigung genommen wurde. Diese Politiker zu verhaften bedeutet, den blutigen Krieg des türkischen Staats gegen die Kurden weiterzutragen. Man sollte sich endlich darüber klar werden, dass durch Razzien politischen Charakters gegen die angesehensten kurdischen Institutionen in Europa, Roj TV und den Kurdischen Nationalkongress KNK, nichts erreicht werden kann. ♦

Aufruf der MitarbeiterInnen von ROJ TV

Bei den in den frühen Morgenstunden des 4.3. von der belgischen Polizei durchgeführten Razzien wurden bisher 15 Menschen sowie der KONGRA-GEL-Vorsitzende Remzi Kartal und das KONGRA-GEL-Mitglied Zübeyir Aydar festgenommen.
Die belgische Polizei, die im ganzen Lande Razzien gegen kurdische Einrichtungen und Wohnungen durchführte, hat auch das Gebäude des Kurdischen Nationalkongresses (KNK) gestürmt.

Die ROJ-TV-MitarbeiterInnen haben einen öffentlichen Aufruf an alle Medien-Institutionen gerichtet:
Die Razzien auf die ROJ-TV-Studios in Denderleew sind Razzien auf die Pressefreiheit.
Es sind Razzien auf die Sendungen in der eigenen Sprache jener ethnischen und religiösen Gruppen, die in Kurdistan bzw. mit den Kurden leben.
Die belgischen Behörden haben mit falschen Informationen, die von türkischen Behörden gegeben wurden, auch im Jahre 1996 an dem gleichen Ort auf die MED-TV-Studios Razzien durchgeführt. Doch waren die Behauptungen nicht richtig und MED TV wurde freigesprochen.
Jetzt soll mit der gleichen Mentalität der gleiche Weg nochmals gegangen werden. Das kurdische Volk, die kurdischen Institutionen, die kurdischen Journalisten, Schriftsteller und Politiker sollen zu Opfern in dreckigen Spielen gemacht werden.
Diese Razzien auf das kurdische Fernsehen, das wegen des großen Drucks des türkischen, iranischen und syrischen Staats sein Programm im Ausland ausstrahlen muss, sind Unterstützung der Reaktion, des Rassismus und des Krieges.
Die Razzien der Polizei mit Sturmmasken auf die ROJ-TV-Studios und die Festnahmen der Mitarbeiter sind aus Sicht der belgischen und europäischen Demokratie und der Justiz eine Schande.
Wir als ROJ-TV-Mitarbeiter und kurdische Journalisten rufen die belgischen Behörden dazu auf, diese antidemokratischen Initiativen sofort zu beenden. Sie sollten keine Handlanger des türkischen, iranischen und syrischen Staates sein, die verfeindet mit der kurdischen Presse sind.
Wir rufen die internationalen Presseeinrichtungen, angefangen in Europa bis zu den JournalistenInnen und MedienmitarbeiterInnen der Welt sowie die Öffentlichkeit auf, gegen diese ungerechten Praktiken Position zu beziehen und sich mit ROJ TV zu solidarisieren.
ANF, 04.03.2010, ISKU

Internationale Kampagne: Eine Million Unterschriften für die Freilassung von Abdullah Öcalan

In der südafrikanischen Stadt Cape Town hat am 21. März, dem Tag, an dem die KurdInnen Newroz feiern, die Kampagne „Eine Million Unterschriften für die Freilassung von Abdullah Öcalan" begonnen. Der 21. März ist in Südafrika der Tag der Menschenrechte. Sowohl SüdafrikanerInnen als auch das kurdische Volk forderten an diesem Tag die „Freiheit für Abdullah Öcalan".

Essa Moosa, Vorsitzender der Aktionsgruppe für Menschenrechte, die die Kampagne ins Leben gerufen hat, betonte die Wichtigkeit sowohl von Newroz als auch des Freiheitskampfes des kurdischen Vorsitzenden Öcalan und erklärte: „Was Nelson Mandela für den Befreiungskampf in Südafrika ist, ist Öcalan für den Kampf des kurdischen Volkes." Essa Moosa äußerte, dass das Apartheidsystem in Südafrika nicht vor der Befreiung Mandelas habe abgeschafft werden können und dass die Lösung mit der Freilassung Mandelas begonnen habe. Bevor Öcalan nicht freigelassen werde, könne auch das kurdische Volk nicht befreit werden, erklärte er. Um den Freiheitskampf des kurdischen Volkes zu unterstützen, hätten sie die Kampagne für die Freilassung Abdullah Öcalans begonnen. Nach seiner Rede gab Essa Moosa den offiziellen Startschuss für den Beginn der Kampagne. Viele der Anwesenden des Festivals gaben gleich ihre Unterschrift ab. Auf dem Fest tanzten KurdInnen mit SüdafrikanerInnen die traditionellen kurdischen Halay-Tänze und feierten so gemeinsam diesen bedeutsamen Tag. Zur Unterstützung der Kampagne und für weitere Informationen kann die Webseite http://khrag.org/ besucht werden.

Eröffnungsrede von Essa Moosa, Vorsitzender der „Kurdish Human Rights Action Group – South Africa" (KHRAG):

Als Vorsitzender der „Kurdischen Aktionsgruppe für Menschenrechte" (KHRAG) wurde ich beauftragt, die „Internationale Kampagne: Eine Million Unterschriften für die Freilassung von Abdullah Öcalan" zu starten. Abdullah Öcalan ist der legitime Repräsentant des kurdischen Volkes in der Türkei. Er ist für das kurdische Volk das, was Präsident Nelson Mandela für die unterdrückten Menschen in Südafrika war.

Der Kampf von Mandela und der von Öcalan gleichen sich in vieler Hinsicht: Beide sind legitime Anführer ihrer Völker, beide leiteten die legitimen Organisationen ihrer Völker, beide wurden in ihren Ländern einschließlich der von ihnen geleiteten Organisationen illegalisiert, beide setzten im Untergrund den Kampf für die Rechte und die Freiheit ihrer Völker fort, beide wurden von ausländischen Geheimdiensten verraten, beide wurden wegen Hochverrats verurteilt, beide wurden zu lebenslänglicher Haft verurteilt, und beide mussten ihre Strafen auf Inseln verbüßen.

Während Mandela nach 27 Jahren Gefängnis freigelassen wurde, um sein Volk zu Freiheit und Demokratie zu führen, ist Öcalan immer noch im Gefängnis. Er hat nun bereits mehr als 10 Jahre in Haft verbracht. Nelson Mandela genießt beim kurdischen Volk hohes Ansehen. Das kurdische Volk hat Mandela kürzlich verschiedene Geschenke überreicht: Zusammengestellt wurden ein Kelim, die Aufnahme eines Musiktheaterstückes des Mesopotamischen Kulturzentrums und ein von Öcalan in Haft verfasstes Buch mit dem Titel „Gefängnisschriften: Die Wurzeln der Zivilisation". Mandela hat „den wunderschönen Kelim in seinem persönlichen Büro" ausgelegt, „wo er zu einer warmen Atmosphäre beiträgt". Die Musikaufnahmen und das Buch wurden der dauerhaften Sammlung des Nelson-Mandela-Gedächtniszentrums der Nelson-Mandela-Stiftung hinzugefügt.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat den Prozess gegen Öcalan vor einem halbmilitärischen Gericht in der Türkei für unfair erklärt. Seine fortgesetzte Inhaftierung ist nach dem Völkerrecht ungesetzlich. Deswegen starten wir diese Kampagne, um zu seiner Freilassung aus der Haft aufzurufen. Gleichzeitig mit dem Kampagnenstart in Südafrika wird sie auch in Europa, dem Mittleren Osten und anderen Teilen der Welt eröffnet.

Der Start der Kampagne in Südafrika hat aus zwei Gründen eine besondere Bedeutung: Zum einen, weil Südafrika für sich die hohe moralische Grundlage einer friedlichen Lösung seiner politischen Differenzen in einer Weise beansprucht, dass es der Welt beweisen konnte, dass durch Dialog und Verhandlungen gegensätzliche und polarisierte Kräfte mit friedlichen Mitteln ihre politischen Probleme lösen können. Und zweitens, weil Öcalan im Februar [*1999*] auf dem Weg von Europa nach Südafrika war, um dort politisches Asyl zu suchen, als er von Sicherheitskräften in Kenia abgefangen, entführt und mit verbundenen Augen an die türkischen Sicherheitskräfte ausgeliefert wurde. Wir in Südafrika haben daher ein besonderes Interesse am Schicksal und Wohlergehen Öcalans.

Dementsprechend starten wir die „Internationale Kampagne für eine Million Unterschriften", die die Freilassung Öcalans aus dem Gefängnis fordern, um es ihm, so wie Mandela, zu ermöglichen, positiv zu einer Lösung des Konflikts zwischen dem türkischen und dem kurdischen Volk mit friedlichen Mitteln beizutragen. Ich sollte noch erwähnen, dass Öcalan bereits die „Road Map zum Frieden", die er im Gefängnis verfasst hat, den türkischen Behörden übergeben hat. Die kurdische Bevölkerung hat ihre bedingungslose Unterstützung für diesen Friedensplan ausgedrückt.

Nach dieser Einleitung nutze ich die Gelegenheit – im Namen des KHRAG und in Ihrer Anwesenheit – an diesem besonderen Tag und diesem besonderen Platz im Herzen von Kapstadt, um offiziell die „Eine Million Unterschriften"-Kampagne für die Freilassung von Abdullah Öcalan zu starten. Ich lade Sie dazu ein, sich mir anzuschließen und die Petition zu unterzeichnen. Vielen Dank. ♦

Kolumne von Abdullah Öcalan

Die Revolution ist weiblich

Über die Frauenfrage nachzudenken und zu schreiben, bedeutet, die gesamte Geschichte und Gesellschaft infrage zu stellen. Grund hierfür ist das beispiellose Ausmaß der systematischen Ausbeutung der Frau.

Aus diesem Blickwinkel lässt sich die Zivilisationsgeschichte als eine Verlustgeschichte der Frau definieren. Im Laufe dieser Geschichte – der Geschichte von Gott und seinen Knechten, von Herrschern und Untertanen, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kunst – etablierte sich die patriarchale Persönlichkeit des Mannes. Dabei verlor die gesamte Gesellschaft; die sexistische Gesellschaft war das Ergebnis.

Sexismus ist Machtinstrument und Waffe zugleich, die im Laufe der Geschichte in allen Zivilisationssystemen dauerhaft zum Einsatz kamen. Tatsächlich wurde keine gesellschaftliche Gruppe derart physisch und psychisch ausgebeutet wie die Frau. Die Vielgestaltigkeit der Ausbeutung der Frau ist augenfällig. Die Frau produziert Nachkommen. Sie dient als kostenlose Arbeitskraft. Ihr fallen die Arbeiten zu, die niemand verrichten will. Sie ist fügsame Sklavin. Sie ist permanent Objekt sexueller Begehrlichkeiten. Sie ist Mittel zur Werbung. Sie ist eine wertvolle Ware, ja, sie ist geradezu die Königin unter den Waren. Sie bildet die Basis, auf der der Mann seine Macht als kontinuierliches Instrument der Vergewaltigung produziert und reproduziert. Daher lässt sich die fünftausendjährige Zivilisationsgeschichte in zutreffender Weise auch als „Vergewaltigungskultur" umschreiben.

Im Zeitalter des Kapitalismus wurde der Sexismus als ideologisches Instrument besonders perfide eingesetzt. Der Kapitalismus, der die sexistische Gesellschaft übernahm, begnügt sich nicht damit, die Frau nur als kostenlose Arbeitskraft im Haus einzusetzen. Er verwandelt sie in ein Sexualobjekt, macht sie zur Ware, die er auf dem Markt feilbietet. Während der Mann nur seine Arbeitskraft verkauft, wird die Frau physisch und psychisch vollständig zur Ware. Auf diese Weise entsteht die gefährlichste Form der Sklaverei. Das System weist der Herrschaft über die Frau eine strategische Rolle im Zusammenhang der Ausbreitung von Ausbeutung und Herrschaft zu. Indem die traditionelle Repression gegen die Frau ausgeweitet wird, verwandelt sich jeder Mann in einen Teilhaber der Macht. Die Gesellschaft wird so vom Syndrom der totalen Ausweitung von Herrschaft befallen. Der Status der Frau verleiht der patriarchalen Gesellschaft sowohl das Gefühl als auch das Konzept grenzenloser Herrschaft.

Die Frau als biologisch unvollständiges Geschlecht zu betrachten, ist reine Ideologie und ein Ausfluss patriarchaler Mentalität. Diese Doktrin ist Bestandteil sämtlicher wissenschaftlicher, ethischer und politischer Anstrengungen, ihren Status als natürlich darzustellen. Traurig ist, dass auch die Frau selbst daran gewöhnt wurde, dieses Paradigma als gegeben hinzunehmen. Die Natürlichkeit und sakrale Unantastbarkeit dieses vermeintlich minderwertigen Status, der seit Jahrtausenden manchen Völkern zugeschrieben wird, gilt umso mehr für die Frau und prägt ihr Denken und Verhalten. So müssen wir uns stets vergegenwärtigen, dass keine Volksgruppe, keine Klasse und keine Nation derart systematisch versklavt wurde wie die Frau. Die Geschichte der Sklaverei der Frau ist noch nicht geschrieben. Und auch die Geschichte der Freiheit wartet noch auf ihre Autorinnen.

Durch die Gewöhnung der Frau an die Sklaverei wurden Hierarchien etabliert und der Weg freigemacht für die Versklavung anderer Teile der Gesellschaft. Die Sklaverei des Mannes folgte erst auf die Sklaverei der Frau. Der Unterschied der geschlechtsabhängigen Sklaverei zur Sklaverei einer Klasse oder Nation liegt darin, dass sie neben massiver und subtiler Repression auch durch emotional aufgeladene Lügen gewährleistet wird. Erst die Ausbreitung der Sklaverei der Frau in die gesamte Gesellschaft bereitete den Boden für alle weiteren Arten von Hierarchien und staatliche Strukturen. Dies war nicht nur für die Frau verheerend, sondern, mit Ausnahme einer kleinen Gruppe hierarchischer und etatistischer Kräfte, für die gesamte Gesellschaft.

Einer der wichtigsten Bausteine dieses Systems ist die Institution der Familie

Daher führt kein Weg an einer tief greifenden Kritik der patriarchalen Ideologien und der darauf beruhenden Institutionen vorbei. Einer der wichtigsten Bausteine dieses Systems ist die Institution der Familie. Die Familie ist als kleiner Staat des Mannes konzipiert. Die Bedeutung der Familie während der gesamten Zivilisationsgeschichte liegt in der Stärke, die sie den Herrschenden und dem Staatsapparat verleiht. Die Ausrichtung der Familie auf die männliche Herrschaft und ihre dadurch erreichte Funktion als Keimzelle der etatistischen Gesellschaft garantieren, dass die Frau unbegrenzt nicht entlohnte Arbeit verrichtet. Gleichzeitig zieht sie Kinder groß, befriedigt den staatlichen Bedarf an ausreichender Population

und sorgt als Vorbild für die Ausbreitung der Sklaverei in die gesamte Gesellschaft.

Ohne ein Verstehen der Familie als Mikromodell des Staates ist eine kompetente Analyse der mittelöstlichen Zivilisation nicht möglich. Der Mann des Mittleren Ostens, der auf ganzer Linie verloren hat, kompensiert dies an der Frau. Je mehr er im öffentlichen Raum gedemütigt wird, desto mehr richten sich seine daraus resultierenden Aggressionen gegen die Frau. Der Mann, hilflos und wütend, da er seine Gesellschaft nicht verteidigen kann, benimmt sich in der Familie wie ein Tyrann und wendet sich gewalttätig gegen Frau und Kinder. Mit den so genannten „Ehrenmorden“ versucht der Mann, der zulässt, dass im gesellschaftlichen Raum alle seine Werte mit Füßen getreten werden, seine Wut an der Frau zu stillen.

Bezüglich der Gesellschaften des Mittleren Ostens muss ich hinzufügen, dass die traditionellen Einflüsse der patriarchalen und etatistischen Gesellschaft keine Synthese mit den Einflüssen moderner Formen der westlichen Zivilisation eingegangen sind, sondern vielmehr ein Konglomerat bilden, das mit einem gordischen Knoten vergleichbar ist.

Es ist weniger die Frau, die sich einer Veränderung verweigert, sondern vielmehr der Mann

Die Begriffe von Macht und Herrschaft anhand des Mannes zu analysieren, gestaltet sich äußerst schwierig. Es ist weniger die Frau, die sich einer Veränderung verweigert, sondern vielmehr der Mann. Sich von der Rolle des herrschenden Mannes zu verabschieden, lässt den Mann wie einen Herrscher fühlen, der seinen Staat verloren hat. Deshalb müssen wir ihm zeigen, dass es gerade diese hohle Herrschaftsform ist, die ihm selber die Freiheit raubt und ihn zum Reaktionär macht.

Derartige Analysen sind mehr als nur theoretische Feststellungen, denn sie besitzen existenzielle Bedeutung für den kurdischen Befreiungskampf. Die Freiheit des kurdischen Volkes sehen wir untrennbar verbunden mit der Freiheit der Frau, weswegen wir uns dementsprechend organisiert haben. Wenn heute trotz aller Angriffe imperialer Mächte und lokaler reaktionärer Kräfte unser Freiheitsstreben nicht zerschlagen ist, so besitzten daran die Freie Frauenbewegung und das von ihr geschaffene Bewusstsein einen großen, unschätzbaren Anteil. Für uns kann es ohne die freie Frau kein freies Kurdistan geben.

Der klassische Mann wird analysiert und „getötet“

Diese philosophische und soziale Sichtweise ist keineswegs ein taktisches politisches Manöver, um die Frau in den Kampf einzubinden. Unser Ziel ist der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, in dessen Rahmen der Mann einer Veränderung unterzogen wird. Ich denke, dass wir in der Analyse unsrer bisherigen Kampfpraxis den verwöhnten, herrischen, unterdrückenden und ausbeutenden Mann in der patriarchalen Gesellschaft zu fassen bekommen haben. Dies war die adäquateste Antwort, die ich auf das Freiheitsstreben der Frau finden konnte: den patriarchalen Mann zu fassen, ihn analysieren und ihn „töten“. Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen. Ich wage es, den Mann als friedliebende Persönlichkeit neu zu entwerfen. Der klassische Mann wird analysiert und „getötet“, der Liebe und dem Frieden der Weg geebnet. In diesem Sinne betrachte ich mich selbst als Arbeiter im Befreiungskampf der Frau.

Ohne die Gleichheit der Geschlechter ist jede Forderung nach Freiheit und Gleichheit sinnlos

Der Geschlechterwiderspruch hat eine 5 000-jährige Geschichte und stellt den grundlegenden Widerspruch des 21. Jahrhunderts dar. Die Frau leistet heftigen Widerstand. Diesem Kampf ist es zu verdanken, dass heute die Problematik sichtbar ist. Auch in der Geschichte gab es herausragende Frauenpersönlichkeiten, die durch ihr Leben, ihr Denken und ihr Handeln beeindruckten. Dieser Widerstand der Frauen zeigt uns eines: Ohne den Kampf gegen die patriarchale Ideologie und Moral, ihren gesellschaftlichen Einfluss und gegen patriarchale Individuen können wir ein freies Leben nicht erringen und auch keine wahrhaft demokratische Gesellschaft aufbauen – also auch nicht den Sozialismus verwirklichen. Die Völker verlangen nicht nur nach Demokratie, sondern nach einer demokratischen Gesellschaft ohne Sexismus. Ohne die Gleichheit der Geschlechter ist jede Forderung nach Freiheit und Gleichheit sinnlos und illusorisch. So, wie die Völker ein Selbstbestimmungsrecht besitzen, so sollten auch die Frauen ihr Schicksal selbst bestimmen. Dies ist keine Frage, die zurückgestellt und aufgeschoben werden kann. Im Gegenteil wird bei der Formierung einer neuen Zivilisation die Freiheit der Frau für die Herstellung von Gleichheit wesentlich sein. Im Gegensatz zu den Erfahrungen im Realsozialismus und bei nationalen Befreiungskämpfen halte ich die Befreiung der Frau für bedeutender als die Befreiung der Klasse oder der Nation.

Aus der Erfahrung unseres Kampfes weiß ich, dass der Befreiungskampf der Frau, sobald er den Bereich des Politischen betritt, mit äußerst heftigen Widerständen konfrontiert ist. Doch ohne im politischen Raum zu siegen, kann es keine bleibenden Errungenschaften geben. Ein Sieg im politischen Bereich heißt dabei nicht, dass die Frau die Macht übernimmt. Ganz im Gegenteil bedeutet der Kampf gegen etatistische und hierarchische Strukturen, solche Strukturen zu schaffen, die sich nicht an einem Staat orientieren und zu einer demokratischen und ökologischen Gesellschaft mit Freiheit für die Geschlechter führen. So wird nicht nur die Frau, sondern die gesamte Menschheit gewinnen. ♦

Abdullah Öcalans Kolumnen in "il manifesto" und "Gara"
bei der Internationalen Initiative: http://www.freedom-for-ocalan.com
09. März 2010: Die Revolution ist weiblich
13. Februar 2010: Eine Verschwörung gegen den Frieden
11. Januar 2010: Presseerklärung der Redaktion von Il Manifesto über die Authentizität
09. Januar 2010: Einen gerechten Frieden für die Kurden

Kurdische Frauen sind über die häusliche und gesellschaftliche Gewalt hinaus auch dem Staatsterror ausgesetzt

KJB startet neue Kampagne

Interview mit Piroz Hiva, Mitglied des Koordinationsrates der KJB (Koma Jinên Bilind, Gemeinschaft der erhabenen Frauen)

Mit dem 8. März hat eine neue intensive Phase begonnen. Sie wurde auch als Referendum gewertet. Wie bewerten Sie diese Phase aus Sicht der Frauenbewegung?

Der März ist für die Widerstandskultur des kurdischen Volkes ein sehr wichtiger Monat. Neben der historischen Bedeutung ist der März auch in Bezug auf die gegenwärtige Geschichte des Kampfes ein Monat voller Heldentaten, Widerstände und Opfer. Auch der diesjährige März ist für die kurdischen Frauen und das gesamte kurdische Volk ein Höhepunkt unserer Entschlossenheit zur Freiheit.

Mit den am 1. März begonnenen Aktivitäten zum Internationalen Frauentag begann eine Revolution der kurdischen Frauen. Sie sind Ausdruck der Veränderungen, welche die Freiheitsbewegung in der kurdischen Gesellschaft hervorgebracht hat. Der 8. März stellt eine Errungenschaft des weltweiten Frauenkampfes dar. Die beste Antwort auf diesen Tag ist die Kontinuität des Kampfes und der Ausbau des Organisierungsgrades. Die kurdische Frauenbewegung ist sich mit ihrer ideologischen Ausrichtung, ihrer organisierten Kraft und ihrer Kampfesrealität ihrer Mission bewusst. Die kurdische Frau ist im Mittleren Osten – ich glaube, es wäre nicht übertrieben zu sagen weltweit – die dynamischste und organisierteste Kraft. Die diesjährigen Veranstaltungen zum 8. März haben dies noch einmal sehr offen gezeigt. Die Aktivitäten, die zum Internationalen Frauentag begonnen wurden, haben mit Newroz einen Höhepunkt im Volkskampf erreicht.

Darüber hinaus wurden die Veranstaltungen zum 100. Jahrestag des 8. März schon eine Woche vorher begonnen, und die Aktivitäten waren sehr unterschiedlich. Sowohl die Teilnahme und die Vielfalt der Aktivitäten als auch die Forderungen waren stärker als je zuvor. Die kurdischen Frauen haben damit sowohl im Hinblick auf die Frauenbewegung als auch auf den demokratischen Kampf des kurdischen Volkes den von ihnen erreichten Organisierungs- und Politisierungsgrad unter Beweis gestellt und die Kampfperspektive gezeigt.

Um Newroz 2010 mit einem Satz zum Ausdruck zu bringen: Es war die größte Manifestation der kurdischen Freiheitsbewegung. Was sowohl an der Zahl der TeilnehmerInnen als auch an der entschlossenen Übernahme der Forderungen der Freiheitsbewegung zu sehen war. Es gibt keinen unverständlichen Aspekt mehr hinsichtlich der von Millionen in Einigkeit ausgesprochenen Forderungen. Das kurdische Volk zeigte offen, dass Abdullah Öcalan einziger Ansprechpartner bei der Lösung der kurdischen Frage ist, dass es kein anderes als ein freies und demokratisches Leben akzeptieren wird, und dass es in der Lage ist, sich auch im Friedensfall gegen Angriffe verteidigen zu können. Daher hatten der 8. März und Newroz den Charakter eines Referendums für das kurdische Volk. Es zeigte unter der Leitung der Frauen und der Jugend seine Entschlossenheit, für ein demokratisches und freies Leben zu kämpfen.

Unsere Bewegung demonstrierte das diesjährige Newroz als Beginn einer neuen Phase. Dies muss von allen Seiten, die mit der kurdischen Frage zu tun haben, gut verstanden werden. Die kurdische Frage ist ausgereifter als je zuvor und drängt mehr denn je auf eine Lösung. Die Phase hat auch gezeigt, dass das Vernichtungs- und Verleugnungskonzept nicht mehr abschreckt. Wir denken, dass solche Strategien lediglich einer Handvoll profitorientierter politischer Kreise dienen werden. Wer das kurdische Volk kennenlernen und verstehen will, soll nur den diesjährigen März betrachten und den Forderungen von Newroz Gehör schenken.

Beginnend mit der beeindruckenden Veranstaltung am 17. März in Hakkari feierten Millionen Menschen mit den gleichen Forderungen und Gefühlen in Kurdistan, in der Türkei und weltweit Newroz. Mit der Feier in Amed mit 1,5 Millionen Menschen erreichte das diesjährige Newroz seinen Höhepunkt. Die vom Volk ausgehende Botschaft muss richtig interpretiert werden. Von unserer Seite aus müssen wir diese Botschaft richtig verstehen und wir tragen die Verantwortung, entsprechend zu handeln. Wir denken, dass alle in der kurdischen Frage involvierten Kreise diesen Forderungen Gehör verschaffen müssen.

Die Botschaft, die wir dem diesjährigen Newroz entnommen haben, lautet: „Entweder eine demokratische Lösung und Frieden oder ein würdevoller Widerstand." Dies bedeutet: „Wenn unser guter Wille und unser Beharren auf Frieden und einer demokratischen Lösung unbeachtet bleiben, haben wir keine andere Wahl, als ehrenhaften Widerstand zu leisten. Wir akzeptieren die dritte Variante, die der Kapitulation und der Willenlosigkeit, in keinster Weise." Dies hat für uns den Charakter eines Befehls. Wir können dem Ausdruck von Millionen nicht viel hinzufügen. Es reicht uns, wenn sie Millionen, also dem kurdischen Volk, Gehör schenken.

Die Frauenquote bei den Aktivitäten im März war sehr hoch. Frauen waren sowohl an vorderster Front als auch die Aktivsten. Auf der anderen Seite war es eine Phase mit starker Repression und vielen Verhaftungen. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die umfangreiche Frauenbeteiligung?

Den Frauen fällt in der Volksbewegung sowohl im Hinblick auf die freiheitliche Veränderung der Gesellschaft als auch auf die politisch-demokratische Lösung der kurdischen Frage – beides ist eng miteinander verknüpft – eine strategische Führungsposition zu. Eine gesellschaftliche Bewegung, an der Frauen nicht zahlreich teilnehmen und Leitungspositionen besetzen, ihren Forderungen keinen Ausdruck verleihen können, kann trotz aller Freiheitsforderungen nicht demokratisch und freiheitlich sein. Die Frauen haben im Bewusstsein dieser historischen Verantwortung im März ein Exempel statuiert. Ich begrüße die Haltung und die Freude unseres Volkes, allen voran der Frauen, beim diesjährigen Newroz.

Die Aktionen unseres Volkes waren auch eine wichtige Botschaft anlässlich der Repression gegen unsere Bewegung, ihre politischen Vertreter und legalen Organisationen in der Türkei, Syrien, Iran und Europa. Besonders seit einem Jahr wird eine Repressionspolitik gegen die politischen Vertreter, allen voran die Gewählten, und Institutionen praktiziert. Ziel ist es, die stetig größer werdende demokratische Volksbewegung zu ersticken. Die Angriffe gegen kurdische Politiker und Institutionen in Brüssel, wie Roj TV, KNK und BDP, wurden als Bestandteil der Angriffe in der Türkei auf Initiative der USA ausgeführt und sind im Rahmen des Vernichtungskonzeptes gegen unsere Bewegung zu verstehen. Der türkische Staat, die EU u. a. haben bewiesen, dass sie entgegen der mittlerweile seit einem Jahr andauernden einseitigen Waffenruhe und jeglichen Lösungsvorschlägen vonseiten Abdullah Öcalans und unserer Bewegung nicht zu einer demokratischen Lösung bereit sind.

Trotzdem haben unser Volk, unsere Bewegung und unsere Führung gezeigt, dass sie auf einer politischen Lösung bestehen werden. Die politische Haltung von Millionen zeigt aber auch, dass wir im Falle fehlender Schritte für eine demokratische Lösung zu jeglichem Widerstand bereit sind. Diese Haltung wurde sowohl bei den Veranstaltungen zum 8. März als auch zu Newroz deutlich demonstriert. Werden unsere Forderungen missachtet, so wird dies in eine Phase von Konflikten und Kämpfen münden.

Am Monatsbeginn haben Sie eine Kampagne begonnen „Lasst uns unseren Freiheitskampf ausweiten und die Vergewaltigungskultur überwinden". Sie schließt an die Kampagne des vergangenen Jahres an. Was ist das Ziel dieser Kampagnen?

Im Kern aller Probleme steckt die gesellschaftliche Geschlechterdiskriminierung. Im organisierten und kontinuierlichen Kampf dagegen, denken wir daher, wird sich die Freiheit der Frauen im Grunde entwickeln. Im Sinne der Infragestellung des patriarchalen Systems und all seiner Strukturen in allen Lebensbereichen muss es ein ideologischer, politischer, sozialer und wirtschaftlicher Kampf sein. Darum hat unsere Frauenbewegung in den letzten zwei Jahren auf allen Kongressen und Konferenzen ihre Entschlossenheit bekundet. Die entsprechenden Pläne und Entschlüsse waren wichtig. Die im vergangenen Jahr von uns geführte Kampagne „Wir sind niemandes Ehre, unsere Ehre ist unsere Freiheit!" war nur ein Teil davon. Wir wissen, dass die Frage tiefliegende gesellschaftliche, historische und politische Aspekte und Gründe hat. Unser Kampf beschränkt sich selbstverständlich nicht nur auf diese Kampagnen.

Dieses Jahr werden wir die Kampagne „Lasst uns unseren Freiheitskampf ausweiten und die Vergewaltigungskultur überwinden!" führen. Vergewaltigung als systematische Herrschaftskultur im Sinne gewalttätiger Beschlagnahme hat ideologisch-psychologische und physisch-politische Aspekte. Die kurdischen Frauen sind über die häusliche und gesellschaftliche Gewalt hinaus auch dem Staatsterror ausgesetzt. Ohne dagegen zu kämpfen, können sie keine reale Freiheit erlangen. Daher ist der Kampf gegen die Vergewaltigungskultur Ausdruck des Kampfes gegen das patriarchale System, die herrschenden Strukturen und jegliche Ausbeutung des Körpers, der Psyche und der Arbeit. Zweifellos werden wir mit dieser bis zum 8. März 2011 angesetzten Kampagne den Kampf gegen gesellschaftliche Geschlechterdiskriminierung noch radikaler fortführen, die patriarchale Herrschaft schwächen und die Frauen in allen Bereichen noch umfassender organisieren.

Auch wenn wir insbesondere für die kurdische Gesellschaft eine solche Kampagne anstreben, so wissen wir, dass die Frauen weltweit vielfältigen Formen von Vergewaltigung ausgesetzt sind. Daher wollen wir damit den gemeinsamen Kampf der Frauen gegen gemeinsame Probleme ausbauen.

Welche Wirkung hatte die letzte Kampagne, wie wurde ihr begegnet?

Die patriarchale Gesinnung betrachtet die Frau als Besitz. Dieser Besitzstatus wird mit dem Aspekt „Ehre" legitimiert. Die patriarchale Gesellschaft hat mit der unendlichen Kraft, die sie durch diese Legitimation erhalten hat, ihre Gewalt gegen Frauen institutionalisiert. Im Kern handelt es sich um die Vergewaltigungskultur. Wir waren uns bewusst, dass die Thematisierung der „Ehre", welche den Kern der Gewalt gegen Frauen bildet und tabuisiert wird, sowie deren Hinterfragung und Offenbarung und die Stärkung des Kampfgeistes

dagegen einen sehr radikalen Schritt darstellen. Als wir die Kampagne begannen, waren wir auf jede Kritik eingestellt. Denn wir schnitten ein Thema an, das bisher tabuisiert war, und Bereiche, in denen sich die herrschende männliche Gesinnung legitimiert hatte. Wir bekamen positive und negative Kritiken. Diese haben wir verstanden und nach einer Bewertung eine neue Kampagne gestartet. Bei manchen handelte es sich um Panik und Wut, ausgelöst durch die Angst vor einem möglichen Verlust dieser legitimierten Handlungsräume der männlichen Dominanz. Der für uns wichtigste und uns bestärkende Punkt war die Unterstützung zahlreicher Kreise, vor allem aber der Frauen.

Es wäre unrealistisch zu sagen, dass sich mit einer Kampagne von einem Tag auf den anderen alles ändert; das erwarten wir auch nicht. Es hat jedoch in der Gesellschaft, allen voran bei den Frauen, zu wichtigen Diskussionen geführt. Es gab eine umfassende Aufklärung, hunderte Seminare für Familien, Männer und Frauen, Diskussionsveranstaltungen und Schulungen. Zudem wurde mit der Kampagne ein hoher Organisierungsgrad erreicht. Das wurde bei den Aktivitäten zum Frauentag und zu Newroz sichtbar. Wir denken, dass sie für die gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Überwindung rückständigen Verständnisses eine wichtige Debatte eingeleitet hat, in der die bestehenden Strukturen hinterfragt werden.

Wir haben aber auch gesehen, dass wir als Frauen für die Entwicklung einer demokratischen Kultur, einer entsprechenden Lebensweise und gleichberechtigter Beziehungen noch umfangreichere Organisierungs- und Aufklärungsarbeit leisten müssen. Die neue Kampagne wird diese intensivieren. Ohne



Die Journalistin und Drehbuchautorin des Films „Min Dît“ Evrim Alataş ist am 12. April mit 34 Jahren an Krebs gestorben

Die Kurdin Evrim Alataş begann ihre journalistische Arbeit 1994 als Korrespondentin der Tageszeitung Yeni Politika, sie arbeitete als Reporterin und Redakteurin für verschiedene Tageszeitungen, darunter Demokrasi und Özgür Bakış. Als Kolumnistin schrieb sie für türkische Tageszeitungen wie Evrensel, Birgün und der Wochenendbeilage von Radikal sowie in der Tageszeitung Taraf. Am 13.4. fand eine Zeremonie für Alataş vor dem Haus der Journalisten im Sümerpark in Diyarbakır statt.

Foto: DIHA

umfassende gesellschaftliche Strukturen, vor allem Männer zu sensibilisieren, und ohne bei Frauen die Suche nach und das Verständnis für Freiheit zu erzeugen, können weder Geschlechterdiskriminierung noch Vergewaltigung überwunden werden. Ein langfristiger, kontinuierlicher Kampf ist erforderlich. Wir werden ihn mit ähnlichen Kampagnen fortsetzen.

Gibt es im Rahmen der Kampagne Pläne für Kooperationen mit verschiedenen Frauenorganisationen?

Als Frauenbewegung schätzen wir die Einheit der Frauen, der ersten und letzten Kolonie auf der Welt, unabhängig von ihrer Sprache, Religion und Herkunft, als äußerst wichtig ein. Wir denken, dass die Probleme der Menschheit zum größten Teil mit der Einheit der Frauen gelöst werden können. Wir haben aus Anlass des 100-jährigen Bestehens des Internationalen Frauentages zu einer Weltfrauenkonferenz aufgerufen, um die gemeinsamen Probleme der Frauen benennen und gemeinsame Lösungsstrategien entwickeln zu können.

Wir sehen uns als einen Teil der Weltfrauenbewegung. In diesem Sinne bildet die demokratische Kooperation unter Frauen die Basis für uns. Wir halten die Solidarität, den Erfahrungsaustausch und den gemeinsamen Kampf zur Behebung der Probleme der Frauen für wichtig. Weltweit führen Frauen einen Kampf. Der ist jedoch geteilt. Sicherlich haben Frauen in den unterschiedlichen Ländern und Gesellschaften unterschiedliche Probleme und Entwicklungsstände. Jedoch sind die Probleme und das Streben nach Freiheit in vielerlei Hinsicht gleich. Daher brauchen wir den gemeinsamen Kampf. Wir sind deshalb der Meinung, auch im Gedenken an und als Antwort auf diejenigen Frauen, die ihr Leben dem Kampf gewidmet haben, dass Frauen sich zum 100. Jahrestag des Frauentages gemeinsam organisieren müssen. Wir meinen, dass alle Frauen weltweit, die für eine demokratische Welt und ein ebensolches Leben sind, diesen Aufruf positiv beantworten werden, und wollen unseren Aufruf für eine Weltfrauenkonferenz hier nochmals wiederholen.

Welche Bedeutung messen Sie als Frauen den Veranstaltungen zum Geburtstag Abdullah Öcalans am 4. April bei?

Das Volk, dem zuvor durch Verleugnung und Vernichtung die Identität genommen war und dessen Existenz geleugnet wurde, ist heute organisiert, politisiert und wird weltweit anerkannt. Dies ist Ergebnis des von Abdullah Öcalan initiierten Kampfes. Daher sagen heute Millionen Menschen: „Die Geburt von Abdullah Öcalan ist die Geburt des kurdischen Volkes, der Frau, unsere Geburt“, und sie feiern ihr eigenes Erwachen. Die tiefgründigen ideologisch-philosophischen Aspekte sowie die das Leben betreffenden Seiten sehen wir heute im Kampf der Kurden. Die Welt ist Zeuge des großen und ehrenhaften Widerstandes eines Volkes, das sein Dasein bis gestern in Schweigen und Versenkung fristete und Tod sowie Leugnung als Schicksal ansah.

Die kurdische Frau hat mit der Freiheitsbewegung einen Wissens- und Organisierungsgrad erreicht, der sie zu einer dynamischen Kraft in der Gesellschaft und zu einer wesentlichen Akteurin in der Politik macht. Die Freundschaft, die Liebe und das Vertrauen von Abdullah Öcalan sind entscheidend in unserer Entwicklung. Daher betrachten wir kurdischen Frauen den 4. April aus unserer Sicht als Geburtstag eines freien Lebens. Der 4. April ist für uns Ausdruck unserer Freude, Abdullah Öcalan als Weggefährten haben zu dürfen.



„Wir sind Frauen. Wir sind niemandes Ehre, unsere Ehre ist unsere Freiheit!“ Foto: DIHA

Heute haben sich die kurdischen Frauen in ihrem Frauenfreiheitskampf mit ihrer ideologischen Ausrichtung und ihrem Organisierungsgrad als die dynamischste Kraft gezeigt. Die führenden Kader wie Zilan, Beritan, Sema, die ihr Leben für die Frauenfreiheitsbewegung opferten und mit ihrer Persönlichkeit die freie Frauenidentität und ein solches Leben prägten, haben eine Freiheitshaltung und Radikalisierung bewirkt, die vom Volk angenommen worden ist. Diese Entwicklung der kurdischen Frau gibt ihr die Möglichkeit einer Vorreiterposition im allgemeinen Frauenkampf.

Wie werden Sie den diesjährigen 4. April begehen? Wie sollte die Beteiligung der Frauen an den Veranstaltungen aussehen?

Wir haben das Jahr 2010 der Freiheit unseres Vorsitzenden gewidmet und begehen den diesjährigen 4. April in diesem Sinne. Unser Volk hat mit großem Widerstand den Angriff auf unseren Vorsitzenden abgewendet, der ihn vom Volk isolieren sollte. Sein Widerstand und die Verbundenheit des Volkes mit ihm bringen uns seiner Freiheit und damit der unseres Volkes sowie der Frauen näher.

Unser Volk, allen voran die Frauen, versteht zweifellos die Geburt Abdullah Öcalans als die eigene und dessen Freiheit als seine eigene. Daher empfinden wir die Gefangenschaft von Abdullah Öcalan auf Imralı als unsere eigene und sind nicht bereit, sie zu akzeptieren; das werden wir zu seinem 61. Geburtstag mit aller Entschlossenheit deutlich machen.

Wir gedenken hier auch Mustafas und Mahsums, die bei den Veranstaltungen zum 4. April 2009 von türkischen Staatssicherheitskräften getötet wurden. Wir verurteilen nochmals die Völkermordpolitik des türkischen Staates und betonen, weiter dagegen zu kämpfen. ♦

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde


Zeynep Celaliyan

Als Kurdisches Frauenbüro für Frieden – Cenî haben wir im Oktober 2008 mit einer Unterschriftenkampagne für die Freiheit der im Iran von der Todesstrafe bedrohten Zeynep Celaliyan begonnen. Zeynep Celaliyan war in einer nur siebenminütigen „Gerichtsverhandlung“ ohne die Anwesenheit eines Anwaltes bzw. einer Anwältin zum Tode verurteilt worden.

Obwohl sich bislang nahezu 10 000 Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern, Russland, Kurdistan und der Türkei sowie dem kurdischen Flüchtlingslager Maxmur an der Unterschriftenkampagne beteiligt haben, ist das Leben der kurdischen Frauenrechtsaktivistin Zeynep Celaliyan mehr denn je in Gefahr.

Bei Protestkundgebungen vor iranischen Konsulaten und in Gesprächen mit verschiedenen Menschen- und Frauenrechtsorganisationen, die wir im Rahmen der Kampagne „Freiheit für Zeynep Celaliyan!“ durchgeführt haben, bekundeten viele Menschen ihre Unterstützung für unser Anliegen. Jedoch müssen diesen Worten weitere Taten folgen, wenn wir die Vollstreckung der Todesstrafe gegen Zeynep Celaliyan abwenden wollen. Seit zwei Monaten ist jeglicher Kontakt zu der inhaftierten Zeynep Celaliyan durch das iranische Regime unterbunden worden. Deshalb gibt es keinerlei Gewissheit über ihren Aufenthaltsort oder ihren Gesundheits- und Lebenszustand. Der letzte Brief, der uns von Zeynep Celaliyan erreichte gibt uns Anlass zu ernster Sorge.

Deshalb möchten wir auch Sie auf diesem Wege bitten, aktiv zu werden und die Kampagne „Freiheit für Zeynep Celaliyan“ durch konkrete Aktionen, wie z. B. Öffentlichkeitsarbeit, Protestbriefe an iranische Einrichtungen, Solidaritätserklärungen für die von der Todesstrafe bedrohten Menschen, Petitionen u. Ä., zu unterstützen.

Wie bedrohlich die Situation derzeit im Iran ist, zeigen auch die anhaltenden Hinrichtungen von Oppositionellen, die massenhafte Verkündung neuer Todesurteile sowie Angriffe des iranischen Militärs und von paramilitärischen Einheiten auf kurdische Dörfer innerhalb der letzten Wochen. Neben Zeynep Celaliyan sind im Iran noch weitere 22 KurdInnen von der Todesstrafe bedroht.

(...)

Wir freuen uns über jede Art von Initiativen, die dazu beitragen, das Leben von Zeynep Celaliyan zu retten. Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstr. 125, 40215 Düsseldorf
Tel.: 0211 5989251, E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

NEWROZ 2010: Entweder demokratischer Frieden oder aufrechter Widerstand

Bericht einer Menschenrechtsdelegation aus Berlin und Hamburg

Wir besuchten im Rahmen unserer Delegationsreise Istanbul, Wan, Çaldıran, Kel (tr. Buğulukaynak), Şemzînan (tr. Şemdinli), Colemêrg (tr. Hakkari) und Çelê (tr. Çukurova). Wir trafen uns mit BürgermeisterInnen (Wan, Wan-Bostaniçi, Şemzînan, Colemêrg und Çelê), verantwortlichen PolitikerInnen, Verwaltungsangestellten, MenschenrechtlerInnen (Wan, Şemzînan, Colemêrg, Çelê, u. a. IHD), Anwaltskammern und AnwältInnen (Wan, Şemzînan, Colemêrg), VertreterInnen der BDP (sämtliche Orte) und der Bevölkerung.

Gesamtüberblick:

Mit großer Besorgnis mussten wir feststellen, dass in der Türkei die gravierenden Menschenrechtsverletzungen 2009 und Anfang 2010 erneut zugenommen haben. Vor dem Hintergrund politischer Instabilität und militärischer Auseinandersetzungen sowie einer außerordentlichen Repressionswelle ab April 2009 gegen die kurdische Partei DTP (Ende 2009 vom Verfassungsgericht verboten), die Nachfolgepartei BDP, MenschenrechtlerInnen und JournalistInnen wurden insgesamt mehr als 3 000 Menschen festgenommen. 1 500 davon sind bis heute zum Teil ohne Anklage inhaftiert. An jedem der von uns besuchten Orte waren Mitglieder der BDP-Stadtverwaltungen und Parteigliederungen sowie MenschenrechtlerInnen, JournalistInnen und zivilgesellschaftlich Tätige davon betroffen. Besonders in Bostaniçi, Şemzînan, Colemêrg und Çelê ist aber auch der Druck auf die Zivilbevölkerung in Form von Razzien, militärischer und polizeilicher Gewalt und psychologischer Kriegsführung sehr stark. Auch Berichte über Folter und andere Misshandlungen sowie die Anzahl extralegaler Hinrichtungen durch staatliche Kräfte hat erneut besorgniserregend zugenommen. Folter findet in letzter Zeit tendenziell eher vor Festnahmen oder ohne folgende Festnahmen statt, oftmals ebenfalls in Orten außerhalb von Polizeistationen.

Auch mussten wir feststellen, dass die türkischen Behörden auf kritische Äußerungen noch immer mit Einschüchterungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen reagieren und Beamte mit Polizeibefugnissen auch bei gravierendsten Menschenrechtsverletzungen sehr oft straflos bleiben. (Vergleiche auch die Studie von Human Rights Watch: Closing Ranks against Accountability/Barriers to Tackling Police Violence in Turkey)

Insgesamt wurden in der Türkei seit 2006 mehr als 400 Kinder wegen Teilnahme an Demonstrationen oder vermeintlichen Steinwürfen auf Demonstrationen, entgegen der UNO-Kinderrechtsresolution, zu 4–12 Jahren Haft, durch nur für Erwachsene vorgesehene Schwurgerichte für schwere Straftaten, verurteilt. Ca. 5 000 ähnliche Strafverfahren gegen Kinder sind noch anhängig. Als Grundlage der Verfahren wird meist Artikel 8 des „Anti-Terror-Gesetzes“ verwandt, demzufolge eine Teilnahme an einer Veranstaltung, die behördlicherseits einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung zugeschrieben wird, als Unterstützung, Propaganda für oder Mitgliedschaft in derselben ausgelegt werden kann. Viele Kinder befinden sich in diesem Zusammenhang über eine lange Zeit in Untersuchungshaft. Die Arbeit von AnwältInnen wird in vielen Punkten (u. a. mangelnde oder zu späte Akteneinsicht, das Abhören von MandantInnengesprächen, Kriminalisierung von und Berufsverbot gegen AnwältInnen in politischen Verfahren) behindert und somit eine effektive Verteidigung unmöglich gemacht.

Seit gut 10 Jahren bemüht sich die kurdische Seite um eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts. Die AKP-Regierung wäre nun gefragt, ernsthafte Schritte für eine wirkliche Demokratisierung und die Einhaltung internationaler menschenrechtlicher Standards zu unternehmen, anstatt die Kriminalisierung der VertreterInnen der kurdischen Bevölkerung fortzusetzen und eine militärische Vernichtung der seit Jahren friedensbereiten PKK anzustreben.

Das Dorf Kel

Wir besuchten das Dorf Kel (Buğulukaynak), 130 km nördlich der zweitgrößten kurdischen Metropole Wan (700 000 EinwohnerInnen) nahe der Stadt Çaldıran (15 000 EinwohnerInnen).

Dort richteten Sondereinheiten des türkischen Militärs (Özeltim) am 7. Oktober drei junge Menschen zwischen 17 und 20 Jahren auf brutalste Weise extralegal hin. Einheiten der Jandarma hatten sie während einer Razzia im Dorf auf der Flucht festgenommen. Zwei der Hingerichteten waren Guerillas, einer ein jugendlicher Dorfbewohner. Die Soldaten der Jandarma übergaben die Gefangenen noch am Ort der Festnahme den Sondereinheiten, die sie dann nach bestialischer Folter in einer Schlucht (ca. 500 m vom Dorf entfernt gelegen) mit Gewehrsalven hinrichteten. (s. a. nächsten Artikel)

Çaldıran

Die Kommunalwahlen 2009 wurden in Çaldıran Berichten zufolge von massivem Wahlbetrug überschattet. Ein in Çaldıran ansässiger Cousin des ehemaligen Vorsitzenden der neoliberalen Genç-Partei erbte nach dessen Flucht ins Ausland die Hotelkette Rixos (u. a. mit mehreren Hotelanlagen in Antalya). Mit den daraus abgeschöpften Geldern wurden Versprechungen gemacht und Menschen bei der Wahl bestochen. In der Nacht vor dem Newrozfest (am 18.03.) wurde eine Scheibe des DTP-Büros von Unbekannten eingeworfen. In dieser Region ist ein derartiges Vorgehen Berichten zufolge eine übliche Praxis der versuchten Einschüchterung gegenüber der BDP durch in Zivil oder vermummt auftretende „Sicherheitskräfte."

Şemzînan

Şemzînan hat 12 000 EinwohnerInnen. In der Region Colemêrg/Şemzînan nahe der türkisch-irakischen Grenze finden immer wieder, wie auch zurzeit, Operationen der türkischen Armee gegen die Guerilla statt. Schon auf dem Weg von Wan nach Şemzînan begegneten wir Militärkonvois – unter anderem Unimogs und LKWs der Marke Mercedes. Wir erfuhren aus den regionalen Medien und von unseren AnsprechpartnerInnen, dass in der Grenzregion um Şemzînan in den letzten Tagen mehr als 15 000 Soldaten zusammengezogen wurden, um eine mögliche Frühjahrsoffensive vorzubereiten. Wir konnten nach einem Kontrollpunkt zwischen Gever und Şemzînan die Stadt erreichen. Auch Şemzînan ist eine Stadt, die von Spuren der Repression, extralegaler Hinrichtungen und Militäroperationen gezeichnet ist. Wir erfuhren von 4 aktuellen Fällen von schwer verletzten Opfern von Minenexplosionen durch vom türkischen Militär verlegte Minen.

Şemzînan ist ebenfalls der Schauplatz von durch Todesschwadronen begangenen Verbrechen. Wir besuchten die Umut-Bücherei, auf die am 9.11.2005 von Agenten des Geheimdienstes JITEM, der dem „tiefen Staat" zuzurechnen ist, ein Handgranatenanschlag verübt wurde. Als die zwei Handgranaten explodierten, waren drei anwesende Mitarbeiter gerade beim Essen. Einer wurde durch Schrapnelle tödlich, ein anderer schwer verletzt. Der Mitarbeiter Seferi Y. konnte fliehen.

Die Bevölkerung von Şemzînan stellte die Täter, die gerade ihr Fluchtfahrzeug bestiegen hatten, in couragierter Art. Dabei stellten sie eine große Menge an Dokumenten, wie Todeslisten, Attentatspläne, Handgranaten deutscher Produktion und eine große Menge anderer Waffen sicher. Die Täter wurden so gestellt und der Polizei übergeben. Als Folge dieses Ereignisses blockierten die BewohnerInnen 15 Tage die Stadt. Die Täter wurden zunächst vor ein Zivilgericht gestellt und zu 15 Jahren Haft verurteilt. Daraufhin wurde der Prozess einem Militärgericht übergeben. Generalstabschef Yaşar Büyükanıt gab die Linie des Verfahrens vor, indem er die Mörder als „gute Jungs" lobte. Das Verfahren wurde verschleppt, die Mörder freigelassen. Sie haben bei einem solchen Prozedere aller Erfahrung nach keine Verurteilung oder Konsequenz ihrer terroristischen Aktivitäten zu befürchten.

Colemêrg

Nach Colemêrg führt nur eine Straße. Um die Stadt zu erreichen, muss ein Kontrollpunkt passiert werden, an dem Jandarma, Polizei und Geheimdienst stationiert sind. In den letzten Jahren wurden hier auch immer wieder Menschen gefoltert.

Die Stadt wird von der BDP regiert. Bürgermeister ist Dr. Fadıl Bedirhanoğlu. Gegen ihn laufen derzeit fünf Gerichtsverfahren. Seine Vorgänger wurden ebenfalls kriminalisiert, zum Teil des Amtes enthoben und zu Haftstrafen verurteilt. Bedirhanoğlu wurde mit über 80 % der Stimmen gewählt. Colemêrg hat 90 000 EinwohnerInnen und lediglich einen Jahreshaushalt von 10–11 Millionen YTL. Das entspricht in etwa 5 Millionen Euro. Das Geld für ein im Bau befindliches Krankenhaus wurde staatlicherseits gestoppt. Eine zivilgesellschaftliche Organisation aus Frankreich wollte den Weiterbau des Krankenhauses finanzieren. Auch das wurde staatlicherseits verhindert. Der Ausbau der Kanalisation wird auf finanzieller Ebene blockiert. Ein besonderes Problem ist dabei die Berglage der Stadt, die den Ausbau verteuert. Zuvor war es möglich, Gemeindestipendien zu vergeben.

In Colemêrg sind besonders Jugendliche von Repression betroffen. Sie werden mit Prozessen wegen der Teilnahme an Demonstrationen, meist wegen des Vorwurfs der Propaganda für eine kriminelle Vereinigung oder vermeintlicher Steinwürfe angeklagt und in vielen Fällen zu Strafen zwischen 7 und 8 ahren verurteilt. Eine Person wurde wegen einer Zitrone in der Tasche verurteilt, weil das als Beweis für die Teilnahme an einer verbotenen Demonstration und die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung gewertet wurde. Die Prozesse finden meist vor dem Schwurgericht für Erwachsene in Wan unter den Regulierungen des „Anti-Terror-Gesetzes" statt. Das gesamte Vorgehen widerspricht den UN-Kinderrechtsregulierungen. (s. o.)

Dem IHD und AnwältInnen in Colemêrg mangelt es ständig an finanziellen Mitteln, da die Anzahl der Anklagen in den letzten zwei Jahren stark gestiegen ist und für eine Verteidigung auch des Öfteren hohe Kosten entstehen. Projekte des IHD, wie zum Beispiel eines zur Traumaaufarbeitung, werden vom Gouverneur finanziell geblockt.

Ein großes Problem ist die Benutzung von Chemiewaffen und Entlaubungsmitteln oder Ähnlichem durch das türkische Militär in Colemêrg und Umgebung. ÄrztInnen haben festgestellt, dass die Kräuter, die in der Region wachsen und von der Bevölkerung von April bis Juni geerntet werden, mittlerweile derart vergiftet sind, dass die Magenkrebsrate in den letzten Jahren um 100 % angestiegen ist. Früher wurden die Kräuter als Medikament genutzt. ÄrztInnen in Ankara und Colemêrg haben empfohlen, die Kräuter nun nicht mehr zu essen. Für einen großen Teil der Bevölkerung sind sie jedoch derart essentiell, dass sie nicht auf das Sammeln verzichten wollen. Die Durchfallrate ist nach Auskunft von ÄrztInnen in Colemêrg ebenfalls stark angestiegen. Ein entsprechendes Dokument liegt beim örtlichen Gericht vor. Der Hauptgrund dafür ist ebenfalls der Einsatz von Chemiewaffen, wodurch die Ebene von Berçelan verseucht ist. Von hier kommt das Trinkwasser der Stadt. Wegen einer Beschwerde gegen die Nutzung

von Chemiewaffen durch das türkische Militär in Colemêrg/Berçelan vor einigen Monaten war der Vorsitzende des IHD, Ismail Akbulut, drei Monate im Gefängnis von Bitlis inhaftiert. Vorwurf war die vermeintliche Erniedrigung des türkischen Militärs und Propaganda für eine kriminelle Vereinigung. Danach wurde er wegen Mangels an Beweisen freigelassen. Delegationen aus Europa, die versuchten, in der Region der Chemiewaffeneinsätze zu recherchieren, wurden bisher regelmäßig von Militär und Polizei daran gehindert.

Bei Çelê starben Berichten zufolge sechs Guerillas an einem Chemiewaffeneinsatz. An ihren Körpern war keine Einwirkung von Schusswaffen zu finden, jedoch Verätzungen und Verbrennungen, wie sie durch chemische Kampfstoffe verursacht werden. Berichten und Fotos zufolge wurden die Leichname misshandelt und zerstückelt. Ein Autopsiebericht wurde seitens des Militärs und der Staatsanwaltschaft nicht ausgestellt. Wegen dieses Falles wird ein Verfahren auf europäischer Ebene angestrengt.

In der Provinz Colemêrg werden immer wieder Menschen durch vom Militär verlegte Minen getötet oder schwer verletzt. Die meisten der ca. 1,6 Millionen Minen, die in der Türkei verlegt sind, stammen aus deutscher Produktion. In der gesamten Provinz Colemêrg werden den BäuerInnen in unzähligen Fällen die Weiderechte entzogen.

Çelê

Die Kreisstadt Çelê liegt in der Provinz Colemêrg am äußersten südöstlichen Punkt des Landes an der Grenze zum Irak und hat offiziell 7 000 EinwohnerInnen. Die Stadt mit großer historischer Bedeutung (600 Jahre alte Burganlage – armenische und yezidische Wurzeln – an der Seidenstraße gelegen) liegt mitten in einem de facto erklärten militärischen Ausnahmezustandsgebiet. Das bedeutet, der Zugang und das Verlassen der Region werden vom Militär kontrolliert und reglementiert.

Es gibt, wie in Colemêrg selbst, nur eine Straße, die dorthin führt. Oft wird Menschen der Zugang nach Çelê seitens des Militärs ohne rechtliche Legitimation verweigert.

Rund um die Stadt Çelê befinden sich Kasernenanlagen. Es ist eine Vielzahl von Panzern zu sehen. Schon auf der Strecke zwischen Colemêrg und Çelê befinden sich Posten des Militärs, der Jandarma, der Polizei und Dutzende Stellungen von Paramilitärs, den Dorfschützern. Diese sind vom Staat eingestellt, mit Waffen ausgestattet und haben mittlerweile von der AKP-Regierung einen Rentenanspruch erhalten. Sie haben den Auftrag, die Bevölkerung zu überwachen und einzuschüchtern sowie die Guerilla zu bekämpfen. In den letzten Jahren begingen Dorfschützer in den kurdischen Provinzen der Türkei eine Vielzahl von Morden, praktizierten Folter, Misshandlungen, Vergewaltigungen, Vertreibungen und weitere Menschenrechtsverletzungen. Die Dörfer vieler Menschen, die sich nicht zu Paramilitärs machen lassen wollten, wurden zerstört. Wir fuhren an Dutzenden dieser Dorfruinen vorbei.

Bis vor 9 Jahren herrschte in Çelê 20 Jahre lang ab 17 Uhr eine Ausgangssperre für sämtliche BewohnerInnen. Zwischen den Gebäuden der Stadt liegen immer wieder Posten und Gebäude von Militär, Jandarma und Polizei. In Çelê findet eine unübersehbare permanente psychologische Kriegsführung durch Polizei und Geheimdienst statt. Fälle von erniedrigender Behandlung, Folter und Verschwindenlassen und andauernden Vorladungen politisch Aktiver zum Verhör sind Berichten zufolge häufig. Ein unbeobachtetes und ungehörtes Gespräch ist im öffentlichen Raum nicht möglich, ohne dass die Betroffenen massive Repression zu befürchten hätten. Sämtliche Weiden rund um die Stadt sind im Moment militärisches Sperrgebiet – Landwirtschaft kann nur in den Stadtgrenzen betrieben werden. Diese Gegend ist normalerweise sehr fruchtbar. Es werden Reis, Pistazien, Früchte und Gemüse angebaut. Ein Teil der Hauptstraße besteht aus verlassenen, teilweise verfallenen Gebäuden. In vielen dieser Gebäude sind noch die Einschusslöcher von einem Beschuss, mit dem die Jandarma die dortigen BewohnerInnen vertrieben hat, zu sehen.

In Sichtweite der Stadt liegen die Grenzbefestigungen zwischen der Türkei und den irakisch-kurdischen Gebieten. Hinter diesen Posten beginnt das Gebiet, in dem sich die kurdische Guerilla aufhält. In den letzten Wochen sind zusätzlich zu den stationierten Militäreinheiten mehrere 10 000 türkische Soldaten in die Region Colemêrg verlegt worden. Es wird befürchtet, dass das Militär wie in jedem Jahr eine Frühjahrsoffensive gegen die PKK beginnen wird. Die Stadt befindet sich ohnehin in einem andauernden Kriegszustand. Fast täglich, ab den Mittagsstunden, feuert das Militär mit Artilleriegeschützen über die Stadt hinweg in Richtung Irak. Die Granaten treffen Berichten zufolge vor allem Weidetiere und DorfbewohnerInnen. AnwohnerInnen in der Nähe der Artilleriestellungen wurden in den letzten Jahren durch den andauernden Lärm sowie durch Explosionen, einstürzende Hauswände und zerberstende Scheiben verletzt. Nach massiven, lang andauernden Protesten von AnwohnerInnen schießt die Artillerie nicht mehr, wie zuvor, aus der Stadt heraus, sondern von einer im Tal liegenden Stellung über die Stadt hinweg.

Auch in der Region um Çelê werden immer noch eine Vielzahl von Minen verlegt. Oft wissen die Soldaten selbst nicht mehr über deren Lage Bescheid. Das bedeutet, dass Mensch und Tier permanent der Gefahr ausgesetzt sind, durch Minen verletzt oder getötet zu werden. Die Verlegung der Minen zerstörte große Teile der landwirtschaftlichen Nutzflächen und zwang viele EinwohnerInnen in die Erwerbslosigkeit und somit zur Migration. Die Türkei verstößt hier wiederholt gegen die von ihr unterzeichnete Antiminenkonvention von Ottawa.

Berichten zufolge kam es bei den Kommunalwahlen 2009 zu massiven Betrugsversuchen der Regierungspartei AKP. So wurden neben den üblichen Bestechungen viele Soldaten und Offiziere offiziell als WählerInnen in dem Bezirk gemeldet. Die mittlerweile verbotene DTP gewann die Wahl mit 75 % der Stimmen. Im Rahmen der Repressionswelle gegen politisch aktive KurdInnen wurden in Çelê 14 BDP-Mitglieder und -FunktionärInnen verhaftet und zum Teil gefoltert. Viele politisch Aktive sind mit wiederholten Hausdurchsuchungen, bei denen häufig die Wohnungseinrichtungen zerstört werden, konfrontiert. Der Bürgermeister der Stadt, von der BDP, muss

sich in mehreren, beliebig konstruierten Gerichtsverfahren verantworten. Schon für die kleinste Äußerung werden Menschen hier immer wieder nach dem „Anti-Terror-Gesetz" angeklagt, verurteilt und inhaftiert. Auch in der Region um Çelê werden Berichten zufolge chemische Waffen eingesetzt, die Boden und Pflanzen verseuchen.

Am Flusslauf des Zap sind von Colemêrg bis Çelê mehrere Staudämme geplant und im Bau. Während Projekte am Munzur in Dersim oder in Hasankeyf öffentlich bekannt und umstritten sind, wurden die Dammbauprojekte in der Provinz Colemêrg bisher kaum öffentlich. Entlang des Zap-Flusses werden mindestens fünf energietechnisch sinnlose Staudammprojekte errichtet. Diese Projekte dienen aller Wahrscheinlichkeit nach militärischen und strategischen Zielen. Die Wege der Guerilla sollen verschlossen und die verbliebene Bevölkerung vertrieben werden. Zudem kann durch die Kontrolle über sämtliche Flussläufe der Region den Nachbarstaaten Irak, Iran und Syrien das Wasser „abgedreht" werden.

Newroz

Wir besuchten das kurdische Neujahrsfest Newroz, in Çaldıran ca. 3 000 TeilnehmerInnen, in Şemzînan ca. 11 000 TeilnehmerInnen und in Colemêrg ca.150 000 TeilnehmerInnen.

Die Stimmung war auf jedem der Feste kraftvoll, selbstbewusst und entschlossen. Viele Menschen brachten sich mit Gedichten, Theater und Musik in das Geschehen ein. Das diesjährige Newroz stand unter dem Motto: „Entweder demokratischer Frieden oder aufrechter Widerstand." In Colemêrg sprachen sich in Redebeiträgen VertreterInnen der Partei für Frieden und Demokratie BDP, VerteterInnen von Gewerkschaften, Ismail Akbulut vom IHD und VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen dafür aus, dass das Fest ein Auftakt für eine von der kurdischen Bevölkerung seit Langem angestrebte friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts sein solle. Ähnlich äußerten sich RednerInnen, u. a. Parlamentsabgeordnete, in Şemzînan und Çaldıran. Ein in vielen Beiträgen an sämtlichen Orten geäußerter Kritikpunkt war die seit April 2009 anhaltende Repressionswelle gegen PolitikerInnen aus den Reihen der seit Oktober 2009 verbotenen Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) und der Nachfolgepartei BDP, in deren Verlauf mehr als 3 000 PolitikerInnen, JournalistInnen und AktivistInnen festgenommen und 1 500 Menschen inhaftiert wurden.

Überall brachten die TeilnehmerInnen ihre Unterstützung für Abdullah Öcalan und die PKK auf Transparenten und mit Parolen zum Ausdruck. Über die anhaltende Starrköpfigkeit der Regierung bezüglich der Rechte der KurdInnen und einer legitimen Vertretung der kurdischen Interessen herrscht im allgemeinen Unverständnis, Trauer und Wut. Es wurde gefordert, dass die türkische Regierung Abdullah Öcalan als Gesprächspartner in einem möglichen Friedensprozess anerkennen und auch die PKK in einen Dialog einbeziehen solle. Große Kritik übten RednerInnen an der Verhaftungswelle gegen kurdische PolitikerInnen und Razzien in Kulturvereinen in Belgien, Frankreich und Italien sowie dem Fernsehsender Roj TV.

Die Menschen brachten jeweils ihren Protest gegen Repression, Militäroperationen und die Hoffnung auf eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts zum Ausdruck. Aufgefallen ist auch die große Wut und Enttäuschung über die Repression gegen Roj TV und kurdische PolitikerInnen in der EU. Es wurde immer wieder deutlich gemacht, dass von den europäischen Staaten scheinbar nichts mehr zu erwarten sei. Kritik an der repressiven Politik gegen die KurdInnen in der Türkei und in Europa konnten auch Delegationen aus Frankreich und Italien sowie unsere Delegation in Grußworten zum Ausdruck bringen. NewrozteilnehmerInnen, mit denen wir sprachen, äußerten immer wieder den Wunsch, dass „Die Linke", JournalistInnen, Presseverbände und Intellektuelle in Europa sich ebenfalls stärker solidarisch engagieren sollten.



150 000 feierten Newroz in Colemêrg (tr. Hakkari) Foto: DIHA

In Syrien starben bei einem Angriff von Militär und Polizei auf das Newrozfest in der Stadt Rakka drei Menschen, fünfzig wurden verletzt. Die Veranstalter berichten, dass Krankenhäuser bereits einen Tag vor dem Übergriff auf eine größere Zahl von Verletzten vorbereitet wurden. Unter anderem deshalb ist von einem geplanten Massaker auszugehen. In der Türkei verliefen die Newrozfeste selbst im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen es zu Polizeiübergriffen mit mehreren Toten kam, friedlich. In Şemzînan wurde das erste Newroz ohne Angriffe durch Polizei oder Militär überhaupt gefeiert. Aus Erfahrungen der letzten Jahre ist allerdings zu befürchten, dass die Repressionsmaßnahmen nach der Auswertung des in großem Umfang angefertigten Filmmaterials und dem Abzug der internationalen Öffentlichkeit beginnen. ♦

Mordpraxis der 90er Jahre ist keinesfalls Vergangenheit

Staatliche und parastaatliche Morde – kein geschlossenes Kapitel

Michael Knapp, Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin

Neben der anwachsenden Repressionswelle, die Tausende kurdische PolitikerInnen, AktivistInnen, BürgermeisterInnen, Kinder und Jugendliche ins Gefängnis brachte, den zahllosen militärischen Operationen, den Vorbereitungen zu einer neuen grenzüberschreitenden Offensive riss die Praxis der staatlichen Morde nicht ab. Begangen durch Soldaten, Paramilitärs und Geheimdienstkräfte verschwanden in den 90er Jahren Tausende. Doch diese Praxis setzt sich bis in die heutigen Tage fort und scheint sich in den letzten Monaten erneut auszuweiten.

Zunächst möchte ich auf ein mit besonderer Grausamkeit ausgeführtes und u. a. von unserer Delegation persönlich gut dokumentiertes Beispiel staatlichen Mordens eingehen.

In dem Dorf Kel (Buğulukaynak) im Kreis Çaldıran nahe der türkisch-iranischen Grenze folterten, ermordeten und verstümmelten türkische Spezialeinheiten zwei unbewaffnete Guerillas und einen 17-jährigen Gymnasiasten aus dem Dorf. Der Vater des am 8. Oktober 2009 ermordeten Gymnasiasten Ibrahim Atabay berichtet, dass die beiden Guerillas sich im Haus des Bruders des Ermordeten befunden haben. Der 17-Jährige kam hinzu, um zu schauen, wer gekommen war.

Doch mehr als tausend Soldaten umstellten das Dorf und bauten vor dem Haus ein schweres Geschütz auf, um die Menschen am Näherkommen zu hindern. Sie stürmten das Haus und setzten die EinwohnerInnen fest. Im Haus und in einem Nebengebäude wurden von einer Spezialeinheit Ibrahim Atabay, sein 27-jähriger Bruder Sinan, sein Onkel (der Besitzer des Hauses) M. Emin Atabay und die beiden Guerillas gefoltert.

Sie wehrten sich nicht, da die Militärs drohten, bei Widerstand das Dorf zu zerstören. Auch der Familie von Ibrahim drohten sie: „Betet, dass nicht einem Soldaten oder Jandarma die Nase blutet. Ich werde eure Region ficken und eure Dörfer auslöschen."

Dann führten die Spezialeinheiten Ibrahim und die beiden Guerillas vom Dorf weg. Über Funk war zu hören: „Die werden überhaupt nichts sagen. Sprich für sie schon mal ein Totengebet." Danach, ca. eine Stunde später, waren Schüsse zu hören.

Was in der Zwischenzeit passierte, lässt sich von den Angehörigen durch die Spuren des Verbrechens und AugenzeugInnenaussagen rekonstruieren.

Ibrahim Atabay wurde noch in Sichtweite des Dorfes von den Spezialeinheiten in den Fuß geschossen. Die beiden anderen Gefangenen trugen Ibrahim dann unter Schlägen weiter in die Schlucht hinein. Sie wurden auf dem Weg immer wieder gefoltert und misshandelt. Als sie nicht mehr laufen konnten, wurden sie durch Disteln, über Steine und scharfes Gras geschliffen.

Steine, welche die DorfbewohnerInnen später abgelegt haben, markieren die Blutspur. Ein Steinhaufen in der Schlucht zeigt die Stelle an, an der einer der Guerillas so lange mit dem Kopf auf einen Fels geschlagen wurde, bis ihm die Schädeldecke abplatze und er starb. DorfbewohnerInnen fanden später, nachdem die Soldaten abgezogen waren, die herumliegende Schädeldecke. Ibrahims Vater zeigte uns die Stelle, an der sein Sohn ermordet wurde, Spezialeinheiten zerschlugen hier mit Steinen seine Finger, bis nichts mehr von ihnen zurückblieb. Er wurde schließlich erschossen. Der angrenzende Bach war rot vom Blut der Ermordeten.

Die Körper der drei Getöteten wurden in Säcke gepackt und vom Geheimdienst JITEM abtransportiert. Eine Autopsie fand nicht statt. Die Akten wurden geschlossen. Nachdem der Vater Anzeige erstattet hatte, wurde seine Wohnung durchsucht und verwüstet. Das Dorf ist permenenter Schikane durch mindestens monatliche, oft sogar wöchentliche großangelegte Razzien ausgesetzt. Er betonte mehrmals, dass sie aufgrund der ständigen Bedrohung ihres Lebens nicht mehr sicher seien.

Schon vor dem Tod Ibrahims war dem Vater die „Grüne Karte" zur Gesundheitsverorgung aberkannt worden, weil er DTP-Mitglied war. Der Onkel des Ermordeten, M. Emin Atabay, sitzt weiterhin ohne Anklage im F-Typ-Gefängnis von Wan in Haft, während der Bruder Sinan Atabay nach 40 Tagen Haft und Folter entlassen worden war. Der Student wird durch eine Meldeauflage im Dorf festgehalten und kann jederzeit wieder in Haft genommen werden. Es drängt sich der Verdacht auf, dass mit der Repression Augenzeugen zum Schweigen gebracht werden sollen.

Fatma Kurtulan, die damalige DTP-Abgeordnete, stellte eine parlamentarische Anfrage bezüglich der Ermordung des Jungen an den Innenminister Beşir Atalay. Nach 17 Tagen antwortete der mit einer dreisten Lüge. Er behauptete, der 17-jährige, als Schüler des Gymnasiums in Patnos bekannte, Ibrahim Atabay sei in Wirklichkeit ein schwerbewaffneter 34-jähriger Guerillakader gewesen und bei einem Gefecht umgekommen. Gleichzeitig wurde der Vater von Geheimdienstlern

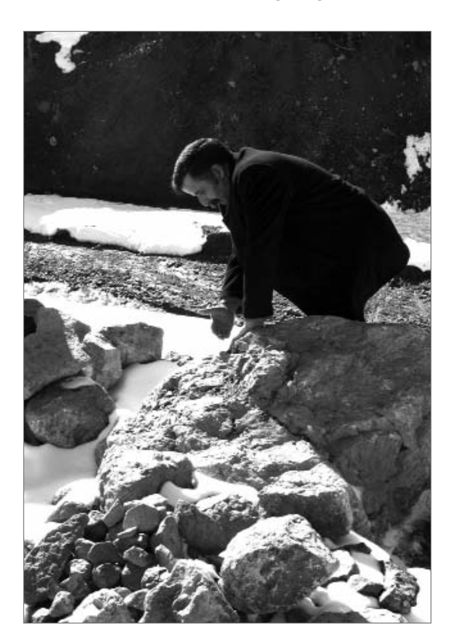
bedroht, dass er seinen Sohn verleugnen solle, sonst komme er auch „dran“.

Auf der Trauerfeier, die ebenfalls von Militär und Polizei mit Tränengas angegriffen wurde, entschied die Bevölkerung, ein Mahnmal für die drei Ermordeten am Tatort zu errichten. Nach dessen Errichtung wurde darüber auf Roj TV berichtet. Daraufhin ordnete der Innenminister Atalay an, das Denkmal einreißen zu lassen. Der Vater sollte gezwungen werden, einen Brief zu unterschreiben, in dem er sein Einverständnis dazu erklären sollte: „Ich habe mich geweigert, so etwas zu unterschreiben.“

Das Denkmal wurde eingerissen. An der Operation waren mehr als 730 Soldaten beteiligt. Offiziere beschimpften und bedrohten die Familie. Gegen die Familie wird nun wegen „unerlaubten Bauens auf Staatsland“ ermittelt.

Der Vater erklärte dazu: „Die Akte unseres Sohnes wurde geschlossen. Aber um den Staat abzusichern, bringen sie uns vor Gericht. Niemand von uns wird geschützt. Das Gericht fragt, warum wir das Mahnmal aufgestellt haben, es stünde auf Staatsland. Ich sagte: `Ihr habt meinen Sohn dort getötet.´ Das Verfahren gegen uns läuft. Gestern war ich vor Gericht und ich werde auch morgen dorthin müssen. Die Strafe ist noch nicht klar. Die ganze Familie muss nach Çaldıran zur Aussage und dann vors Gericht in Wan. Die Anwälte von der BARO [AnwältInnen-Kammer] kümmern sich auch, werden aber vom Staat bedroht. Wir wollen den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anrufen. Alles ist 100 % bewiesen.“

Dennoch schildert uns der Vater beeindruckend seine Überzeugung, für eine friedliche Lösung einzutreten: „Wir sind ein armes Volk und werden unterdrückt und gefoltert. Ich bin der Älteste in einer kleinen Familie. Was könnten wir denn gegen so eine Übermacht machen? Keiner verteidigt uns. (...)



Der Vater von Ibrahim zeigt die Stelle, an der sein Sohn getötet wurde. Foto: M. K.

Es geht nur um ökonomische Interessen und deshalb hört die Welt nicht zu. Sie wollen, dass die Menschen sich gegenseitig töten. Das was hier passierte, war weder der Anfang noch das Ende. Erinnert Euch an Halabja und an Sivas sowie an das Gefängnis in Diyarbakır. Menschen, ohne Gewehre und Organisation, wie Ibrahim, sind zu Tausenden getötet worden.“

Und leider bewahrheitet sich diese Aussage in den folgenden Wochen und Monaten immer wieder. Erst am 31. März 2010 wurde ebenfalls im Kreis Çaldıran der 14-jährige, des Benzinschmuggels bezichtigte, Kurde Mehmet Nuri Tamçoban durch Schüsse und Hiebe mit einer Hacke ins Gesicht getötet. Sein Schädel war durch die Hiebe der Soldaten vollkommen zertrümmert.

Auch aus anderen Regionen ist eine spürbare Zunahme von extralegalen Morden sichtbar. So wurde in der Provinz Şırnex im Kreis Qilaban (tr. Uludere) am 8. Februar der kurdische politische Aktivist Hecer Uslu getötet, als Soldaten sein Auto mit 51 Kugeln durchsiebten. Er war schon vorher mit dem Tod bedroht worden, da er an DTP-Konvoy teilgenommen habe. Wie der BDP-Kreisvorsitzende von Şırnex, Sekvan Aytu, gegenüber der Nachrichtenagentur DIHA dazu erklärte: „Die demokratische Öffnung der AKP-Regierung bedeutet verhaftete BürgermeisterInnen und die Ermordung von unschuldigen Zivilpersonen. Das Ziel ist das kurdische Volk. Ob Dorfschützer, LadenbesitzerIn, DorfbewohnerIn, Kind oder Mutter, macht da keinen Unterschied. Wir werden dieses Ereignis nicht vergessen. Das Leid dieser Familie ist unser aller Leid.“

Erst am 13. März geschah ein weiterer staatlicher Mord an einem politischen Aktivisten in derselben Region: Der ehemalige Vorsitzende der mittlerweile verbotenen DTP-Jugendbewegung YDG, Kerem Gün, wurde mit mehr als hundert Schüssen von als Mitglieder der in der Region operierenden Todesschwadron „Hançer Timi“ bekannten Soldaten aus dem Hinterhalt getötet. Zwei seiner Freunde wurden verletzt. Er war ebenfalls schon zwei Tage vorher bei seiner Festnahme durch Soldaten der gleichen Einheit, nach Aussagen von Verwandten, mit dem Tode bedroht worden.

Der letzte Fall, bei dem sich der Verdacht eines staatlichen Mordes aufdrängt, ist der des Mitarbeiters der kurdischen Zeitung Azadiya Welat, Metin Alataş. Er ist am 3. April erhängt an einem Baum in der Nähe von Adana gefunden worden. Er war zuvor mehrfach von Geheimdienstkräften entführt und zusammengeschlagen worden.

Zu diesen Fällen hinzu kommen nach Aussagen der Türkischen Menschenrechtsstiftung (TIHV) allein in diesem Jahr mindestens 7 verdächtige Todesfälle in Haft.

All diese Fälle zeigen, dass die Mordpraxis, die in den 90er Jahren Tausende das Leben gekostet hat, keinesfalls Vergangenheit ist. Sie ist immer noch Mittel, die Bevölkerung zu bedrohen und einzuschüchtern. Insbesondere der Fall Ibrahim Atabay wirft ein deutliches Licht auf die politische Verfassung des türkischen Staates. Während der Innenminister Atalay (AKP) in der Westtürkei Verfahren gegen Ergenekon anstrengt und Generäle verhaften lässt, arbeiten die gleichen Strukturen in den kurdischen Provinzen Hand in Hand beim Terror gegen die Bevölkerung. Anders lässt sich die vom Innenminister angeordnete Verschleierung des Mordfalls in Çaldıran kaum erklären. Bezeichnend ist hierzu auch das Schweigen und Nichtverhalten europäischer Staaten. Die EU macht sich mit polizeilicher Zusammenarbeit, Lieferung von Ausrüstung (wie z. B. Elektroschockern), Ausbildung und polizeilicher wie militärischer Zusammenarbeit bis hin zur Abschiebung mitschuldig an diesen und kommenden Verbrechen. ♦

Xidir Nebî – Fest der yezidischen Kurden

Rahmi Yağmur, Journalist

Nach yezidischem Glauben wird jedes Jahr an einem Donnerstag oder Freitag in der Zeit zwischen dem 10. und dem 20. Februar als Tag des Xidir Nebî, des Schutzpatrons der Liebe und der Wünsche, das gleichnamige Fest gefeiert.

Das als heiliger Tag geltende Xidir Nebî ist zugleich eine Zeit der Gemeinschaft, in der die yezidischen Gläubigen die Gelegenheit haben, sich kennen zu lernen und zu begegnen. Ihrem Glauben zufolge dürfen sie keine Angehörigen anderer Bekenntnisse heiraten. Angesichts der Tatsache dauernder muslimischer Verfolgung waren die Yezidi-Kurden stets auf der Flucht vor Angriffen. Infolgedessen leben sie weit verstreut und haben Schwierigkeiten zusammenzukommen. Vor allem für heiratsfähige junge Menschen ist es daher oft schwer, einen geeigneten Partner zu finden. Vor diesem Hintergrund gewinnt Xidir Nebî als Zeit der Begegnung der yezidischen Gläubigen eine besondere Bedeutung als ein heiliger Tag, denn an den Festtagen besuchen sich die Familien.

Die Anfänge dieses Festes gehen auf die zarathustrischen Zeiten zurück. Trotz der Islamisierung der Kurden besteht es bis heute. In historischer Hinsicht heißt es, nicht nur die Kurden, sondern auch andere Völker feierten, beeinflusst vom zarathustrischen Glauben, ein ähnliches Fest mit anderen Traditionen. So wird auch das Fest der Liebenden, genannt Valentinstag, bei den Christen als Beispiel genannt.

Die historische Überlieferung stellt bei diesem Fest zwei Engel in den Vordergrund. Xidir Nebî als Schutzheiligen der Liebenden, der Liebe und der Wünsche, Xidir Elyas als Schutzheiligen der Kranken, Reisenden, Gefangenen und Armen. Die drei Tage vor dem Fest fasten die Yezidis.

Die Fastenzeit: Vor Sonnenaufgang am frühen Dienstagmorgen stehen die Menschen für die Sahur genannte Mahlzeit auf. Nach diesem Mahl wird dann für drei Tage gefastet. Obwohl das Fasten für alle Yezidis gilt, hat es eine besondere Bedeutung für diejenigen, die den Namen Xidir oder Elyas tragen. Es gilt auch als besondere Regel für unverheiratete junge Menschen, denn deren Wünsche müssen von Xidir Nebî noch erfüllt werden.

Während die yezidischen Kurden in Georgien, Russland und Armenien das Xidir-Nebî-Fest freitags feierlich begehen, feiern die anderen am Donnerstag Xidir Elyas und Xidir Nebî am Freitag.

Der Überlieferung nach kommt der Engel Xidir Nebî am Donnerstag auf einem weißen Pferd auf die Erde. Der Reiter kommt in die Häuser und segnet sie. Sobald die Hufe des Pferdes die Erde berühren, wird Xidir Nebî mit seinem Pferd so klein, dass er die Häuser der Yezidis durch Fenster und Türen betreten kann.

Daher dürfen an dem Donnerstag bzw. Freitag Fenster und Türen nicht verschlossen werden. Die Häuser müssen vor diesem bedeutenden Tag sauber und rein sein. An dem Tag darf nicht gebadet werden, nichts im Haus darf nass sein, Haarekämmen, die Benutzung von Seife oder Näharbeiten mit Nähnadeln gelten als Sünde. Denn wenn die Böden mit Wasser gereinigt sind, könnten große Pfützen den Schritt des Pferdes behindern, eingeseifte Flächen könnten sich in große rutschige Flächen verwandeln, die Haare könnten durch das Kämmen zu Wäldern und Nähnadeln zu Dornen werden und somit das Pferd des Engels behindern. So würde Xidir Nebî, ohne die Erde zu betreten, umkehren. Dies würde bedeuten, dass das Haus nicht gesegnet wäre und damit Unheil heraufbeschworen würde. Es heißt, während der drei Tage der Fastenzeit werden Kamm und Seife nicht benutzt und es wird nicht gebadet. Vielmehr soll der Verzicht dazu dienen, dass die Menschen sich vor dem Fest auf die Reinigung der Seele, der Gedanken und des Herzens konzentrieren.

Am ersten Tag des Festes werden Familien besucht, deren Verwandte im vorangegangenen Jahr verstorben sind. Es wird für die Toten gebetet, damit sie in Frieden ruhen. Durch diese Besuche wird aber auch die Trauerzeit der jeweiligen Familie beendet.

Um die Aufmerksamkeit des Engels zu gewinnen, wird ein mit einem Seidentuch bedeckter Teller in den Raum gestellt, in dem sich die Betten befinden. Xidir Nebî soll dann ein Haar seines Pferdes auf der Seide hinterlassen.

In der Nacht vor dem Fest, welche auch das Ende des Fastens bedeutet, nehmen die Yezidis an den heiligen Orten, Stêr [*kurd.: „Stern“*] genannt, ihr Mahl des Fastenbrechens zu sich. Anschließend wird über die yezidischen Traditionen diskutiert, über die Vorbereitung und Durchführung des Festes gesprochen, oft auch dessen Planung gemeinsam beschlossen. Eine andere Bedeutung des Abendmahls ist die, dass alle Zerstrittenen Frieden und Freundschaft schließen. An diesem Tag darf es keinen Streit geben, keine bösen Worte und Gedanken.

Am Donnerstag, dem ersten Tag des Festes, besuchen die Kinder Nachbarhäuser, singen und bekommen dafür Geschenke.

Eine weitere Besonderheit ist die, dass in der Nacht vor dem Fest salzige Brote gebacken werden, „totka şor“ genannt, von denen junge Frauen und Männer im heiratsfähigen Alter essen und ohne Wasser zu trinken schlafen gehen. Der Mann oder

die Frau, welcher/welche dann im Traum das Wasser reicht, soll Bräutigam oder Braut werden. Eine unverheiratete junge Frau legt zudem ein Stück dieses Brotes ans Fenster und wartet darauf, dass ein Vogel es nimmt. In die Richtung, in die der Vogel fliegt, soll sie als Braut gehen.

Am Freitagmorgen holen dann die yezidischen Frauen vom Brunnen Wasser, das an diesem Tag einen heiligen Stellenwert hat. Es ist gesegnet, weshalb es alle Familienmitglieder trinken und ihr Gesicht damit benetzen. Das erste Wasser an diesem Tag ist besonders heilig, weshalb es von allen vorgezogen wird.

Die yezidischen Kurden in der ehemaligen Sowjetunion schmücken in der Vornacht des Festes die Brotbackstelle mit Mehl und malen an deren Wände Bilder von Kindern, Hühnern, Lämmern usw. Es hat die Bedeutung, dass dieses Haus mit all dem Gewünschten gesegnet werden und dann kinderreich sein soll. ♦

Von Rüstungsexporten, Kreditvergaben bis hin zu Giftgas und anderen Machenschaften deutscher Unternehmen in Kurdistan

Kampagne: Tatort Kurdistan



Der Krieg in Kurdistan wird international geführt und ist näher an uns dran, als viele glauben mögen. Während in der Region Kurdistan seit Jahrzehnten Widerstand geleistet wird, ziehen deutsche Unternehmen und die Regierung nahezu unbehelligt in Form von Rüstungsexporten oder der Finanzierung und des Baus von Staudämmen ihre Profite aus diesem Krieg. Die Bundesregierung arbeitet freudig mit der türkischen Regierung zusammen, wenn es um Auslieferungsanträge oder Rückführungsabkommen kurdischer Flüchtlinge geht. Solche Machenschaften müssen dort, wo sie zu Tage treten, genauso wie dort, wo sie entstehen, beleuchtet werden, müssen aufgezeigt, kritisiert und verhindert werden.
Die Kampagne TATORT KURDISTAN hat zum Ziel, die Verantwortung und die Rolle deutscher Unternehmen und der Bundesregierung an geeigneten Orten sichtbar zu machen. Auf der Seite Tatort-Kurdistan findet ihr zeitnah Hintergrundinformationen zur deutschen Beteiligung an Rüstungsexporten, Infrastrukturprojekten, Halabja, zur Situation kurdischer Flüchtlinge in Deutschland und zur Repression gegen die kurdische Freiheitsbewegung. Auch Termine und weitere Informationen findet ihr auf dieser Webseite. Es wird in unterschiedlichen Städten in Deutschland Veranstaltungen zu diesen Themen geben und am 1. September 2010 zum Weltfriedenstag einen bundesweiten Aktionstag.
(...)

Wir laden alle Gruppen und Einzelpersonen herzlich dazu ein, sich an dieser Kampagne mit kreativen Aktionen, Veranstaltungen, Recherchearbeiten oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu beteiligen, um zur demokratischen und friedlichen Lösung der kurdischen Frage beizutragen. Eingeladen sind alle Interessierten von Friedensaktivist_innen, NGOs, Gewerkschaften, Rüstungsgegner_innen, Umweltaktivist_innen, Flüchtlingen, Flüchtlingsräten und ihren Unterstützer_innen bis hin zu Antifas, Autonomen und Jugendgruppen ...

Weitere Informationen:
http://tatort-kurdistan.blog.de/
E-Mail: tatort_kurdistan@aktivix.org

bundesweiter aktionstag
01.09.2010

Nach zusätzlichen Krediten durch türkische Banken intensiviert die Türkei den Bau des Ilısu-Staudamms

Kampagne gegen Ilısu-Staudamm in kritischer Phase

Von Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Die Situation beim Ilısu-Staudamm- und Wasserkraftwerkprojekt hat sich besorgniserregend entwickelt, denn der Bau des Ilısu-Staudammes geht seit März/April 2010 intensiv voran. Im Januar/Februar 2010 hatten zuvor die beiden türkischen Banken Garantibank und Akbank die fehlende Finanzierung mit Krediten abgedeckt. Das Finanzierungsproblem trat im Juli 2009 mit dem Rückzug europäischer Kreditbürgschaften durch die Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz und folglich von Krediten durch drei europäische Banken auf. Damit wurde die Beteiligung der sechs europäischen Unternehmen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz unmöglich gemacht.

Die türkische Regierung, die um jeden Preis dieses Ilısu-Projekt realisieren will, bemühte sich jedoch sogleich um eine chinesische Beteiligung. Doch ein Besuch des türkischen Finanzministers im September 2009 in China brachte trotz anschließender Verhandlungen nichts. Die Zurückhaltung chinesischer Unternehmen sowie der chinesischen Kreditversicherungsanstalt Sinosure war einmalig in der Geschichte. Wir erinnern uns daran, dass die türkische Regierung gegenüber den Europäern immer mit chinesischer Beteiligung drohte, denn diese würde sich ohne Auflagen am Projekt beteiligen. Die chinesische Botschaft in der Türkei beantwortete im Dezember 2009 umgehend unsere Anfrage und teilte mit, dass keine Beteiligung am Ilısu-Projekt durch chinesische Unternehmen zustande gekommen sei. Der Fall Ilısu lässt international hoffen, dass zukünftig chinesische oder andere regionale Unternehmen und Finanziers (wie z. B. aus Indien oder Brasilien) nicht mehr unter allen Umständen in jedes Projekt mit gravierenden Folgen einsteigen werden.

Ende Dezember 2009 kündigte der türkische Umweltminister Veysel Eroğlu – der Inbegriff der zerstörerischen Wasser- und Energiepolitik – an, dass die Finanzierung durch türkische Banken gesichert werde. Hierbei handelte es sich um die private Garantibank und Akbank. Diese unterzeichneten Ende Januar 2010 einen Vertrag mit der türkischen Regierung und den beteiligten türkischen Unternehmen – wie Nurol, Cengizler – über eine Summe von mehreren hundert Mio. Euro. Die Kreditbürgschaft wird durch die türkische Regierung übernommen. Während Züblin, Alstom und drei weitere kleine schweizerische Unternehmen definitiv aus dem Projekt ausgestiegen sind, zeigt das skrupellose Unternehmen Andritz nach wie großes Interesse am Ilısu-Projekt. Denn die türkischen Unternehmen müssen wegen fehlender Kapazitäten spätestens bei der Installierung von Turbinen und anderen elektrischen Arbeiten ein großes internationales Unternehmen heranziehen. Hier könnte Andritz einspringen. Daher ist eine Beobachtung von Andritz seitens europäischer AktivistInnen von großer Bedeutung.

Wie zu Beginn des Artikels erwähnt, hat der Bau des Ilısu-Staudammes mit voller Intensität begonnen. Bis zu 1 000 Personen sind beim Bau von Zufahrtsstraßen nach Ilısu, der Brücke über den Tigris, des Umleitungstunnels und von Gebäuden am Bauort beteiligt. Wenn der Tunnel vielleicht Ende des Jahres fertiggestellt ist, kann mit dem Bau des Staudammkörpers selbst begonnen werden. Dann wären wir an einem sehr kritischen Punkt angelangt.

Wie diese Entwicklungen zeigen, muss sich die Kampagne vor Ort sowie in der gesamten Türkei stärker denn je einbringen, um noch eine Chance zu haben, das Ilısu-Projekt zu stoppen. Da Ilısu in der türkischen und kurdischen Bevölkerung weitgehend kritisch betrachtet wird und zu den umstrittensten Infrastruktur-Energie-Projekten in der Türkei gehört, besteht tatsächlich die Möglichkeit, diesen Staudamm zu stoppen.

Die Initiative zur Rettung von Hasankeyf hat im März 2010 eine umfangreiche Kampagne gegen Garantibank und Akbank begonnen. Dies hatte zur Folge, dass schon viele Menschen und einige große Einrichtungen aus der Tigrisregion ihr Konto bei diesen beiden Banken gekündigt haben. Das Ironische an dieser Sache ist, dass die Akbank mit der Unterstützung von Kultur- und Kunstprojekten und die Garantibank mit der Förderung von Umweltprojekten sich jeweils einen Namen für ihr öffentliches Image gemacht haben. Auch dies konnte mit der Kampagne „richtiggestellt werden“. [*Siehe zur Kampagne die türkischsprachige Website: http://kampanya.hasankeyfgirisimi.com*] Doch diese beiden Banken, für die nur der Profit zählt, Menschen und Natur im Endeffekt aber egal sind,

werden wegen dieser Kampagne und gewissen Geschäftseinbußen in unserer Region sich kaum vom Ilısu-Projekt zurükkziehen. Strategisch wichtiger wird es sein, in den kommenden Wochen und Monaten am Tigris offener, aktiver und breiter zu protestieren. Die Direktbetroffenen und Menschen aus der Region müssen in großer Zahl aktiv werden, direkte Proteste durchführen und damit große Öffentlichkeit schaffen. Durch eine länger anhaltende Aktion könnte Solidarität von Menschen aus den kurdischen Provinzen, anderen Gruppen und staudammkritischen Bewegungen auch aus der West-Türkei geschaffen werden. Und genau das haben wir vor.

Daneben ist es für die Initiative strategisch wichtig, mit anderen türkischen und kurdischen staudammkritischen Bewegungen sich enger zu vernetzen, um in der Öffentlichkeit gemeinsam aufzutreten. Nur so kann ein breit getragener Druck auf die Zentralregierung ausgeübt werden. Die Anfang 2009 begonnenen Bemühungen zwischen den vier wichtigsten staudammkritischen Bewegungen Allianoi, Munzur, Yusufeli und Hasankeyf ergaben 2010 fassbare positive Ergebnisse. Am 12. Januar 2010 trafen sich 13 staudammkritische Bewegungen in Istanbul und stellten einen gemeinsam erarbeiteten Aufruf für eine neue Wasserpolitik der Öffentlichkeit vor. Sie lehnen die Talsperren- und Wasserkraftwerkprojekte der türkischen Regierung ab, weil diese zu gravierenden sozialen, kulturellen und ökologischen Kosten führen, den Menschen und die Natur außer Acht lassen und nur den politisch-ökonomischen Interessen der Regierenden und den Unternehmen dienen. Es wurde der sofortige Stopp aller Staudamm- und Wasserkraftwerkprojekte und der Beginn einer neuen Diskussion mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung gefordert. Die Kernforderung des Aufrufs ist jedoch die Übertragung der Entscheidungsbefugnis über die Nutzung der Wasserressourcen im Rahmen eines „demokratisch-ökologischen Wasser-Managements“ an die lokalen, d. h. an die im Einzugsgebiet befindlichen Kommunen, Berufsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Die zweite gemeinsame Initiative war am 14. März, dem Internationalen Aktionstag für Flüsse. Zwanzig staudammkritische Bewegungen verfassten eine gemeinsame Erklärung und organisierten in ihren Provinzen Protestaktionen gegen Staudämme und Wasserkraftwerke und für den Erhalt ihrer Flussökosysteme. Zum ersten Mal demonstrierten viele Tausende Menschen an einem Tag an den verschiedensten Orten für ein gemeinsames Ziel.

Mit diesem Aktionstag gaben sich die Bewegungen den Namen „Akarsu Hareketleri“, was in etwa „Fließgewässer-Bewegungen“ entspricht. Auf ihrer neu errichteten Internetseite (www.akarsuhareketleri.org) tauschen sie Informationen aus und öffnen sich einer breiten Öffentlichkeit. Jetzt steht dieses Netzwerk vor der Herausforderung, langfristig schlagkräftige Kampagnen zu entwickeln.

Da die Beteiligung durch europäische Regierungen, Banken und Unternehmen nicht mehr aktuell ist, stellt sich die Frage für die europäische Kampagne, wie sie weiter aktiv gegen das Ilısu-Staudamm-Projekt arbeiten kann. Denn ein Beitrag aus Europa ist nach wie vor wichtig. So wurden anlässlich des Internationalen Aktionstages für Flüsse am 15. März 2010 in neun europäischen Städten Aktionen gegen Akbank und Garantibank und die Staudämme am Munzurfluss in Dersim durchgeführt. In sieben Städten wurden Mahnwachen vor den beiden Banken organisiert und Unterschriften mit der Aufforderung zum Rückzug vom Ilısu-Projekt gesammelt. Akbank und Garantibank wurden mit dieser Aktion zur Zielscheibe auch in Europa, weil sie auch hier Geschäfte betreiben und somit die Sache auch einen Bezug zu Menschen in Europa hat. Informationen zu diesem Aktionstag sind unter www.gegenstroemung.org zu finden. ♦

Weitere Informationen:
www.hasankeyfgirisimi.com
www.stopilisu.com



Hasankeyf — Foto: Hinrich Schultze

Neue Agenda der baskischen Unabhängigkeitsbewegung

Steh auf, Baskenland!

Abertzale Linke

Nach einer fünfmonatigen internen Diskussion verabschiedete die in Spanien verbotene Partei Herri Batasuna (Abertzale Linke) im Februar dieses Jahres ein neues Strategiepapier für den Weg zur Unabhängigkeit der baskischen Gebiete. Der Aufruf ist im Folgenden dokumentiert.

Die abertzale Linke[1] hat die aktuelle Situation und den baskischen politischen Prozess analysiert und diskutiert. Sie tat dies nicht in kleinen Zirkeln an geheimen Orten, sondern führte im Gegenteil die Debatte im Großen mit allen ihren Mitgliedern und ihrer sozialen Basis. Es war eine demokratische Übung, eine wirksame demokratische Übung, die uns erlauben wird, unsere politische Strategie zu definieren.
Es handelte sich nicht um eine abstrakte Debatte, denn die abertzale Linke griff gleichzeitig politisch in die aktuelle Situation ein. Wir können uns nicht isoliert mit uns selbst beschäftigen, in der Hoffnung, irgendwann werde sich alles klären. Wir sind Teil des Volkes[2], und während wir noch diese Debatte führten, mussten wir bereits Initiativen starten. Denn um eine wirksame Strategie zu entwickeln, musste die abertzale Linke ihre politische Linie und ihr Vorgehen festlegen. Deshalb haben wir seit dem Beginn dieser politischen Periode auch unsere Vorgehensweise durch Initiativen und Vorschläge konkretisiert. In derselben Weise werden wir in den kommenden Monaten weiterarbeiten. Das ist unsere Verantwortung, die uns niemand abnehmen kann.

Die Bedeutung des Zeitpunktes muss politisch verstanden werden. Es sind die politischen und sozialen Bedingungen, die den Zeitpunkt für die Realisierung unserer Inhalte bestimmen. Für die Schaffung dieser Bedingungen war ein hoher Preis zu zahlen, aber heute existieren sie und erlauben uns vorwärtszugehen. Das ist der Grund, warum wir diese Diskussion begonnen haben. Die gemeinsame Erarbeitung des Strategiepapiers «Klärung der politischen Phase und der Strategie» und die Präsentation der Erklärung von Altsasua sind beides Beiträge sowohl zur internen Reflexion als auch Schritte im politischen Prozess. Beide Dokumente wurden von unserer sozialen Basis mit großer Zustimmung bestätigt. Wir vergessen dabei aber nicht, dass in einer breiten Volksbewegung auch unterschiedliche Meinungen ihren Platz haben. Die Diskussion um das Strategiepapier «Klärung der politischen Phase und der Strategie» und die Präsentation der Erklärung von Altsasua haben klar und deutlich den Willen der abertzalen Linken für politische Veränderungen und für die Teilnahme am demokratischen Prozess gezeigt.

Durch die Strategiediskussion wurde uns klar, was wir tun müssen, was wir in der Vergangenheit gut gemacht haben und auch, wo wir Fehler begangen haben. Dabei haben wir gleichermaßen unser Projekt und unsere Wurzeln überdacht und uns auch ernsthaft selbstkritisch betrachtet. Mit Erfolgen und Fehlern haben wir den Befreiungsprozess bis hin zur Phase der politischen Veränderung gebracht. Heute geht es darum, einen echten politischen Wandel unumkehrbar zu machen. Und um dies zu verwirklichen, müssen auch wir uns ändern.

Das Baskenland und die baskische Bevölkerung sind die Fundamente der Befreiungsbewegung

Das Baskenland. Die baskische Bevölkerung. Die Frauen und Männer dieses Landes. Ihre Gesellschaft. Das sind die einzigen Bezugspunkte für unser politisches Projekt. Die abertzale Linke achtet die Bevölkerung, nimmt ihre Wünsche und Sehnsüchte als Kompass, respektiert ihren Willen und will ihm Respekt verschaffen.

Es ist tatsächlich an der Zeit, sich einzusetzen. Es ist an der Zeit, voranzugehen. Und deshalb ist sich die abertzale Linke völlig bewusst, dass es nicht darum geht, herauszufinden, wozu die anderen Konfliktparteien bereit sind, sondern darum, dass wir selbst tun, was wir tun müssen. Auf diese Art werden wir mit Kraft und Bewusstsein neue Situationen herbeiführen und die Haltung der übrigen Konfliktparteien dadurch beeinflussen. Aber als allerwichtigstes werden wir dadurch eine immer breitere Zustimmung in der Bevölkerung dafür erhalten, dass Euskal Herria[3] seine Zukunft selbst bestimmen soll.

Die politische Herausforderung anzunehmen, ist eine richtige Entscheidung. Denn wir sind der Meinung, dass dies die beste Art und Weise ist, den Befreiungsprozess voranzubringen und den Wünschen unseres Volkes Rechnung zu tragen. Unsere Entscheidungen müssen immer eine Konsequenz unseres Willens oder des Willens unseres Volkes sein. Nichts darf erzwungen werden, oder vom Willen anderer abhängen.

Die Mittel der Unterdrückung und des Unrechts, die die Staaten anwenden, werden niemals Bestandteil des Unabhängigkeitsprojektes der Linken sein. Wir sind nicht wie sie, auch nicht, wenn wir uns gegen grausame Unterdrückung wehren müssen und gegen den Versuch, unser Volk zu assimilieren. Wir waren niemals so und werden weiterhin niemals so sein.

Wir geben unser Wort, dass wir nicht zulassen werden, dass die Hoffnung und die Bedingungen verloren gehen, die während der letzten Jahre geschaffen wurden, um ein demokratisches Szenario zu erreichen. Man muss nicht weit gehen. Die Mobilisierungen der Bevölkerung der letzten Zeit haben klar gezeigt, dass eine kritische Masse existiert, den demokratischen Prozess durch politische Mittel zu formen. Außerdem kann die abertzale Linke bestätigen, dass andere Parteien, sowohl im Baskenland als auch auf internationaler Ebene, aus freien Stücken bereit sind, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen. Die ganze abertzale Linke muss für die geeigneten Bedingungen sorgen, unter denen sich der Prozess kraftvoll entfalten kann. Wir werden vor unserer Geschichte bestehen. Wir werden unser Volk nicht enttäuschen.

Ab heute haben wir die Zukunft zu gewinnen. Die Möglichkeit der Unabhängigkeit ist da. In Europa haben sich Staaten gebildet und diese Debatte wird an verschiedenen Orten völlig offen geführt. Die Möglichkeit, neue Staaten zu gründen, besteht real, wenn die Fähigkeit zur Schaffung solider, demokratischer Mehrheiten für dieses Ziel vorhanden ist. Euskal Herria, das Baskenland, ist ein organisiertes Land, dynamisch und bereit, mit ausreichender Reife und ausreichenden politischen, sozialen und ökonomischen Fundamenten. Vor allem anderen haben wir volles Vertrauen in unser Volk.

Politische Voraussetzungen, Gründe für Zuversicht

Vor 50 Jahren lag das Baskenland im Sterben. Danach haben wir, dank unseres Kampfes, den Weg für eine neue Möglichkeit zur Gründung eines baskischen Staates wieder gangbar gemacht. Nachdem wir die politische Operation abgewehrt haben, die nach dem Tod Francos Euskal Herria assimilieren sollte, stehen wir vor den Toren einer neuen Zeit, die als Ziel die Schaffung eines demokratischen Rahmens hat.

In den vergangenen Jahrzehnten haben wir viele Fortschritte gemacht und Teilsiege errungen. Wir waren nicht nur in der Lage, uns gegen die Angriffe der Staaten zu wehren, sondern auch, eine eigene politische Linie zu entwickeln. Wir haben die Versuche vereitelt, die Unabhängigkeitsbewegung zu zerschlagen. Gleichzeitig eröffneten und gewannen wir Debatten und platzierten Inhalte und konkrete Vorschläge im Zentrum der politischen Landschaft.

Es war kein leichter Weg. Es gab viel Leid als fürchterliche Konsequenz dieses langen Zyklus des politischen Konflikts und der bewaffneten Konfrontation. Obwohl viele versucht haben, die Realität zu verbergen, ist der Ursprung dieses Leides klar: die Verweigerung der Rechte, die Euskal Herria zustehen. Diese Weigerung erzeugt den politischen Konflikt, die repressive Strategie nährt ihn. Es ist notwendig, diese Situation zu überwinden, um ein demokratisches Szenario zu schaffen, in dem wir unser politisches Projekt verfolgen können.

Während all dieser Jahre hat die abertzale Linke eine enorme Arbeit geleistet. Basierend auf dieser Leistung und auf der Zuversicht, die uns der zurückgelegte Weg gibt, haben wir den Weg für die nächste Periode formuliert. Unsere Geschichte und unsere Bewusstsein geben uns unser Selbstvertrauen.

Die politische Phase, die Phase der Veränderung

Wir befinden uns in einer politisch überholten Phase. Das eröffnet klare historische Möglichkeiten für das nationale und soziale Projekt. Die Möglichkeit eines politisch-institutionellen Wechsels charakterisiert die Situation in Euskal Herria, auch wenn klar ist, dass diese Möglichkeiten im nördlichen und im südlichen Baskenland in Form und Intensität verschieden sein werden.

Es ist richtig, dass die derzeitige Blockadesituation länger andauert, als wir es uns wünschen würden. Dies liegt hauptsächlich daran, dass die Staaten dies durch ihre repressive Strategie so entschieden haben. Besonders in Hego Euskal Herria, im südlichen Baskenland, befinden wir uns deshalb zwischen zwei Zyklen, einem erschöpften und einem neuen, der noch nicht definiert ist. Deshalb drehen sich momentan das politische Kräftemessen und der prinzipielle Kampf um die Form und die Richtung, in die sich dieser neue Zyklus öffnen wird.

Die Tür für einen echten politischen Wandel ist sperrangelweit offen. Die Möglichkeit, den durch das Autonomiestatut bestimmten Zyklus zu überwinden und eine demokratische Phase einzuleiten, existiert. Heute besteht die Herausforderung darin, nach Jahrzehnten der Anstrengungen, der Arbeit und des Kampfes diese offene Tür zu durchschreiten und den politischen Wandel zu vollziehen. Die Bedingungen hierfür sind ausreichend. Der Schlüssel liegt in der Konkretisierung einer wirksamen Strategie, die sich die Bedingungen zunutze macht und den besagten Wandel Wirklichkeit werden lässt.

Paris nimmt nach wie vor eine aggressive Haltung der Negation des nördlichen Baskenlandes ein. Aber schon zeigen die sozialen Proteste, sei es für institutionelle Forderungen, zur Verteidigung der baskischen Sprache Euskera, für die nationale Konstruktion oder in den sozioökonomischen Kämpfen, immer wieder die Sehnsucht, in diesem Land zu leben und die Entschlossenheit, seine Anerkennung zu erreichen.

Die Grundlagen für die Anerkennung des Territoriums Euskal Herria sind in der Bevölkerung von Lapurdi, Baxe Nafarroa und Zuberoa vorhanden. In diesen drei Provinzen müssen wir mittels einer Zusammenführung der Kräfte eine neue Phase eröffnen, die institutionelle Anerkennung errei-

chen und von Paris den Respekt vor dem Wort und der Entscheidung Euskal Herrias einfordern.

Die politische Phase, die wir einleiten, ist die Phase des politischen Wandels. Sind die Bedingungen für den Wandel einmal vorhanden, ist die Stunde der Umsetzung gekommen. Deshalb ist das Ziel dieser politischen Phase die Schaffung eines demokratischen Rahmens, der ausreichende Grundlagen für den Weg zur Gründung eines baskischen Staates bietet.

Der demokratische Prozess, der Hebel für einen Wechsel des Zyklus

Der demokratische Prozess ist der Hebel für einen Wechsel des Zyklus, er ist das wichtigste Instrument dieser Phase. Es gilt, einen demokratischen Prozess einzuleiten, der auf Verhandlungen basiert, auf politischer Übereinkunft und auf der Beteiligung der Bevölkerung. Wir benötigen einen solchen Prozess als einzig möglichen Weg für einen Wechsel der Rahmenbedingungen.

Die Stunde ist gekommen, diesen demokratischen Prozess zu gestalten. Dieser Prozess hat ein klar definiertes Ziel: einen demokratischen Rahmen schaffen, der die Knoten der Selbstbestimmung und der territorialen Frage löst. Der demokratische Rahmen muss für alle politischen Projekte Raum bieten, das Projekt der Unabhängigkeitsbewegung eingeschlossen. Die politischen Vereinbarungen zwischen den verschiedenen baskischen Formationen bildet das Element, das den demokratischen Prozess führt. Diese Vereinbarungen müssen von den Staaten respektiert werden. Die hauptsächlichen Akteure, die diesen Prozess initiieren, ihn vorantreiben, Vereinbarungen ratifizieren und Entscheidungen über seine innere Organisation und die äußeren Beziehungen treffen, werden die baskischen Bürgerinnen und Bürger und das Baskenland sein. Sie müssen die Bedingungen für eine adäquate Gestaltung des Prozesses schaffen, das heißt, ohne Einmischung, ohne Ungerechtigkeiten und ohne Gewalt.

Wie wir in der Erklärung von Altsasua bekräftigt haben, ist der Beginn des demokratischen Prozesses eine unilaterale Entscheidung der abertzalen Linken. Trotz aller Schwierigkeiten, und der Probleme, sie zu überwinden, ist der demokratische Prozess eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen und die bestehen bleibt. Um ihn einzuleiten, müssen bilaterale oder multilaterale Übereinkünfte mit baskischen politischen Akteuren und der internationalen Gemeinschaft gefunden werden. Auch mit den Staaten, um eine Lösung des Konflikts zu ermöglichen.

Die abertzale Linke hat ihre eigene Entscheidung getroffen, ist zuversichtlich und in Erwartung der Unterstützung durch andere und der vorhersehbaren Opposition der Machtzentren. Sie sieht drei Stufen des demokratischen Prozesses, was das südliche Baskenland betrifft. Unterdessen liegt im nördlichen Baskenland der Schwerpunkt auf gesellschaftlicher Arbeit und der Zusammenführung der Kräfte. Die drei Stufen sind:

Demokratische Mindeststandards: Sie sind die Grundlage für einen demokratischen Prozess. Vereinbarungen oder Entscheidungen müssen gleiche Möglichkeiten für alle politischen Kräfte als Grundlage haben, Maßnahmen des Ausnahmezustands müssen außer Kraft gesetzt werden.

Demokratische Vereinbarungen: Es sollte Übereinstimmung über die politischen Inhalte bestehen, die im letzten Verhandlungsprozess erarbeitet wurden: die Anerkennung des nationalen Charakters des Baskenlandes, die Garantie, dass alle politischen Projekte verwirklicht werden können, die Entwicklung der juristisch-politischen Struktur, in der die baskischen Territorien ihre Beziehungen sowohl untereinander als auch mit den Staaten aufbauen können.

Demokratischer Rahmen: Er sollte der juristisch-politische Ausdruck der demokratischen Vereinbarungen sein. Er wird durch den Willen der Bevölkerung in Kraft treten und wird garantieren, dass die strukturelle Negierung von Euskal Herria ein Ende findet. Hier wird die abertzale Linke Anstrengungen unternehmen, um im Sinne des Vorschlags von Anaitasuna eine Autonomie der vier baskischen Gebiete des südlichen Baskenlandes zu erreichen, die das Recht auf Selbstbestimmung haben werden. In gleicher Weise arbeiten wir für eine Autonomie der drei Gebiete des nördlichen Baskenlandes im Sinne des Vorschlags von Uztaritze.

Neue Strategien und Werkzeuge, Mittel um voranzukommen

Wir beginnen eine neue Phase und dies erfordert neue Strategien und Werkzeuge. Um einen Wandel zu ermöglichen, ist eine wachsende Zusammenführung von Kräften unentbehrlich, und es ist nötig, die Konfrontation auf das Terrain zu lenken, auf dem die Staaten am schwächsten sind, auf die politische Auseinandersetzung.

Als Schlussfolgerung aus unserer Diskussion wurde entschieden, alle Aktivitäten in den Dienst der Herausforderung zu stellen, die diese neue politische Phase bedeutet; um die



Internetseite mit weiteren Informationen in deutscher Sprache: http://www.info-baskenland.de/

Kräfte zu sammeln, die dieser Zyklus benötigt. Die Sammlung der Kräfte ist das Ziel am Horizont. Deshalb sind Massenmobilisierungen, institutioneller und ideologischer Kampf, die Änderung des Kräfteverhältnisses und das Werben um internationale Unterstützung die einzigen Werkzeuge dieser neuen Strategie. Die Unterstützung der Bevölkerung ist der einzige Garant, die Massenbewegung ist das wirksamste Mittel.

Der demokratische Prozess muss sich in der völligen Abwesenheit von Gewalt und ohne äußeren Einfluss entwickeln. Dialog und Verhandlungen der politischen Kräfte sollten den Grundsätzen des Senators Mitchell folgen. Niemand wird Gewalt oder die Androhung von Gewalt einsetzen, um den Verlauf oder das Resultat der Mehrparteienverhandlungen zu beeinflussen oder daraus resultierende Vereinbarungen zu ändern.

Der demokratische Prozess muss eine wachsende Unterstützung durch die Bevölkerung, Massenmobilisierungen, eine Bündelung von Kräften und eine Struktur mit sich bringen. Dank all dieser Entwicklungen werden taktische Ziele erreichbar, und verschiedene Initiativen können geplant werden: unter anderen, einen Mindeststandard an demokratischen Freiheiten zu erreichen, Schritte in Richtung der Befreiung der Gefangenen zu gehen, den nationalen Aufbau und die nationale Struktur zu erneuern, die politische Offensive auf internationaler Ebene zu verstärken und politische Verhandlungen voranzutreiben.

Die Strategie, die wir verfolgen, hat gut definierte Arbeitsfelder. Sie ist praktisch und eröffnet die Möglichkeit konkreter Schritte. Die prinzipiellen Arbeitsschwerpunkte bestehen in der Bündelung der Kräfte für Unabhängigkeit und Souveränität, in der Verstärkung der Dynamiken für demokratische Freiheiten und für die Gefangenen, in Initiativen zur Entwicklung des demokratischen Prozesses – konkret, um politische Verhandlungen voranzutreiben – und darin, einen Weg zu entwerfen, die abertzale Linke selbst zu stärken. All dies zu entwickeln und zu konkretisieren, wird in den nächsten Monaten viel theoretische und praktische Arbeit beanspruchen.

Wir meinen, dass der demokratische Prozess und der nationale Aufbau Hand in Hand gehen müssen. Der nationale Aufbau hat auch in der aktuellen politischen Phase eine große Bedeutung. Er ist nämlich ein Werkzeug, um Kräfte zusammenzuführen und um dafür zu sorgen, dass der Prozess in die richtige Richtung geht. Der nationale Aufbau hat seinen Platz in diesem Wechsel des Zyklus. Mehr sogar, der Wechsel des Zyklus in Kombination mit der Arbeit der Volksbewegung und der Institutionen ermöglichen einen wirksameren nationalen Aufbau. In unserer Analyse tritt auch der nationale Aufbau in eine neue Phase ein.

Die abertzale Linke stellt neben den politischen Wandel auch den sozialen Wandel, denn sie sieht in einer Verknüpfung der beiden die Garantie für beide. Politische Veränderung ohne soziale Veränderung wäre natürlich unzureichend, und soziale Veränderungen ohne politischen Wandel ist nicht realisierbar. Letztendlich ist es neben dem Kampf gegen die Ungerechtigkeit des neoliberalen Modells, der Kampf der Linken, der auf einen politischen Wandel hinsteuert und die Zusammenführung der Kräfte der Arbeiterinnen und Arbeiter und anderer Sektoren des Volkes betreibt. Die Arbeit der Gewerkschaften ist dabei von fundamentaler Wichtigkeit.

Die linke Unabhängigkeitsbewegung will den sozialen Wandel. Die Inspiration durch Volksbewegungen, feministische Praxis, eine neue linguistische Politik, ein neues Erziehungsmodell, durch die Arbeit der Kulturschaffenden und die Stärke der Jugendbewegung ist hierfür unentbehrlich.

Um diese politischen Herausforderungen zu bewältigen, braucht die abertzale Linke in Zukunft eine legale politische Partei, sowohl um sich politisch-institutionell zu betätigen, als auch für die Teilnahme an den Verhandlungen der politischen Parteien zur endgültigen Lösung des Konflikts.

Wie auch immer der Name und die legale Struktur aussehen mögen, sie wird Bezugspunkt aller Unabhängigkeitskräfte, aller Sozialistinnen und Sozialisten im Baskenland für die kommenden politischen Aktivitäten sein, zur Entwicklung des demokratischen Prozesses, in den Massenbewegungen, in der ideologischen und institutionellen Arbeit. ♦

Abertzale Linke
Euskal Herria, Februar 2010

Fußnoten:
1) Abertzale Linke: die Bedeutung des Begriffs „abertzale" in „abertzale Linke" ist eng verknüpft mit der speziellen Ausprägung der baskischen Unabhängigkeitsbewegung als progressive und internationalistische Bewegung. Als solche umfasst sie ein breites Spektrum von Organisationen, wie zum Beispiel politische Parteien, Gewerkschaften und kulturelle Organisationen sowie bedeutende Teile der Frauen-, Umwelt- und Internationalismusbewegungen, die das gemeinsame Ziel der Befreiung des Baskenlandes haben. So wie Republikanismus eine besondere Bedeutung im irischen Kontext besitzt, kann der Begriff „abertzale" nicht nur einfach als Unabhängigkeitsbewegung übersetzt werden, ohne seine progressive Bedeutung zu betonen.

2) Herri: Die abertzale Linke benutzt das Wort „herri" als Sammelbegriff für die gesellschaftliche Mehrheit der im Baskenland lebenden Menschen. Die deutsche Übersetzung ist „Volk". „Volk" ruft vor seinem geschichtlichen Hintergrund in Deutschland imperialistische und rassistische Assoziationen hervor und wirkt ablehnend und ausgrenzend. Im baskischen Sprachgebrauch ist das Wort „herri" jedoch offen und integrativ gegenüber allen, die im Baskenland wohnen und arbeiten. In diesem – baskischen – Sinne verwenden wir das Wort „Volk" in der vorliegenden deutschen Übersetzung.

3) Euskal Herria: Euskal Herria bezeichnet das gesamte Baskenland, das aus sieben Provinzen besteht. Es umfasst 20 000 km^2 und hat eine Bevölkerungszahl von etwa 3 Millionen. Das Baskenland ist derzeit geteilt: Lapurdi, Nafarroa Beherea und Zuberoa befinden sich unter französischer Verwaltung. Die drei Provinzen sind dabei keine Verwaltungseinheit, sondern ohne Eigenständigkeit in andere Departements eingegliedert. Die südlichen vier Provinzen befinden sich unter spanischer Herrschaft: Bizkaia, Gipuzkoa und Araba bilden als Comunidad Autonoma Vasca (CAV, Autonome baskische Gemeinschaft) eine Einheit. Nafarroa hat eine separate Regionalverwaltung (CFN, Foralgemeinschaft Navarra). In den Medien wird oft das Baskenland mit der Comunidad Autonoma Vasca gleichgesetzt.

Volkstribunal zu srilankischen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen im Krieg gegen Tamilen

Ziel war, die LTTE zu eliminieren

Irisches Forum für Frieden in Sri Lanka – IFPSL

Das Irische Forum für Frieden in Sri Lanka wurde im Mai 2007 durch eine Gruppe von Menschenrechts- und Friedensaktivisten, Künstlern und Akademikern aus Irland gegründet, mit dem Ziel, Menschenrechte, Demokratie und eine Verhandlungslösung in Sri Lanka zu fördern. Seit seiner Einführung hat das Forum sich in verschiedenen Aktivitäten engagiert, um die Aufmerksamkeit der irischen Öffentlichkeit auf den Konflikt in Sri Lanka zu richten, der über 100 000 Menschenleben und über 1,5 Millionen Vertriebene gekostet hat.

Das IFPSL hat sich immer wieder für eine ausgehandelte friedliche Lösung für den jahrzehntelangen Konflikt in Sri Lanka im Gegensatz zu einer militärischen Lösung eingesetzt.

Absichtserklärung

Das Ziel des Irischen Forums für Frieden in Sri Lanka ist es, die Bedingungen für ein Ende des zivilen Krieges und für einen dauerhaften Frieden in Sri Lanka zu fördern.

Wir werden das tun durch Unterstützen der irischen Regierung und der Europäischen Union in deren Bemühungen, den Frieden und die Menschenrechte in Sri Lanka zu fördern. Wir werden helfen, zivile gesellschaftliche Gruppen, die am Frieden und an der Einhaltung von Menschenrechten arbeiten, in ihrer Arbeit zu unterstützen. Wir werden ebenfalls die irischen Nicht-Regierungs-Organisationen (Menschenrechte, Entwicklung und Frieden) ermutigen, ihren Beitrag zum Friedensprozess in Sri Lanka zu leisten.

Pressemitteilungen

Bereits im Januar 2009 wurde eine Pressemitteilung auf der Internetseite des IFPSL in Dublin veröffentlicht, wonach der Vorsitzende François Houtart die ersten Ergebnisse der Untersuchungen des Volksgerichtes zum Krieg in Sri Lanka und die Nachwirkungen bekanntgab.

Es gab folgende vier Ergebnispunkte: Die Regierung von Sri Lanka und ihr Militär haben sich der Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Sie haben sich schuldig gemacht, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Ein eventueller Genozid liegt vor, den es näher zu untersuchen gilt. Die internationale Gemeinschaft, besonders Großbritannien und die USA, haben gemeinsam den Zusammenbruch des Friedensprozesses zu verantworten.

In einer weiteren Presseerklärung des Irischen Forums für Frieden in Sri Lanka vom Dezember 2009 wurde dann ein **Volkstribunal über Sri Lanka für den 14. und 15. Januar 2010 in Dublin**, durchgeführt durch das PPT (Permanent Peoples' Tribunal), angekündigt.

Warum ein Untersuchungsausschuss zu Sri Lanka?

Der Krieg in Sri Lanka begann im Juli 2006 mit dem endgültigen Zusammenbruch des international gestützten Friedensprozesses zwischen der Regierung von Sri Lanka und den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE, Liberation Tigers of Tamil Eelam). Das erklärte Ziel der Regierung von Sri Lanka war es, die LTTE zu eliminieren und die bisher durch die LTTE kontrollierten Gebiete einzunehmen. Dieser Krieg mit diesen schrecklichen humanitären Kosten wurde am 18. Mai 2009 von der Regierung als beendet erklärt. Die internationalen Medien bezeichneten diese letzte Phase des Krieges als Krieg ohne Zeugen wegen der Tatsache, dass Journalisten und andere potentielle Zeugen wie Entwicklungshelfer daran gehindert wurden, in den Gebieten zu bleiben.

Zum April 2009 resultierten, nach internen UN-Dokumenten, aus Luftangriffen und dem Einsatz schwerer Waffen 116 Tote am Tag. Während den letzten Wochen des Krieges wurden nach britischen und französischen Presseberichten (Times, Le Monde und France 24, alle datiert vom 29.05.2009) mehr als 20 000 Tamilen getötet, als die bewaffneten Einheiten von Sri Lanka mit schwerer Artillerie gegen hunderttausende Tamilen, eingekesselt in einem extrem kleinen Gebiet, vorgingen.

Nach Berichten der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch wurden in der Zeit zwischen dem 8.12.2008 und dem 2.5.2009 Krankenhäuser 30-mal bombardiert und laut einem französischen Team von Medizinern wurden Splitterbomben und weißer Phosphor gegen Zivilisten eingesetzt. Es gab Medienbeweise von Folterungen, Gruppenexekutionen, Vergewaltigungen, sexueller Gewalt, und es wurden durch das Militär Sri Lankas Lebensmittel und Wasser als Waffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt.

Diejenigen, die diese letzte Phase des Krieges überlebt haben – ca. 280 000 Menschen –, wurden für die letzten 6 Monate in Haft genommen und in von Sri Lankas Soldaten betriebene Lager gebracht. Es gibt Berichte aus den Lagern von Entführungen, von Vergewaltigungen, von Verschwinden

und Töten von Menschen. Weder internationalen noch lokalen Medien wurde es erlaubt, diese Lager zu betreten, und Hilfsdienste, denen der Zutritt gestattet wurde, hatten strenge Auflagen einzuhalten. Weitere 11 000 Menschen wurden an geheime Orte verbracht, meist ohne Zugang zu Anwälten oder überhaupt Kontakt zur Außenwelt.

Ein „Sieger-Frieden" wurde, nach einem über 60 Jahre andauernden ethnischen Konflikt, durch Verhängung einer militärischen Lösung, erklärt.

Dies steht in starkem Kontrast zu der Beteuerung durch die internationale Gemeinschaft, die 2002 festgestellt hatte, dass es keine militärische Lösung geben könne für den ethnischen Konflikt auf der Insel. Auf dieser Grundlage hatte die internationale Gemeinschaft die Feuerpause und den daraus folgenden Friedensprozess aktiv unterstützt und auf dieser Basis hatte Norwegen es ermöglicht, den Prozess „Gleichheit in Achtung" den beiden in diesem Konflikt beteiligten Parteien zu vermitteln.

Nach dem Mai 2009 ist Sri Lanka in eine Nachkriegssituation gelangt, in der der militärische Sieg über eine Partei erklärt wurde.

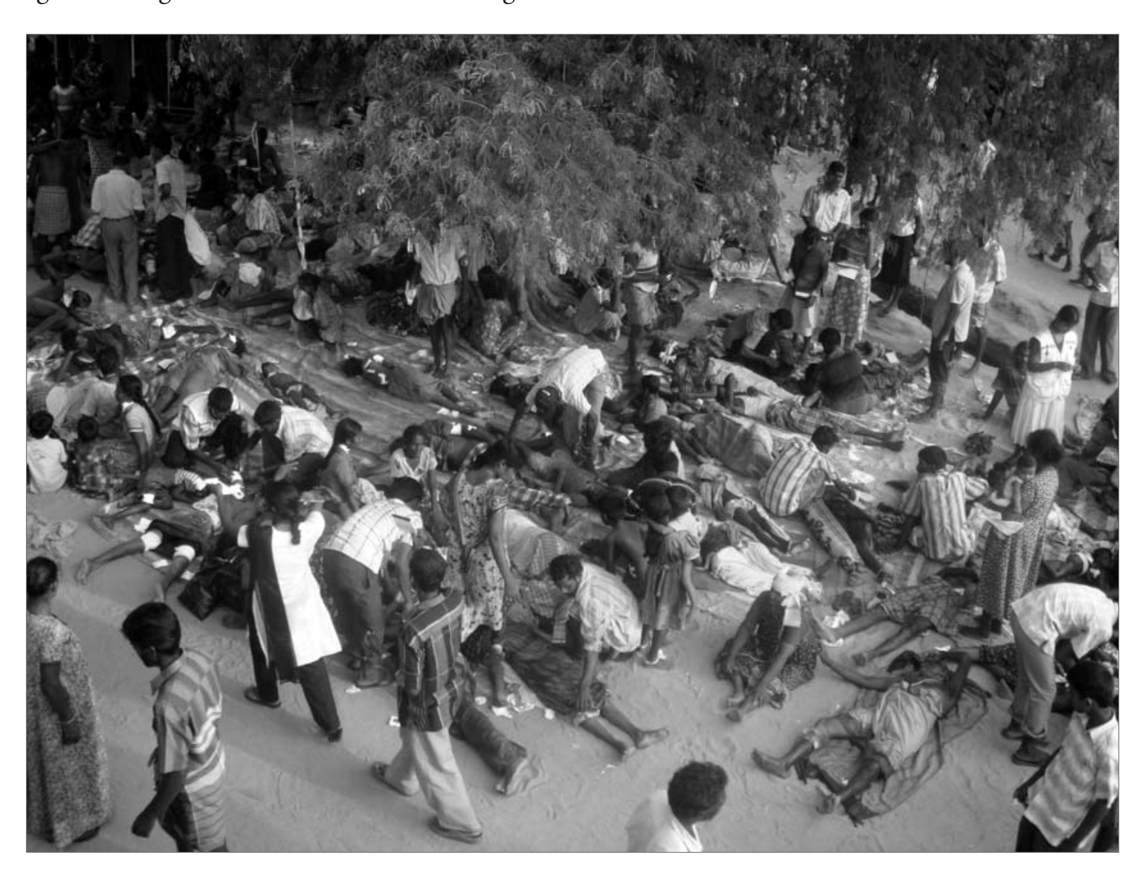
Wie auch immer, das Vorkommen von massiven Verletzungen der Menschenrechte wurde bisher nicht durch ein unabhängiges und glaubwürdiges Gremium untersucht. Bewegungen durch die UN-Menschenrechtskommission, in diese Richtung zu forschen, wurden durch geo-politischen Druck vereitelt.

Wir, die Mitglieder des Irischen Forums für Frieden in Sri Lanka, glauben, dass als Vorbedingung für einen dauerhaften Frieden in Sri Lanka die Themen wie Menschenrechte und Gerechtigkeit als Voraussetzung angesprochen werden müssen. Das öffentliche Tribunal für Sri Lanka ist gedacht als Basis für einen Schritt in diese Richtung.

Im Mai 2009 entschieden Mitglieder des IFPSL nach Beratung mit Partnergruppen in Europa, an eine Gruppe international bekannter Persönlichkeiten zu appellieren, die Regierung von Sri Lanka schriftlich um die Erlaubnis zum Besuch der Lager in Sri Lanka zu ersuchen. Als die Skepsis wuchs, eine Genehmigung zu erhalten (der Deportation verschiedener Gruppen und Individuen geschuldet, die der Welt über die Lager berichtet hatten), initiierten Mitglieder des IFPSL eine Diskussion mit dem PPT in Rom.

Dauerhaftes Volksgericht PPT

Das „Permanente öffentliche Tribunal" PPT ist ein internationales Meinungstribunal, unabhängig von jedweder staat-



Nach wie vor müssen Tausende Tamilen in Lagern leben — Foto: Viraj

lichen Autorität. Es untersucht Fälle und erstellt Urteile auf die Missachtung von Menschenrecht und Völkerrecht hin.

Gefördert durch die Lelio Basso* Internationale Stiftung für die Rechte und Befreiung von Völkern (FILB) wurde das PPT im Juni 1979 in Bologna, Italien, durch ein weit gefächertes Spektrum von Rechtsexperten, Schriftstellern und anderen Intellektuellen (inklusive fünf Nobelpreisträgern) aus 31 Ländern gegründet.

Das PPT hat seine historischen Wurzeln in den Erfahrungen des Russell-Tribunals zu Vietnam (1966–1967) und den Diktaturen in Lateinamerika (1974–1976). Das PPT nutzt internationale Menschenrechtsgesetze und/oder Deklarationen, die von den Vereinten Nationen zum Recht der indigenen Völker angenommen wurden.

Die Bedeutung und Stärke der Entscheidungen durch das PPT basieren auf dem moralischen Gewicht der Tatsachen und Argumente, wozu sie sowohl Glaubwürdigkeit als auch die Integrität und die Fähigkeit zu Urteilen durch die Mitglieder des Tribunals hinzufügen.

Beschwerden, die vom Tribunal angehört werden, sind entweder von Opfern oder Gruppen oder von Individuen, die diese repräsentieren, eingereicht worden.

Das PPT ruft alle betroffenen Parteien zusammen und bietet den Angeklagten die Möglichkeit an, ihren eigenen Argumenten Gehör zu verschaffen. Die Jury wird für jeden Fall aus Mitgliedern ausgewählt, kombiniert sowohl aus einer permanenten Liste von Juroren als auch aus Individuen, die als kompetent und integer gelten und die bekannt sind für ihre Kompetenz und Integrität.

Von Juni 1979 bis heute hat das PPT insgesamt 40 Sitzungen abgehalten, deren Ergebnisse und Urteile unter www.internazionaleleliobasso.it einzusehen sind.

Permanent People's Tribunal, Fondazione Lelio Basso Sezione Internazionale, Generalsekretariat: Via della Dogana Vecchia, 5 – 00186 Roma Italia.

Für diese Zusammenkunft hinsichtlich Sri Lanka wurde das Sekretariat des PPT zuerst von Repräsentanten aus einem weiten Spektrum von NGOs angesprochen und zwar schon im Juli 2009. Die Regierung von Sri Lanka hatte den Krieg zwei Monate zuvor erklärt, gefolgt von Monaten mit blutigen Massakern, welche weltweit Schlagzeilen machten. Die Dringlichkeit der Angelegenheit war erkannt.

Das PPT mit seiner speziellen Kompetenz wurde besonders in Erwägung gezogen in Anbetracht der erheblichen Missachtung der Angelegenheit durch die internationalen Institutionen, welche noch begleitet wurde durch das „Verschwinden" der Massaker aus der internationalen Medienbeachtung.

Die Dokumente, die die Anfrage unterstützen, eine Sitzung des PPT zusammenzurufen, mit der primären Zielsetzung, das Augenmerk auf die „letzte Phase des Krieges, die Periode nach dem Zusammenbruch des Friedensprozesses und besonders die letzten Monate" zu richten, wurden mit Eingang vom 9. November 2009 vom PPT bestätigt.

Die zwei Hauptthemenschwerpunkte, die untersucht werden sollten:

– Das PPT wird die Behauptungen untersuchen, die Regierung von Sri Lanka und ihre bewaffneten Einheiten hätten „während der letzten Phase des Krieges mit den LTTE Verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit" verübt.
– Das Tribunal wird auch die Verletzung von Menschenrechten in der Nachkriegszeit und die lokalen sowie internationalen Gründe, die zum Zusammenbruch des Friedensabkommens und der Feuerpause von 2002 geführt haben, untersuchen.

Die schriftliche offizielle Anzeige der Verfahren und die Einladung, an der Sitzung des PPT in Dublin teilzunehmen, wurden dem Repräsentanten der Regierung von Sri Lanka in London, H. E. Justice Nihal Jayasinghe, am 1. Dezember 2009 übermittelt.

Nach den Statuten des PPT, und wie ausdrücklich in der Anzeige angegeben, war bei Ausbleiben einer positiven Antwort auf die Anfrage für eine formale Repräsentation der Positionen der Regierung von Sri Lanka ein Berichterstatter durch das PPT zu benennen, um deren Sichtweise in der öffentlichen Sitzung darzustellen.

Die Arbeit des PPT fand in den Räumen des Trinity College im irischen Dublin statt. Aus Sicherheitsgründen wurden die hoch vertraulichen detaillierten Augenzeugenberichte der Ereignisse aus den letzten Monaten des Krieges und aus den Konzentrationslagern in Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit entgegengenommen.

Die schriftlichen und visuellen Dokumentationen sind beim PPT und IFPSL erhältlich sowie in mehreren Sprachen unter: www.pptsrilanka.org.

Irish Forum for Peace in Sri Lanka, c/o Churchtown Meeting House, 82 Churchtown Road, Dublin 14, Ireland
E-Mail: irishpeaceforum@gmail.com; http://www.ifpsl.org

http://www.ifpsl.org/images/files/peoples_tribunal_on_srilanka.pdf ♦

* Lelio Basso, Jurist und italienischer Senator, auf dessen Initiative hin die LIDLIP, Ligue internationale pour les droits et la libération des peuples, im Jahr 1967 gegründet wurde, gemäß der Universellen Deklaration der Rechte von Völkern von Algier, wonach Völker gefördert und unterstützt werden sollen in ihrem Kampf für Emanzipation und Freiheit von Unterdrückung, Organisieren von Solidaritätskampagnen und Bildung einer öffentlichen Meinung. Die LIDLIP genießt als NGO, gegründet in Genf, einen Beraterstatus bei ECOSOC (Economic and Social Council) und UNESCO seit 1979.

Mohamed Al-Daradji: Son of Babylon & IRAQ'S MISSING

Filmbesprechung von Susanne Roden

2003, gerade drei Wochen ist das Regime von Saddam Hussein beendet, Saddam ist geflohen, hält sich versteckt, im Hintergrund agieren US-amerikanische Soldaten, man hört sie mit Akzent reden, die Besatzung ist in vollem Gange.

Ahmed hat sich mit seiner Großmutter auf den langen Weg vom Norden über Bagdad in den Süden gemacht. Ziel ist Nasiriyah. Das Gefängnis in Nasiriyah wurde geöffnet und die letzten Insassen entlassen.

Sie stehen an einer staubigen Straße und warten auf eine Transportgelegenheit. Der alte Mann, der sie mit dem roten Pick-up mitnimmt, gibt dem Zuschauer die ersten Hintergrundinformationen, indem er dem zwölfjährigen Ahmed „Anfal" [*Operation unter Saddam Hussein zur Deportation und Liquidation der Kurden im Nord- und der Schiiten im Süd-Irak*] zu erklären versucht.

Über den Verbleib von Ibrahim, eigentlich Musiker und 1991 in die irakische Armee gepresst, gibt es nur ein letztes Zeitzeugnis in Form eines Briefes eines Kameraden mit dem Hinweis auf das Gefängnis in Nasiriyah.

Diesen Brief muss der Enkel, den sein Vater Ibrahim nie gesehen hat, der Großmutter immer wieder in Übersetzung vorlesen, er ist in Arabisch verfasst und die Großmutter spricht nur Kurdisch. Dieses Sprachproblem kommt auch deutlich zum Tragen in einigen Szenen, wenn die alte Frau beim Organisieren alltäglicher Dinge in totale Abhängigkeit von dem Jungen gerät, weil sie sich ihrer Umwelt nicht verständlich machen kann; und so werden die beiden Reisenden auch fast getrennt, als die Großmutter sich nicht verständlich machen kann, im Bus landet und Ahmed den Bus fast nicht mehr einholt.

Immerhin kann Ahmed dann aber das Busgeld vom Fahrer wieder zurück erreden, da dieser die Reisenden einfach unterwegs im Nirgendwo noch vor Erreichen des Gefängnisses wegen einer Straßensperre der US-Armee aussetzt.

Am Gefängnis angekommen finden sie vor Ort aber keine Insassen, sondern lediglich Männer mit langen Listen, die den Angehörigen Auskunft geben sollen über den Verbleib der Menschen. Ibrahim ist auf keiner Liste zu finden.

Durch die letzte Busfahrt lernen die beiden einen Mann namens Musa kennen, einen früheren Soldaten Saddams, der an den Massakern in Kurdistan beteiligt war. Er, auch entwurzelt und ohne Familie, ist ihnen bei der Suche behilflich und er lenkt das Augenmerk dann auch darauf, die Suche bei den zwischenzeitlich überall im Land gefundenen Massengräbern fortzusetzen. Auch dort finden sich Männer mit langen Listen, auf denen Ibrahim nicht steht.

Die Reise mit dem Bus geht durch die Geröllwüste, alles ist staubig und die Menschen fügen sich mit ihrer graubraunen und schwarzen Kleidung in die Landschaft ein. Man sieht aber auch das Ischtar-Tor, Teil der Stadtmauern von Babylon.

An den Massengräbern spielen sich herzzerreißende Szenen ab und es werden Klagelieder, zu denen rhythmisch geklatscht wird, angestimmt.

Hier, an einem der Massengräber, hat Regisseur Mohamed Al-Daradji auch das Lied, das man beim Abspann des Filmes hört, aufgenommen, als eine alte Frau an den aufgefundenen Gebeinen eines Angehörigen zu singen begann.

Überhaupt hat Al-Daradji, der in Bagdad Kunst studierte und sein Filmstudium in den Niederlanden absolvierte, eine unglaubliche Atmosphäre eingefangen. Für seinen Debütfilm „Ahlaam" war er im Jahr 2003 in den Irak zurückgekehrt, um zu filmen. Als er dann die Al-Rashid-Straße in Bagdad entlanglief, hörte er im Radio, dass Massengräber in der Nähe von Babylon entdeckt worden waren.

„Mir kam der Gedanke, wie viele Väter und Söhne meiner Familie im Laufe der Jahre verschwunden waren, und ich sah wieder meine Tante vor mir, weinend, wie ich sie als Junge erlebt hatte, als ihr Sohn verschwand. So kam mir die Idee mit ‚Son of Babylon'", so Al-Daradji.

Er wollte in dem Film zwei Generationen verbinden, die alte Generation, die so viel Leid ertragen musste, und die junge, die die Hoffnung auf eine Zukunft in sich trägt.

Dann hörte Al-Daradji von einer alten Frau, einer Kurdin, die sich auf den Weg gemacht hatte vom Norden in den Süden, und er wollte, dass die seine Hauptfigur wird.

Die Darstellerin Shehzad Hussen war übrigens die einzige Frau, die im Prozess gegen Saddam vor Gericht ausgesagt hat.

Das Casting des Hauptdarstellers, des Jungen Ahmed, gestaltete sich schwierig, wie so oft und auch hier war es einfach ein Zufall, dass Al-Daradji auf Yassir Taleeb, Sprössling einer arabisch-kurdischen Familie mit teilweise turkmenischen Wurzeln (laut Vater Taleeb), aufmerksam wurde. Der Junge saß mit anderen Jugendlichen auf den Stufen einer Treppe und trug ein T-Shirt mit der provokanten Aufschrift „Irak". So kamen sie ins Gespräch und am Ende war der Hauptdarsteller gefunden.

Am Set hat Yassir Taleeb wie im Film die Rolle des Übersetzers ins Kurdische übernommen und mit seinem manchmal neckischen Verweigern des Dienstes für Belebung am Filmset gesorgt, so dass das Filmteam manchmal nicht weiterkam.

Dann, berichtet Al-Daradji, gab es auch Momente, wo er Stunden der Überredungskunst brauchte, bis Yassir von der

Unbedenklichkeit einer Szene überzeugt werden konnte, und er durfte erst von hinten beim Austreten gefilmt werden, nachdem er selbst hinter der Kamera gestanden und die Bildeinstellung mit einer Testperson gesehen hatte. Nachträgliche Empörung äußerte er dann noch, nachdem er den Film das erste Mal komplett gesehen hatte: Seine bunte Unterhose war zu erkennen, als er mit der Großmutter vor dem Besuch im Gefängnis auf der Brücke frische Oberkleidung angezogen bekommt.

Auf die Frage, warum die Fertigstellung des Films so viele Jahre benötigt hat, gibt Al-Daradji eine Vielzahl von Gründen an. Es gibt praktisch keine Filmindustrie im Irak, es existiert nichts mehr, kaum mehr ein Kino, keine Infrastruktur.

Al-Daradji hat Human Film (UK/NL) gegründet und eine Brücke zwischen Westen und Mittlerem Osten geschlagen, denn am Ende machten sieben Länder gemeinsam die Fertigstellung des Films möglich. Alles Material musste importiert werden, an alles musste vorher gedacht werden. Das Filmteam aus Frankreich musste aus Sicherheitsgründen das Land wieder verlassen. Britische und französische Filmexperten trainierten die irakische Crew. Der Bruder scheute sich auch nicht, sein Auto zu verkaufen, um dafür den Tageslohn für die Statisten zusammenzubekommen.

Schmunzelnd berichtet Al-Daradji, dass die Frauen an den Massengräbern täglich weniger geworden seien und er in seiner Not dann Männer in die schwarzen Kleider gesteckt und diese dann ganz nach hinten gestellt habe. Ob das wohl jemandem aufgefallen sei?

Die Filmarbeiten gingen bis 2008 und die Lage hatte sich bis zu dem Zeitpunkt leider nicht grundlegend verändert, so dass die Aufnahmen einen einmaligen Einblick in das Land geben, wie ihn ein Außenstehender so nicht vermitteln könnte.

Auch Geldgeber zu finden war nicht einfach. Zunächst angefragt bei der arabischen Regierung erhielt Al-Daradji die Auflage, die Hauptdarsteller müssten dann durchweg arabische sein, ähnlich verhielt sich die kurdische Seite, als sie von einem arabischen Jungen in der zweiten Hauptrolle hörte. Al-Daradji aber zeigte sich unbeugsam. Er wollte zeigen, dass es egal sei, ob Araberin oder Kurdin: Alle Mütter trauern um ihre Söhne. Und so hat er an der kurdischen Großmutter festgehalten und mit ihr auch an den arabischen Frauen, die gemeinsam in der Geröllwüste den Verlust der Angehörigen beweinen.

Umso eindringlicher erscheint dann auch der spontan mitgeschnittene Gesang am Ende des Films, der mir durch alle Adern ging und die zuvor gezeigten Bilder nachträglich untermalte.

„Son of Babylon“ wurde als erster irakischer Film für das Sundance Film Festival 2010 ausgewählt, da er das Schicksal der als 1 000 000 Vermissten aufgreift.

Die irakische Vermissten-Kampagne wurde anlässlich des Filmfestivals ins Leben gerufen und die Produzentin Isabelle Stead betont, dass diese Kampagne dem Filmemacher sehr am Herzen liege.

Das irakische Ministerium für Menschenrechte schätzt, dass mehr als 1,5 Millionen Menschen vermisst werden nach über 40 Jahren, und ca. 500 000 Menschen wurden in 300 Massengräbern bisher entdeckt. Diese Zahl wird noch steigen, da mehr Massengräber gefunden wurden, welche in jedem Fall die Möglichkeiten der Hilfsorganisationen im Irak übersteigen. Human Film & Iraq Al-Rafdain hoffen, dass die ins Leben gerufene Kampagne „IRAQ'S MISSING“ und der Film „Son of Babylon“ helfen werden, das Ausmaß dieses Genozids zu kommunizieren und den Beginn einer Umverteilung der Mittel zu ermöglichen, um die gefundenen Körper identifizieren zu können. ♦

Weitere Informationen finden sich unter:
http://www.humanfilm.co.uk/iraq-missing-campaign/
Amnesty-Filmpreis Berlinale 2010:
http://www.amnesty.de/presse/2010/2/20/berlinale-2010-amnesty-filmpreis-erstmals-fuer-zwei-filme-son-babylon-und-waste-lan



Der Amed-Camp-Reader ist fertig!

Auf den 98 Seiten findet ihr Auswertungstexte der Camper_innen, Berichte aus den Workshops, Hintergrundinformationen zur politischen Situation in Kurdistan, Texte von der kurdischen Frauen- und der kurdischen Jugendbewegung und die Abschlusserklärung der verschiedenen Netzwerke vom Mesopotamischen Sozialforum. Er ist zunächst nur auf Deutsch. Wir arbeiten aber daran, dass er auch ins Türkische übersetzt wird.

Ihr findet ihn auf unserer Webseite www.international-amed-camp.org oder könnt ihn gegen Portokosten und auch gerne gegen Spende bestellen unter amed.camp@aktivix.org.

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Deutschland:
Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

Deutschland:
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Stahltwiete 10; 22761 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn:
KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTÚRÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

AZADÎ
FREIHEIT

AZADÎ e.V.
RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600

- Unterstützung
- Hilfe
- Öffentlichkeitsarbeit
- Solidarität

Informationen:

AZADÎ e.V.
Graf-Adolf-Str.70a
40210 Düsseldorf
Tel: 0211 / 830 29 08
E-mail: azadi@t-online.de
http://www.nadir.org/azadi

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro
plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
Newrozfeier in Mêrdîn
Foto: DIHA

Rückseite:
Newroz in Şirnex
Foto: Hinrich Schultze
www.dokumentarfoto.de

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung:
Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



ISSN 0935-5375